

Preußische Allgemeine

Nr. 20 · 20. Mai 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Rüstung Die deutschen Waffenhersteller in der „Zeitenwende“ **Seite 12**



Theater Ein Stück über den „Robin Hood Masurens“ **Seite 23**

FOTOS: SHUTTERSTOCK, CREATIVE COMMONS (M); IMAGO IMAGES/LOCALPICS; FORUM BALTICUM-DITTICHENBÜHNE

VON RENÉ NEHRING

Drei Wahlen in höchst verschiedenen Bundesländern, drei höchst verschiedene Resultate – und doch ein paar eindeutige Trends. So lassen sich die Ergebnisse der Landtagswahlen dieses Frühjahrs im Saarland, in Schleswig-Holstein sowie zuletzt in Nordrhein-Westfalen in wenigen Worten zusammenfassen.

Nachdem die Kanzlerpartei SPD im März im Saarland furios gestartet war und vor zwei Wochen bereits ein Wahldebakel in Schleswig-Holstein erlebte (siehe PAZ 19/2022), musste sie nun auch an Rhein und Ruhr eine heftige Niederlage einstecken. Mit 26,7 Prozent fuhr sie das schlechteste Ergebnis überhaupt in jenem Land ein, das lange als eine ihrer Hochburgen galt. Auch wenn sich die Bundesführung schnell bemühte, das Debakel als lokales Ereignis zu werten, und dabei auf die halbwegs stabilen nationalen Umfragewerte verwies, so zeigt der Trend für die Genossen derzeit eindeutig nach unten.

Dies wird um so klarer, wenn man das Ergebnis des grünen Koalitionspartners dagegenhält: Auf die Zugewinne von 5,9 Prozentpunkten im Bund im Herbst folgte zwar ein kleine Delle im Saarland, anschließend jedoch ein Plus von 5,4 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein und 11,8 Prozentpunkten in NRW.

Beim Rückblick auf die Debatten der vergangenen Monate wird schnell deutlich, worin der Erfolg der Grünen liegt. Neben dem Umstand, dass sie noch immer Lieblinge der meisten Journalisten sind und eine weitaus höhere Präsenz in reichweitenstarken Medien als ihre Wettbewerber haben, verfolgen sie den klarsten Kurs aller Parteien. Egal, ob Energie- wende, Verkehrspolitik, Zuwanderung oder die Frage nach deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine – bei den Grünen weiß jeder Wähler, wofür sie stehen. Man kann ihre Positionen mögen oder nicht, doch haben sie wenigstens welche.

Quittungen für eine Politik der unklaren Kurse

Die Wahlen des Frühjahrs zeigen, dass fast alle Parteien an den Problemen der Bürger vorbei agieren. Lediglich die Grünen gehen gestärkt hervor

Beim dritten Regierungspartner, der FDP, sieht dies schon anders aus. Die Liberalen waren im Herbst angetreten, die Bürger vor allzu teuren rot-grünen Wolkenskuckucksheimen zu bewahren und die Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft auszurichten. In der Praxis tragen sie jedoch bislang die verfehlte planwirtschaftliche Energiepolitik ebenso mit wie die umstrittenen Corona-Maßnahmen. Zum derzeit die Bürger am meisten bewegenden Thema Inflation – in NRW rangierte die Angst vor der Geldentwertung bei den Motiven für die Wahlentscheidung noch vor Klima, Energieversorgung und Ukrainekrieg – sind sie genauso konzeptlos wie alle anderen Parteien.

Mit gemischten Gefühlen dürften die Spitzen der CDU die Lage ihrer Partei betrachten. Zwar konnte die Union nach einer desaströsen Niederlage im Saarland sowohl in Schleswig-Holstein als auch in NRW gewinnen, doch gingen diese Siege jeweils deutlich zulasten ihres traditionellen Koalitionspartners FDP. Anders als von Beobachtern erwartet holt der neue Vorsitzende Friedrich Merz offenkundig nicht die unter Angela Merkel verlorengewonnen konservativen Wähler von der AfD zurück, sondern vielmehr die Wirtschaftsliberalen von der FDP.

Problematisch für den künftigen Kurs der Union als größte Oppositionskraft im Bund ist, dass sie in den Ländern sehr fle-

xibel sein muss, um jeweils Regierungen bilden zu können. Würde es etwa in Schleswig-Holstein für eine traditionelle schwarz-gelbe Koalition reichen, wird die CDU in Düsseldorf wohl ein Bündnis mit den Grünen eingehen müssen, um den Ministerpräsidenten stellen zu können.

Perspektivisch bedeutet dies für die Partei, dass die von vielen Mitgliedern an der Basis herbeigesehnte und von Merz versprochene Rückbesinnung auf die unter Merkel verschütteten Fundamente der Union – zurückhaltend formuliert – schwierig wird. Wenn die Union, die wie kaum eine zweite Partei für pragmatisches und ideologiefreies Regierungshandeln steht, nach Wahlen doch wieder nur die Option hat, programmatisch flexibel mit den Grünen zu regieren oder grundsatztreu in die Opposition zu gehen, wird sich – zur Enttäuschung vieler Stammwähler – ihr künftiger Kurs kaum von dem der vergangenen zwanzig Jahre unterscheiden.

Krise oder Chance

Über die Linkspartei kann an dieser Stelle schnell hinweggegangen werden. Sie spielt im Westen keine Rolle mehr – und mit Blick auf die Wahlen des letzten Jahres wohl bald auch im Osten der Republik.

Bleibt die AfD. Sie hat nicht nur in allen drei Landtagswahlen des Frühjahrs Stimmenrückgänge einstecken müssen, sondern seit Herbst 2019 bei allen Wahlen auf Bundes- und Landesebene. Der Zeit-

punkt ist deshalb relevant, weil im November jenes Jahres Tino Chrupalla zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, der seit dem Rücktritt des Co-Vorsitzenden Meuthen die Partei allein führt und nun mit der Kritik aus der Partei leben muss, dass mit seinem Erscheinen an der Spitze der Niedergang der Partei einsetzte.

Wer sich das Auftreten der „Alternative“ in den letzten Jahren ansieht, kommt nicht umhin festzustellen, dass Chrupalla keineswegs allein für die Verluste seiner Partei verantwortlich ist. Gerade in Zeiten einer galoppierenden Inflation, in der die Bürger spüren, wie von Monat zu Monat die Lebenshaltungskosten steigen, fällt der AfD auf die Füße, dass die ordoliberalen Gründer um Albrecht Lucke, Joachim Starbatty, Hans Olaf Henkel und zuletzt Jörg Meuthen die Partei längst verlassen haben. Und es fällt auf, dass von der Co-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Alice Weidel, die als Unternehmensberaterin lange Zeit auch als wirtschaftskompetent galt, zu diesen Fragen nichts zu hören ist.

Angesichts dieser Lage wundert es nicht, dass der größte „Gewinner“ derzeit die Partei der Nichtwähler ist. Nur noch 55,5 Prozent der Stimmberechtigten gingen in NRW in die Wahlkabinen. Man kann das als Ausdruck einer tiefen Vertrauenskrise sehen – oder als Chance für alle Parteien, neue Wählerschichten zu erschließen. Jedoch nur, wenn sie ihnen auch klare Angebote unterbreiten.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Verkehrsbranche und Umweltverbände sehen das Neun-Euro-Ticket kritisch **Seite 4**

Kultur

Ausstellungen zum 300. Geburtstag Bernardo Bellottos alias Canaletto **Seiten 9 und 10**

Das Ostpreußenblatt

Das Ende der guten Nachbarschaft zwischen Polen und Russen **Seite 13**

Lebensstil

Zum 150. Jahrestag der Grundsteinlegung des Bayreuther Festspielhauses **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Embargo Die Folgen des Versuchs, Deutschland und Europa von billigem russischen Gas abzuschneiden, sind vielfältig. Eine größere Erpressbarkeit durch Algerien und Katar sind noch nicht einmal die schlimmsten

„Wem schadet es wirklich?“

Deutschland könnte Hauptleidtragender werden, die Vereinigten Staaten Profiteur

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Rufe nach weiteren Wirtschaftssanktionen des Westens im Allgemeinen und der EU im Besonderen gegenüber Russland einschließlich eines Energieembargos werden immer lauter. Ebenso könnte Russland seinerseits die Lieferung von Gas und Öl Richtung Westen einstellen. Beides hätte unabsehbare Folgen für die deutsche Wirtschaft. Dieses geht aus Warnungen von Experten hervor, von denen einige bei der letzten öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestages zu Wort kamen. Vor allem die Konsequenzen des Ausbleibens von russischem Gas wären wohl verheerend, denn für dieses gibt es keinen kurzfristig verfügbaren Ersatz.

Nach Ansicht des Makroökonomen Tom Krebs von der Universität Mannheim droht bei einem sofortigen Ende der Gaslieferungen ein Rückgang der Industrieproduktion hierzulande um 114 bis 286 Milliarden Euro. Damit würde das Bruttoinlandsprodukt um bis zu zwölf Prozent schrumpfen. Ganz ähnlich sieht dies der Düsseldorfer Volkswirtschaftler Jens Südekum, der im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sitzt.

Kaskaden- oder Zweitrundeneffekte

Unklar ist, in welchem Ausmaß es zu sogenannten Kaskaden- oder Zweitrundeneffekten käme. Die träfen jene Firmen, die zwar nicht direkt auf Erdgas angewiesen sind, aber auf unter Verwendung von Gas hergestellte Vorprodukte. In diesem Zusammenhang wies der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie, Wolfgang Große Entrup, auf die zentrale wirtschaftliche Bedeutung der Chemieunternehmen hin. Sollten die wegen Energiemangels ihre Produktion reduzieren oder einstellen müssen, dann würde das gravierende Auswirkungen auf die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung sowie die Automobil- und Baubranche haben.

Ähnliche wirtschaftliche Folgen wären zu erwarten, wenn die gleichfalls sehr energieintensive Stahlindustrie ohne Gas dastünde. Und Glasherstellern würde beim Ausbleiben der Gaslieferungen gar

der Totalschaden drohen, weil deren Produktionsanlagen durch das Herunterfahren unbrauchbar werden könnten, so der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Glasindustrie, Johann Overath.

Produktionsverlagerungen geplant

Angesichts dieser Gefahren planen einige Unternehmen nun, ihre Produktion in die USA zu verlagern, wo die Energieversorgung auch zukünftig gewährleistet zu sein scheint. Das betrifft beispielsweise die Alzchem Group AG mit Sitz im oberbayerischen Trostberg, die Vorprodukte für Spezialdünger und Pharmazeutika sowie auch spezielle Gase herstellt, die in den Airbags von Kraftfahrzeugen zum Einsatz kommen.

Aufgrund all dessen rechnen Fachleute wie der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW), Michael Hüther, bei einem alsbaldigen Gasstopp mit dem Wegfall von bis zu drei Millionen

Arbeitsplätzen. Dann gäbe es in Deutschland mehr als fünf Millionen Menschen ohne Job, so viele wie in der Weimarer Republik auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise.

Das veranlasste Maria Loheide vom Vorstand der Diakonie Deutschland zu der Warnung: „Wir werden sehr viel mehr Arme bekommen, als wir bisher gedacht haben.“ Und der Leiter der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frederik Moch, befürchtet deswegen eine Destabilisierung der Demokratie.

Gefährdung durch Stromausfälle

Zu weiteren Gefährdungen des Gemeinwesens könnte es bei einer noch stärkeren Zunahme der Inflation durch den beschleunigten wirtschaftlichen Niedergang infolge von Gasembargos oder -lieferstopps kommen. Außerdem wären länge-

re Unterbrechungen der Stromversorgung infolge fehlender Energielieferungen aus Russland möglich. Dann stünden „wir ... mit einem Bein im Blackout-Szenario“, konstatierte unlängst die Senior-Volkswirtin der Allianz, Katharina Utermöhl. Ein Stromausfall würde wahrscheinlich innerhalb von 24 Stunden zum Zusammenbruch des gesamten öffentlichen Lebens und der Versorgung mit unverzichtbaren Gütern führen. Das legte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft im Januar in seiner detaillierten Studie „Blackout: Vom drohenden Kollaps der Gesellschaft“ dar.

Insofern liegen Politiker wie der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) wohl durchaus richtig, wenn sie mit Blick auf das mittlerweile sechste EU-Sanktionspaket, das zwar noch keinen Gas-, aber zumindest schon einen Öl-Boykott vorsieht, die Frage stellen: „Wem schadet es wirklich?“



Glasherstellern droht bei ausbleibenden Gaslieferungen ein Totalschaden: Mitarbeiter der Glasindustrie, wie hier in der Kristallglasmanufaktur Theresienthal-Zwiesel, verlören ihre Stelle
Foto: imago/imagebroker

FLÜSSIGERDAS

Drei Probleme bei LNG aus Katar

Im März reiste Robert Habeck nach Katar, wo er Gespräche mit dem dortigen Minister für Handel und Industrie führte. Das Ziel der Mission des grünen Bundeswirtschaftsministers und Vizekanzlers bestand darin, eine Zusage über die Lieferung von Flüssigerdgas (LNG) zu erhalten.

Das wird hierzulande benötigt, um die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu mildern. Bevor Wladimir Putins Truppen am 24. Februar in die Ukraine einmarschierten, kamen nämlich 55 Prozent der Gasimporte der Bundesrepublik aus Russland.

Als Habeck aus dem Golfemirat zurückkehrte, wurde er für seinen angeblich gelungenen Deal gefeiert. Doch nun stellt sich heraus, dass der noch lange nicht in trockenen Tüchern ist. Dabei gibt es laut der Nachrichtenagentur Reuters drei Problem-bereiche.

Zum Ersten strebt Katar an, dass der Vertrag über die LNG-Lieferungen eine Mindestlaufzeit von 20 Jahren hat. Das möchte Habeck jedoch vermeiden, weil Deutschland bis 2040 zunehmend weniger fossile Energieträger benötigen soll und deshalb angeblich bald kein Bedarf mehr an dem Gas vom Golf besteht.

Zum Zweiten wird über die Regelungen zum Bestimmungsort des katarischen LNG gestritten. Die Vertreter des Emirates beharren auf einer Klausel, der zufolge das Gas ausschließlich an Deutschland gehen dürfe und die Weiterleitung in andere europäische Staaten unzulässig sei. Das wiederum wäre aber nicht im Sinne der EU.

Und zum Dritten besteht auch keine Einigkeit über die zukünftige Preisgestaltung. Katar will eine Kopplung des LNG-Preises an die Entwicklung des Ölpreises, die Bundesregierung plädiert dahingegen für die Orientierung am europäischen Gas-Index.

Experten gehen davon aus, dass Katar am längeren Hebel sitzt, weil die Abnehmer für sein LNG momentan Schlange stehen. Die Verhandlungen sollen nun demnächst in Deutschland fortgesetzt werden. W.K.

WESTSAHARA-KONFLIKT

Algerien droht iberischer Halbinsel mit Gasembargo

Europas Bezug algerischen Gases über Italien ist nur eine unzureichende Alternative

Neben Russland verkauft auch Algerien Gas an die EU, wobei es die so erzielten Erlöse unter anderem für den Erwerb deutscher Waffen verwendet. Doch nun könnte es zu einer Unterbrechung der Lieferungen über Spanien kommen, wie der algerische Energieminister Mohamed Arkab in einer schroffen E-Mail an die Regierung in Madrid androhte. Verantwortlich hierfür ist die Haltung Spaniens im Konflikt um die Westsahara.

Algerien fungiert als Schutzmacht der Sahrauis, die nach dem Abzug der spanischen Kolonialmacht 1976 die von rund 50 Staaten wie auch der Afrikanischen Union (AU) anerkannte Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) aus-

riefen und sich gegen die Annexion der Westsahara durch das benachbarte Königreich Marokko stemmten, woraus ein militärischer Konflikt resultierte. Der endete 1991.

Allerdings blieb der damals geschlossene Waffenstillstand brüchig. Und im November 2020 führten Provokationen des marokkanischen Militärs schließlich zum Wiederaufleben der Kämpfe. Dabei genießt die westsaharische Befreiungsorganisation Frente Polisario die Unterstützung Algiers, das auf diverse UN-Resolutionen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Sahrauis verweist.

In dieser zugespitzten Situation erkannten die USA die Souveränität Marok-

kos über die Westsahara an. Kurz darauf schlug sich dann auch Spanien auf die Seite des nordafrikanischen Königreiches.

Seit einem marokkanischen Drohnenangriff auf Algerien Ende vergangenen Jahres pumpt das algerische Staatsunternehmen Sonatrach kein Gas mehr durch die Maghreb-Europa-Pipeline, die über Marokko nach Spanien und Portugal führt. Die beiden letztgenannten Länder werden alternativ über die Medgaz-Pipeline beliefert, aber Marokko leidet wegen des algerischen Vorgehens unter einem extremen Energienotstand.

Marokko reagierte darauf mit der Bitte an Spanien, von Algerien über die Medgaz-Pipeline erhaltenes Gas in um-

Algerien will verhindern, dass sein Embargo gegen Marokko von Spanien dadurch unterlaufen wird, dass Madrid algerisches Gas an Marokko weiterleitet

gekehrter Richtung durch die Maghreb-Europa-Pipeline nach Marokko zu schicken. Das bewog Algier zu der unmissverständlichen Ankündigung, jegliche Lieferung an die Iberische Halbinsel einzustellen, wenn nur ein einziges algerisches Gasmolekül via Spanien nach Marokko gelangt.

Dies muss keine leere Drohung sein, weil Algerien auch damit Geld verdienen kann, dass es sein Gas alternativ über die Transmed-Pipeline nach Italien leitet. Allerdings reicht deren Kapazität nicht aus, um die nachteiligen Folgen einer Außerbetriebnahme der Medgaz-Pipeline für die Energiesicherheit Europas zu kompensieren. W.K.

Ein Staat im Dienste eines Dienstes

Wer das Russland unserer Tage bewerten will, sollte stets bedenken, dass die Macht in fast allen Bereichen der Gesellschaft in den Händen ehemaliger Kader des kommunistischen Geheimdienstes KGB und seines Nachfolgers liegt

VON GUNTER WEISSGERBER

Obwohl der am 24. Februar begonnene Angriff Russlands auf die Ukraine völkerrechtswidrig ist, gibt es noch immer Stimmen, die Verständnis für das russische Vorgehen äußern. Die Verteidiger Moskaus sagen unter anderem, dass sich Russland seit dem Ende des Kommunismus fortlaufend um ein gutes Verhältnis zum Westen bemüht habe, dass Russland ohne Murren die NATO-Osterweiterung akzeptiert habe – und trotzdem vonseiten des Westens nur Ablehnung erfahren habe. Als Beleg dafür verweisen sie etwa auf die Rede von Präsident Wladimir Putin 2001 im Berliner Reichstag oder auf russische Überlegungen aus jener Zeit, dem nordatlantischen Bündnis beizutreten.

Manches an dieser Argumentation ließe sich vielleicht sogar nachvollziehen – wäre da nicht der Umstand, dass Russland auch dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kein normaler demokratischer Staat ist, sondern ein von alten Kadern des KGB, beziehungsweise seines Nachfolgers FSB sowie weiterer Kader aus den Sicherheitsdiensten der untergegangenen Sowjetunion gelenktes Machtgebilde.

Zweifelhafte Lockversuche

Doch der Reihe nach. Moskauer Angebote an den Westen für eine intensivere Zusammenarbeit gab und gibt es seit Jahrzehnten wiederholt. Bereits 1954 stellte die Sowjetunion sogar einen formellen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO. Dieser scheiterte jedoch am Nein der Vereinigten Staaten und Großbritannien – und das zu Recht.

Ausgerechnet die Sowjetunion, deren Geschichte eine Kette von Gewaltverbrechen gegen die eigene Bevölkerung und gegen andere Nationen war, wollte in die NATO? Die Sowjetunion, die gemeinsam mit dem nationalsozialistischen Deutschland den Zweiten Weltkrieg begonnen hatte? Die Sowjetunion, deren mörderische Geheimdienste seit dem 20. Dezember 1917 – dem Gründungstag der Tscheke, in deren ungebrochener Nachfolge Putins Geheimdienst FSB noch heute steht – ein Lagersystem errichteten, das Millionen Menschenleben forderte? Was immer Chruschtschows Motive gewesen sein mögen – in jedem Fall hätte das, was für ihn lediglich ein Partnertausch gewesen wäre, für die NATO einen Ausverkauf ihrer Prinzipien bedeutet.

Doch wäre Europa wirklich sicherer geworden, wenn die Sowjetunion der NATO angehört hätte? Hätte Moskau tatsächlich zugelassen, dass die kommunistischen Bruderregimes, die überall nur durch Gewalt an die Macht gekommen waren, in freien Wahlen abgewählt werden konnten? Wohl kaum.

Umgekehrt hätte zu den Folgen eines sowjetischen NATO-Beitritts gehört, dass das westliche Bündnis als Gegenentwurf zum kommunistischen Völkergefängnis ausgefallen wäre. Hätte Imre Nagy 1956 ohne die Existenz einer freien Welt jenseits des „Eisernen Vorhangs“ den Mut zu Reformen in der sowjetischen Kolonie Ungarn aufgebracht? Hätte Alexander Dubček 1968 den Mut zum „Prager Frühling“ aufgebracht? Und hätten Vaclav Havel und seine Freunde 1977 die „Charta 77“ verfasst, wenn ein Bündnis aus Sowjetunion und NATO wie eine Grabplatte von Moskau bis Washington über ihnen gelegen hätte? Hätten die Polen 1980 die „Solidarność“ gegründet und die Ungarn in den 1980er Jahren ihren Reformkurs begonnen, die den friedlichen Revolutionen im gesamten Ostblock den Weg ebneten?

Ein Staat im Staate

Das alles kann bezweifelt werden. Vielmehr hätte eine NATO mit dem kommunistischen Mitglied Sowjetunion für alle nach Freiheit



„Einmal Tschekist, immer Tschekist“: Der Moskauer Patriarch Kirill I. und Präsident Wladimir Putin. Im modernen Russland entstammt sowohl die weltliche als auch die geistliche Spitze dem KGB

Foto: pa

strebenden Menschen im Ostblock das Bild eines alternativlosen Gefängnisses abgegeben. Nicht zuletzt, weil mit der Sowjetunion auch ihre repressiven und blutgetränkten Geheimdienste in das Bündnis gekommen wären.

Natürlich ist das Russland von heute ein anderes Land als die Sowjetunion. Der Kommunismus ist nicht mehr Staatsideologie, mit den Erlösen aus den Bodenschätzen wurden ganze Städte und Regionen saniert. Und das zu Sowjetzeiten brutal unterdrückte Christentum ist wieder inoffizielle Staatsreligion.

Eines hat sich freilich seit 1989/91 nicht geändert – dass die Macht im Lande noch immer fest in den Händen alter Geheimdienstkader liegt. Schon der Reformkurs der späten Sowjetunion, der von 1985 an zu „Glasnostj“ und „Perestrojka“ führte und wesentlich mit dem Namen Michail Gorbatschow verbunden ist, entsprang keiner bürgerlichen Oppositionsbewegung wie in Polen oder Ungarn, sondern war ein strategischer Schachzug des KGB, eingeleitet vom greisen Staats- und Parteichef Jurij Andropow, der den jungen Gorbatschow als Reformers ins Amt hievte, um zu retten, was nicht mehr zu retten war.

Als die Sowjetunion dennoch 1991 zusammenbrach, begann die einzige Zeit seit dem Bürgerkrieg der 1920er Jahre, in dem die Tscheke alias der KGB alias der FSB nicht die Zügel fest in Händen hielt. Den machtwortwöhnten Strippenziehern in der Moskauer „Lubjanka“, dem durchgehenden Amtssitz des Terrorapparates von 1917 bis heute (!), war dieser Zustand unerträglich. Und so arbeiteten sie an der Wiederherstellung ihrer eigenen Macht.

Putins Russland

Im Jahre 2003 berichtete der „Spiegel“ über einen Besuch des ehemaligen KGB-Majors und nunmehr frisch ernannten Regierungschefs Wladimir Putin am 19. Dezember 1999 in der Lubjanka. Dabei habe der begeistert empfangene Putin seinen alten Kameraden verkündet: „Das Vorauskommando, das Sie in die Regierung delegiert haben, hat die Etappe eins der Aufräumarbeiten erfolgreich absolviert.“ Die zweite Etappe erfolgte wenige Tage später mit der Berufung Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation.

Nur kurze Zeit nach Putins Machtübernahme, so der „Spiegel“ 2003, waren nach einer Zählung der Soziologin Olga Kryschtanowskaja von der Russischen Akademie der

Wissenschaften 77 Prozent (!) aller Führungspositionen des Staates von Angehörigen der alten sowjetischen Nomenklatura besetzt, während die liberalen Reformer der Jelzin-Ära weitgehend verdrängt waren.

An dieser einzigartigen Durchdringung eines Staates durch Geheimdienstkader hat sich in den folgenden Jahren kaum etwas geändert. Das Online-Portal „Russia Beyond“ listete 2016 in einem Artikel über die Karrieren einstiger KGB-Leute im Putinschen Russland unter anderem folgende Namen auf:

- Sergej Tschemesow (zu Sowjetzeiten Dienst in der wissenschaftlich-technischen Aufklärung in der DDR, danach Generaldirektor des Staatsbetriebs Rostech),
- Sergej Iwanow (ab Mitte der 1970er Jahre im Auslandsnachrichtendienst, danach Verteidigungsminister von 2001 bis 2007, anschließend Leiter der Präsidialverwaltung),
- Wladimir Jakunin (22 Jahre in der Auslandsaufklärung des KGB, dann von 2005 bis 2015 Präsident der staatlichen Eisenbahn),
- Alexander Lebedew (seit den 1980ern im Auslandsnachrichtendienst, danach Vorschef der National Reserve Bank und Chef der Medienholding „Nowyje Media“,
- Georgij Poltawtschenko (im KGB Ermittler in der Unterabteilung für Transportsicherheit von 1979 bis 1994, danach Gouverneur von Sankt Petersburg),
- Raschid Nurgalijew (seit den 1980ern Ermittler im KGB Kareliens, danach unter anderem Innenminister der Russischen Föderation von 2004 bis 2012, anschließend Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation),
- Viktor Solotow (ab den 1970ern in der 9. Verwaltung des KGB, die für die Bewachung wichtiger Personen zuständig war, danach Kommandeur der internen Truppen des Innenministeriums, Leiter des Sicherheitsdienstes des Präsidenten und Direktor der Nationalgarde),
- Nikolai Tokarew (in der DDR in der wissenschaftlich-technischen Aufklärung des KGB tätig, danach Präsident des Pipeline-Herstellers Transneft).

In seiner Aufzählung führt „Russia Beyond“ auch Igor Setschin auf, den Präsidenten des Öl-Riesen Rosneft, der bis 2008 stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung und anschließend stellvertretender Ministerpräsident war. Zwar habe Setschin eine KGB-Zugehörigkeit stets dementiert, doch seien

viele Medien überzeugt, dass er im Auslandsnachrichtendienst tätig war. Setschin war es, der seinerzeit die Zerschlagung des Ölkonzerns Yukos des Oligarchen Michail Chodorkowskij angeordnet hatte.

Herrscher über beide Welten

Im Zusammenhang mit Putins KGB-Kadern nicht erwähnt wird gemeinhin der ehemalige Ministerpräsident und Präsident Dmitri Medwedjew, der seit 2012 Vorsitzender der Partei Einiges Russland sowie seit Januar 2020 stellvertretender Präsident des Sicherheitsrats der Russischen Föderation ist (Präsident ist Putin). Gleichwohl kann Medwedjew durchaus in diesem Kontext Erwähnung finden, absolvierte er doch zu Sowjetzeiten ein Jura-Studium an der Staatlichen Universität Leningrad, deren juristische Fakultät als Kaderschmiede des KGB galt.

Die bizarrste Personalie dürfte indes Kyryll I. sein, seit 2009 Patriarch von Moskau und der ganzen Rus (also auch der orthodoxen Christen jenseits der Staatsgrenzen) und in dieser Eigenschaft Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche. Auch Kyryll arbeitete vor seinem Eintritt in den Dienst der Kirche für den KGB. Heute segnet er die Politik seines alten Geheimdienstgenossen Putin und verhilft dieser dadurch zu höheren Weihen.

Schon diese wenigen Namen zeigen, dass weder die Sowjetunion noch das heutige Russland ohne die Betrachtung ihrer Geheimdienste zu beurteilen sind. Die meisten Staaten der Erde unterhalten Geheimdienste. Das ist normal. In Demokratien werden diese parlamentarisch kontrolliert. Was Fehler, Skandale und falsche Entscheidungen nicht ausschließen kann. Doch kommen in Demokratien Verfehlungen irgendwann ans Licht – und haben entsprechende Konsequenzen. In Russland ist dies hingegen anders. Hier besitzt der Staat keinen Geheimdienst, sondern hier unterhält ein Geheimdienst einen Staat.

Und dieser Staat kennt in der Wahl seiner Mittel keine Skrupel. Da werden Regimekritiker und Journalisten ermordet, oppositionelle Demonstranten verhaftet und ein parlamentarisches System unterhalten, bei dem nicht nur die Regierungspartei, sondern auch die Scheinopposition aus dem Zentrum der Macht „gelenkt“ wird.

Sehnsucht nach dem „Ewigen Frieden“

Umso mehr drängt sich die Frage auf, was an Chruschtschows Antrag 1954 und an Putins Agieren heute für so viele im Westen so verführerisch ist? Ein Erkläransatz ist die Hoffnung auf den „Ewigen Frieden“, die Sehnsucht nach einer Weltordnung, in der alle Konflikte ein für allemal gelöst sind. Seit Jahrhunderten schon haben sich Intellektuelle auf der ganzen Welt Gedanken gemacht, ob und wie so ein immerwährender Friede möglich werden könne.

Eine der bekanntesten Einlassungen dazu stammt von dem Königsberger Immanuel Kant. Zu Kants Hauptfragen gehörten dabei, welche Rechtsgrundlagen ein ewiger Friede braucht, *ob* und *wie* ein länderübergreifendes Völkerrecht etabliert werden kann – und wie die Souveränität aller Staaten gewährleistet werden kann. Gerade letzteres war für Kant unabdingbar: Ein dauerhafter Friede, so der Philosoph, lässt sich nur zwischen aufgeklärten republikanischen Staaten etablieren.

Doch dies war weder die Sowjetunion von 1954 noch ist es das Russland unserer Tage.

● **Gunter Weißgerber** gehörte in der DDR zu den Gründungsmitgliedern der SPD in Leipzig. Er war 1990 Mitglied der freigewählten Volkskammer und anschließend bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. 2019 trat er aus der SPD aus. Weißgerber ist Publizist und unter anderem regelmäßiger Gastautor bei der „Achse des Guten“.

www.weissgerber-freiheit.de

● MELDUNGEN

Kritik an Vorsitzender

Köln – Der Verein Lobbycontrol – Initiative für Transparenz und Demokratie in Köln, der für eine klare Beschränkung der Einflussnahme von Interessenverbänden auf Politik und Öffentlichkeit eintritt, hält einige Ehrenamtsfunktionen der FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann für äußerst problematisch. Die 64-jährige Publizistin, die seit 2021 dem Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vorsitzt und immer wieder äußerst nachdrücklich und medienwirksam für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine plädiert, ist unter anderem Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik sowie des Förderkreises Deutsches Heer. In beiden Fällen handelt es sich laut dem Lobbycontrol-Sprecher Timo Lange um „von der Rüstungsindustrie stark beeinflusste Organisationen“, die nun über die Person von Strack-Zimmermann „sehr enge und privilegierte Zugänge“ ins Parlament erhielten. **W.K.**

Grüne für Rodung

Potsdam – Eine Mehrheit von 16 der 21 Stadtverordneten der brandenburgischen Gemeinde Bad Freienwalde hat ein Projekt für einen Solarpark abgesegnet, für den 370 Hektar Wald gerodet werden sollen. Investor des Solarparks in Hohensaaten ist die Lindhorst-Gruppe, ein niedersächsischer Agrarkonzern, der das Waldgebiet 2019 gekauft hat. Der Strom aus dem Solarpark soll unter anderem ein neu entstehendes Rechenzentrum sowie ein Industrie- und Gewerbegebiet versorgen. Neben dem Solarpark plant der Investor auch eine Anlage zur Produktion von Wasserstoff. Laut einem Bericht des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) haben bei der Abstimmung im vergangenen Dezember auch die Abgeordneten der Grünen für das Projekt gestimmt. Lediglich die AfD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung stimmte gegen den Solarpark. Zurzeit prüfen die zuständigen Behörden die Auswirkungen des Projekts auf Natur und Wasser. **N.H.**

Hoher Leerstand

Berlin – Die Zahl der bundeseigenen Wohnungen, die leer stehen, hat laut einer Antwort der Bundesregierung einen Höchststand erreicht. Auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Caren Lay (Linkspartei) erklärte die Regierung, dass von insgesamt rund 38.000 Wohneinheiten im Bestand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben am Stichtag 31. März dieses Jahres 6455 nicht genutzt wurden. Dies entspricht einer Gesamtfläche von mehr als einer Million Quadratmetern. Zum Stichtag 31. Oktober 2020 waren 3260 der damals rund 35.800 bundeseigenen Wohnungen als ungenutzt registriert. Die Leerstandsquote hat sich damit in den vergangenen anderthalb Jahren von 9,1 auf 17,0 Prozent fast verdoppelt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindet sich ein Teil der leerstehenden Wohnungen im Verkaufsportfolio. Andere weisen entweder erhebliche Mängel auf oder haben einen großen Sanierungsbedarf. **N.H.**



Realität in Deutschland: Die Bahnhöfe sind, wie hier in Berlin, auch ohne Neun-Euro-Ticket schon überfüllt Foto: imago/Sven Simon

NEUN-EURO-TICKET

Chance oder „Strohfeuer“?

Verkehrsbranche und Umweltverbände sehen das Billigticket kritisch

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wer in einer Großstadt wie Hamburg mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) von der Peripherie zur Arbeit ins Zentrum fahren muss, kennt diese Realität: Bereits am Einstiegsort ist die Bahn voll, dicht gedrängt stehen Fahrgäste bereits in den Gängen, und wenn man Pech hat, muss man auf die nächste Bahn warten, die dann womöglich noch verspätet eintrudelt. Beim Ausstieg am Hauptbahnhof quält man sich durch dichtes Gedränge zum Ausgang. Der Bahnhof platzt jetzt schon aus allen Nähten.

Ein Umstieg auf die Nutzung von Bus und Bahn ist für Pendler in ländlichen Regionen meist keine Alternative zum Auto. Aus einer halbstündigen Fahrt mit dem Auto können mit den öffentlichen Verkehrsmitteln leicht anderthalb Stunden Fahrzeit werden.

Nun soll mit der Einführung einer dreimonatigen Testphase ein Billigticket eingeführt werden, das für neun Euro pro Monat bundesweit zur Nutzung des Regionalverkehrs berechtigt. Einerseits ist es Teil des Entlastungspakets, mit dem die Bundesregierung die Bürger für die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmit-

tel, Heizung und Mobilität entlasten möchte, andererseits soll damit ein Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV und zur Einsparung von Kraftstoffen gegeben werden.

Das Ticket soll online erhältlich sein. Es ist eine gemeinsame Online-Plattform der Verkehrsunternehmen vorgesehen, aber auch der Verkauf an Automaten und Schaltern ist möglich. Wer bereits ein Abo besitzt, braucht nichts weiter zu tun. Der Differenzbetrag wird gutgeschrieben.

Nutzung für touristische Zwecke

Laut Umfragen des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der dpa stößt das Angebot bei der Mehrheit auf Zustimmung. Nur ein Drittel der Befragten will es nicht nutzen. Allerdings wollen viele es für touristische Zwecke nutzen. In drei bis vier Stunden gelangt man beispielsweise mit Regionalzügen von Hamburg nach Sylt, von Berlin nach Sylt in acht bis neun Stunden und von München an die Nordsee muss man mit 16 Stunden rechnen. Die Tickets nutzen den meisten Pendlern nicht allzu viel, da sie nur während der Sommermonate gelten, wenn viele Urlaub haben.

Nach Aufrufen im Internet, Billigtouristen sollten Sylt, die „Insel der Reichen und Schönen“, fluten, fürchten die Insel-

bewohner, es könnte sich ein neuer „Ballermann“-Tourismus vor ihrer Haustür bilden. Schleswig-Holsteins Verkehrsmminister Bernd Buchholz kündigte zusätzliche Kapazitäten auf den Strecken nach Sylt und an die Ostsee an.

Bei Vertretern von Verkehrsverbünden und der Verkehrsbranche sowie bei Kommunen und Umweltverbänden stößt das Billigticket auf geteilte Reaktionen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) gibt zu bedenken, dass die beteiligten Firmen nur in geringem Umfang für zusätzliche Kapazitäten sorgen könnten. Deren Finanzierung sei durch die vom Bund bereitgestellten Mittel nicht gedeckt. Er begründet das mit den gestiegenen Energiepreisen. Die Unternehmen könnten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten sogar gezwungen sein, das Betriebsangebot zurückzufahren. Inhaber eines 9-Euro-Tickets könnten im Sommer also auf eine ausgedünnte Fahrzeugflotte stoßen.

Streit um Finanzierung

Über die Finanzierung der Entlastungsmaßnahme herrscht Uneinigkeit. Der Bund stellt in diesem Jahr den Bundesländern sogenannte Regionalisierungsmittel in Höhe von 3,7 Milliarden Euro für die Finanzierung des ÖPNV zur Verfügung.

Darin sind 2,5 Milliarden Euro für die Umsetzung des Neun-Euro-Tickets enthalten. Laut Prognose der Branche ist für die Jahre 2020 bis 2022 jedoch mit Fahrgeldausfällen von bis zu 10,2 Milliarden Euro zu rechnen. Sie verlangt deshalb zusätzliche 1,2 Milliarden Euro als Ausgleich für Pandemie-bedingte Einnahmeausfälle. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) lehnt das mit Verweis auf die Entlastungspakete der Ampelkoalition ab.

Karl-Peter Naumann vom Fahrgastverband Pro Bahn warnt vor fehlenden Kapazitäten. Die Deutsche Bahn und Verkehrsverbünde hatten zwar erklärt, dass sie an Aktionsplänen für Personalverstärkungen und zusätzlichen Fahrzeugkapazitäten im Zeitraum des Sondertickets arbeiten, doch woher sie diese nehmen wollen, ließen sie offen. „Ohne zusätzliche Regionalzüge, die mit Regionalisierungsmitteln bestellt werden müssen, erwarten wir hier chaotische und abschreckende Zustände“, so Naumann.

Vor einem „Strohfeuer“ warnte auch Jens Hilgenberg vom BUND. Das Ticket helfe vor allem jenen Menschen, die über einen guten Anschluss zum ÖPNV verfügen. Wo jetzt kein Bus fahre, werde allein durch das Neun-Euro-Ticket auch in Zukunft kein Bus fahren. Um die angestrebte Verdopplung der Fahrgastzahlen bis 2030 zu erreichen, müssten die Mittel um zehn Milliarden Euro zur Finanzierung des ÖPNV erhöht und gleichzeitig der Autoverkehr drastisch reduziert werden.

Positive Beispiele

Dass eine Revolutionierung des ÖPNV möglich ist, zeigen die Beispiele Wien und Luxemburg. In Wien gibt es ein 365-Euro-Ticket, das für das gesamte Verkehrsnetz gilt, das heißt, der Fahrgast zahlt einen Euro pro Tag. Allerdings hat Wien zuerst die Infrastruktur ausgebaut, dann kam die Preissenkung. Die Zahl der Jahreskarteninhaber hat sich von 2012 bis 2018 in Wien verdoppelt.

Positive Effekte hat auch Luxemburg mit einem kostenlosen Regionalverkehr seit 2020 erzielt. Zuvor drohte das Banken- und Finanzzentrum Luxemburg-Stadt im Stauchaos zu versinken. Täglich kommen 220.000 Grenzpendler aus Frankreich, Belgien und Deutschland in die Stadt. Für sie wurden Park-and-Ride-Parkplätze eingerichtet und das ÖPNV-Angebot insgesamt ausgeweitet. Die Mehrausgaben für den Luxemburger Staat betragen 41 Millionen Euro im Jahr. 90 Prozent der Kosten haben die Steuerzahler zuvor getragen. Es wurden neue Bahnhöfe gebaut und der ÖPNV hat doppelt so viel Auslastung.

Wenn auch Luxemburg nicht mit dem flächenmäßig viel größeren Deutschland vergleichbar ist, so stellt sein Beispiel doch eine Option dar. Die Bereitschaft der Verantwortlichen zu Investitionen wird über die Zukunft des ÖPNV mit seiner seit Jahren vernachlässigten Infrastruktur entscheiden.

GESCHICHTSUNTERRICHT

Stalinismus im Lehrplan

AfD kritisiert zu harmlose Betrachtung des Diktators in Rheinland-Pfalz – Landtag soll entscheiden

Immer mehr ukrainische Schüler strömen in deutsche Schulen. Auch dort, wo es noch nicht viele solcher Neuschüler gibt, werden in Schulen Ukraine-Tage abgehalten, um den Schülern und Lehrern den Umgang mit der Situation des Kriegs in der Nachbarschaft nahezubringen. Dabei wird auch häufig über die Ursachen des derzeitigen Krieges gesprochen. Den ukrainischen Schülern, die am deutschen Geschichtsunterricht teilnehmen, ist schon aufgefallen, wie harmlos mit dem Thema Stalinismus im Geschichtsunterricht umgegangen wird. Stalin hat die Sowjetunion 30 Jahre lang mit seinem Terror überzogen.

In der Ukraine, die sich sehr lange gegen die Sowjetherrschaft gewehrt hatte, sind diesem Terror besonders viele Menschen zum Opfer gefallen. Zu Beginn der 1930er Jahre hatte Stalin eine Hungersnot, den Holodomor, in der Ukraine verursacht, der in der einstigen Kornkammer Europas sieben Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Während die ukrainischen Lehrpläne den Stalinismus seit 2014 angesichts des Putinismus im Geschichtsunterricht sehr stark thematisieren, kommt in den Lehrplänen des Landes Rheinland-Pfalz im Fach Geschichte das Thema nur im Zusammenhang mit dem „Historikerstreit“ der 1980er Jahre vor.

Schon lange vor dem Ukrainekrieg hatte die ukrainische Regierung auf Kontinuitäten russischer Verbrechen in ihrem Land hingewiesen.

Ukrainer vom Terror stark betroffen

Die Rolle Stalins in Russland wird durch die staatlichen Massenmedien immer positiver dargestellt. 2017 wurde der Diktator in Russland zum „größten russischen Helden aller Zeiten“ gewählt, und 2019 förderte die Umfrage eines unabhängigen Meinungsforschungszentrums zu tage, dass in Russland 51 Prozent der Befragten Stalin positiv gegenüberstehen und nur 14 Prozent negative Assoziatio-

nen mit ihm verbinden. 41 Prozent der Befragten gaben an, Stalin sogar zu verehren. Ein klares Zeichen in diese Richtung war das Verbot der Bürgerbewegung Memorial, die im Dezember letzten Jahres durch ein Gericht erfolgte. Memorial hatte seit 30 Jahren auf die Verbrechen des Stalinismus in Russland hingewiesen und es auch gewagt, diese mit dem derzeitigen Putinismus in Verbindung zu bringen.

In der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses des Rheinland-Pfälzischen Landtages am 25. Mai wird über einen Antrag mit dem Titel „Stalinismus im Lehrplan“ diskutiert. **Bodo Bost**

ENERGIEPOLITIK

Existenzangst in Schwedt

Öl-Boykott: Wirtschaftsminister Habeck hat nur vage Perspektiven für die Raffinerie zu bieten

VON NORMAN HANERT

Neben Ungarn pochen beim geplanten EU-Boykott gegen russisches Öl auch die Slowakei, Tschechien, Bulgarien und Kroatien entweder auf längere Übergangsfristen oder mehr Unterstützung. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck glaubt stattdessen, dass Deutschland bereits in wenigen Monaten komplett auf Erdöllieferungen aus Russland verzichten kann.

Wie brisant Habecks Plan ist, zeigte sich unlängst bei seinem Besuch in der PCK-Raffinerie in Schwedt an der Oder. Dort erwartete den Grünen-Minister bei der Präsentation seines Zukunftsplans für die Raffinerie ein frostiger Empfang. Ein Angestellter sagte ganz direkt auf Habeck zu: „Ich möchte Sie höflichst daran erinnern, dass sie einen Amtseid geleistet haben – Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, nicht vom ukrainischen.“ Viel Applaus erhielt auch ein Raffineriearbeiter, der Habeck fragte: „Können Sie sicher sein, dass Sie da deutsche Interessen vertreten und nicht die amerikanischen?“ Bereits seit Wochen arbeitet der Bundeswirtschaftsminister daran, die Importe von russischem Öl komplett auf Null zu bringen. Mittlerweile ist der Anteil russischer Rohöllieferungen von bislang 35 Prozent auf nur noch zwölf Prozent gesunken. Die Raffinerie in Schwedt steht fast komplett für diese verbliebene Importmenge. Über die Pipeline „Druschba“ erhält die Anlage seit Jahrzehnten auf direktem Weg Öllieferungen aus Russland.

Polen fordert Reparationszahlungen

Die Anlage ist dementsprechend auch auf die schwere Ural-Ölsorte eingerichtet. „Wir können da nicht einfach Öl aus Arabien oder Australien reinkippen“, warnt der PCK-Chef Ralf Schairer.

Bei der Präsentation seines Plans, wie Schwedt künftig ohne russisches Öl versorgt und betrieben werden könne, räumte Habeck selbst ein: „Es kann sein, dass es an irgendeiner Stelle hakt, es kann sein, dass irgendwas nicht funktioniert.“ Sein Plan enthält tatsächlich bislang viel Vages. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll die Versorgung künftig durch Ölimporte aus dem Ausland über den Rostocker Hafen erfolgen. Von dort soll eine bereits existierende Pipeline nach Schwedt zum Weitertransport genutzt werden. Die Leitung zwischen Rostock und Schwedt war allerdings immer nur zur zusätzlichen Versorgung gedacht. Die Raffinerie verarbeitet pro Jahr etwa zwölf Millionen Tonnen Rohöl. Die Leitung aus Rostock kann diesen Bedarf nur zu 60 Prozent abdecken. Ob die Raffinerie in Zukunft noch wirtschaftlich arbeiten kann, hängt davon ab, ob es gelingt, die benötigte Restmenge von mehreren Millionen Tonnen über Straße, Schiene oder mit Hilfe von Binnenschiffen heranzuschaffen.



Stieß auf laute Kritik: Minister Habeck am 9. Mai vor Beschäftigten der PCK-Raffinerie in Schwedt

Foto: pa

Offen ist, ob der Danziger Hafen eine Rolle bei der Versorgung der Raffinerie spielen kann. Bereits Ende April war Habeck nach Warschau gereist, um auszukloten, ob zusätzliche Verträge für Öllieferungen über Danzig möglich sind. Sollte eine Kooperation zustande kommen, begibt sich Deutschland allerdings bei der Energieversorgung in eine Abhängigkeit von Warschau.

Zur Erinnerung: Erst vor einem halben Jahr sah sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seinem Antrittsbesuch in Warschau mit Reparationsforderungen konfrontiert. Auch die polnische Umweltministerin Anna Moskwa präsentierte als Grundbedingung für jegliche Form der Zusammenarbeit bei der Versorgung von Schwedt bereits die Forderung, dass der bisherige russische Mehrheitseigner Rosneft keine Anteile an der PCK-Raffinerie mehr halten darf: „Ohne dies wird von unserer Seite kein Geschäftsmodell möglich sein“, so die polnische Ministerin.

Benzin dauerhaft teurer im Osten?

Habecks Versuch, die jahrzehntelangen Lieferbeziehungen bei russischem Erdöl komplett und schnellstmöglich zu kapen, geht auch mit einem Risiko für die Stabilität in Deutschland einher. Die Raffinerien in Leuna und in Schwedt sind regional wichtige Arbeitgeber.

Darüber hinaus versorgen sie einen Großteil der östlichen Bundesländer mit

Benzin, Diesel, Heizöl und Flugkerosin. Beide Standorte produzieren zudem fast ein Drittel der vier Millionen Tonnen Bitumen, die pro Jahr auf Deutschlands Baustellen benötigt werden. Der Bauindustrieverband Ost warnte deshalb bereits vor Baustopps, sollten diese Bitumenlieferungen ausbleiben.

In jedem Fall werden die Verbraucher als Folge des Öl-Boykotts mit höheren Kosten rechnen müssen. Der Transport von Öl über Tankschiffe ist teurer als über die seit Jahrzehnten genutzte Direktleitung aus Russland. Hinzu kommen die Kosten für die Umrüstung der Anlagen. Der Energieexperte Manuel Frondel vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung hält kurzfristig Benzinpreise von drei Euro pro Liter für möglich. Andere Experten gehen auch davon aus, dass sich die Autofahrer in den östlichen Bundesländern nach dem Abschied vom Russenöl zudem dauerhaft darauf einstellen müssten, dass die Preise an der Tankstelle höher ausfallen werden als im Westen.

ABGEORDNETENHAUS

Berlin will Wahlalter auf 16 Jahre senken

Rot-grün-rote Koalition holt FDP mit an Bord – Wahltaktische Motive sind unübersehbar

Mit Hilfe der FDP wollen SPD, Grüne und Linkspartei noch in diesem Jahr im Land Berlin das Wahlalter auf 16 Jahre absenken. Das gaben SPD-Fraktionschef Raed Saleh und sein Kollege von der FDP-Fraktionsspitze, Sebastian Czaja, nach einem Gespräch bekannt. Für das Vorhaben ist im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig, die Rot-Grün-Rot ohne die Hilfe der FDP nicht erreichen kann.

Czaja sagte, die FDP-Fraktion unterstütze das Vorhaben, die Reform zügig auf den Weg zu bringen: „Wir glauben, dass das auch ein Ausdruck von gesellschaftlichem Fortschritt ist und eine Frage der Generationengerechtigkeit.“ Raed Saleh, der auch als SPD-Landesvorsitzender fungiert, bekräftigte, er sei ein großer Befürworter des Wahlalters ab 16 für Landtagswahlen: „Junge Menschen verdienen eine Stimme.“ Laut Saleh sei es für Berlin

„allerhöchste Zeit“ für eine Änderung: „Wir können noch in diesem Jahr ein Gesetz verabschieden, das dann bei der Abgeordnetenhauswahl 2026 zum Zug kommen kann.“

Hendrikje Klein, Abgeordnete der Linkspartei, sagte, sie freue sich, dass nun auch die Berliner FDP mit an Bord sei: „Zusammen mit der Koalition können wir nun die Berliner Verfassung ändern und damit das Wahlalter für die Berliner Abgeordnetenhauswahlen von 18 auf 16 Jahre senken.“

Nicht thematisiert haben die Politiker, dass gerade ihre Parteien durch die angestrebte Wahlrechtsänderung profitieren dürften. Bei der jüngsten Berlin-Wahl im Herbst 2021 stimmten lediglich sieben Prozent der Erstwähler für die CDU, vier Prozent für die AfD. Dagegen waren die Grünen mit 23 Prozent bei den Erstwählern stärkste Kraft. Auch die Linkspartei

schnitt mit 20 Prozent überdurchschnittlich stark ab. Die FDP überrundete mit 13 Prozent bei den Erstwählern sogar noch die SPD (zwölf Prozent). Bei der gleichzeitig stattgefundenen Bundestagswahl holte die FDP bundesweit sogar 23 Prozent unter den Erstwählern.

Die CDU wird nicht mehr benötigt

In Berlin würde eine Absenkung des Wahlalters immerhin etwa 90.000 Jugendlichen die Teilnahme an den kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus ermöglichen. Die angestrebte Änderung soll für das aktive Wahlrecht bei Abgeordnetenhauswahlen und Volksentscheiden gelten. Seit dem Jahr 2005 schon dürfen in Berlin Jugendliche ab 16 Jahren an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen.

In der vorangegangenen Wahlperiode hatten SPD, Linkspartei, Grüne und FDP

im Berliner Landesparlament nicht über ausreichend Mandate verfügt, um die Absenkung des Wahlalters durchzusetzen. Den vier Fraktionen fehlten zur notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit ganze vier Stimmen. Unter Hinweis auf „desaströse Werte“ bei der Wahlbeteiligung von 16- bis 18-Jährigen bei der Kommunalwahl und Nachholbedarf bei der politischen Bildung der Jugendlichen hatte die Berliner CDU-Fraktion eine Absenkung des Wahlalters abgelehnt.

Im jetzigen Landesparlament werden die Stimmen der Unionsfraktion für das Projekt nicht mehr benötigt. Die rot-grün-rote Koalition verfügt über 92 Sitze im Abgeordnetenhaus. Die FDP ist im Berliner Abgeordnetenhaus mit zwölf Parlamentariern vertreten. Der Wahlrechtsreform zustimmen müssten 98 der insgesamt 147 Abgeordneten des Landesparlaments. N.H.

● KOLUMNE

Ausgetreten

VON THEO MAASS

Evrin Sommer hat die Linkspartei verlassen. Sie begründete ihren Schritt mit der Russlandpolitik. Die Partei sei „von einer Sowjetnostalgie bestimmt“. Weiter beklagt Sommer den Umgang mit der Situation der Kurden in Syrien. Teile der Partei unterstützten das Assad-Regime in Damaskus.

Sommer, die vor ihrer Heirat mit dem kommunistischen Historiker Robert Sommer Evrim Baba hieß, konnte von der Partei profitieren. Von 2017 bis 2021 saß die 51-Jährige im Bundestag, vorher im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Langzeitstrategie ihrer Partei, die alte DDR-Wählerklientel durch Anhänger aus dem Zuwanderermilieu auszutauschen, ist letztlich gescheitert.

Sommer ist nicht die einzige kurdischstämmige Politikerin der Linkspartei im Parlamentsbetrieb. Die in Deutschland geborene Elif Eralp betätigt sich als Aktivistin für die autonome kurdische Region in Nord-Syrien. Ferat Koçak ließ mit anderen eine Solidaritätsadresse anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz publizieren. Die beiden sitzen im Berliner Abgeordnetenhaus. Das starke kurdische Engagement bei der Linkspartei ist nicht auf Berlin beschränkt. Cansu Özdemir sitzt in der Hamburger Bürgerschaft. Als sie nach Kurdistan reisen wollte, setzte sie die deutsche Bundespolizei fest.

Aber Sommer ist noch ein ganz besonderer Fall. Unter dem Namen Baba war sie von 1999 bis 2006 Vorsitzende des Bezirksverbandes der PDS in Neukölln, einem Westbezirk. Dann versuchte sie in Lichtenberg – einer Hochburg der Linken im Osten Berlins – Bezirksbürgermeisterin zu werden. Warum sie in der Bezirksverordnetenversammlung keine Mehrheit fand, war vielen ein Rätsel. Angeblich verweigerten die eigenen Genossen ihr die Gefolgschaft. Ab Dezember 2018 war sie Mitglied des Bezirksvorstandes Spandau – einem Westbezirk.

● MELDUNG

Rückschlag für „Autofrei“

Berlin – Der Berliner Senat hält ein Volksbegehren mit dem Ziel einer autofreien Innenstadt für verfassungswidrig. Nach Prüfung der Angelegenheit kommt die Innenverwaltung zu diesem Ergebnis. Die Sprecherin der Initiative, Nina Noblé, reagiert erbost: „Dem Innensenat scheint der politische Wille und Mut zu fehlen, diese Probleme ernsthaft zu lösen. Aber sollte der Senat uns vor das Landesverfassungsgericht schicken, scheuen wir diesen Weg nicht.“ Die Initiative „Berlin autofrei“ will den Autoverkehr im Stadtkern innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings stark einschränken. Dazu sollen Bürger privat nur noch bis zu zwölf Fahrten pro Jahr mit dem Pkw in der Innenstadt machen dürfen. In der Hauptstadt sind derzeit 1,24 Millionen Pkw zugelassen. Remo Klinger, Jura-Professor an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, begründet die Ablehnung: „Die relativ eng formulierten Ausnahmeregelungen des Gesetzentwurfes lassen Zweifel, ob die Schwelle der Verhältnismäßigkeit noch gewahrt ist.“ F.B.

● MELDUNGEN

Eine teure Partnerschaft

Berlin – Im Verlauf der 6. deutsch-indischen Regierungskonsultationen Anfang des Monats in Berlin unter der Leitung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Indiens Premierminister Narendra Damodardas Modi wurde auch eine „gemeinsame Absichtserklärung über eine Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung“ unterzeichnet. Deren Zweck soll darin bestehen, die jeweiligen Erfahrungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes auszutauschen. Darüber hinaus verpflichtete sich die Bundesrepublik in dem Papier, „für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im Rahmen dieser neuen Partnerschaft in den kommenden zehn Jahren zehn Milliarden Euro zur Verfügung“ zu stellen. Diese Zusage ist umso bemerkenswerter, als Indien die westlichen Sanktionen gegen Russland nicht unterstützt und stattdessen nun als größter Abnehmer russischen Öls aus den Fördergebieten im Ural auftritt.

W.K.

Kritik des Expertenrats

Bern – Das vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), dem im Kanton Bern ansässigen Schweizer Pendant zum bundesdeutschen Robert-Koch-Institut, einberufene Expertengremium zur Bewertung des Nutzens der staatlichen Corona-Maßnahmen während der Jahre 2020/21 ist zu einem negativen Ergebnis gelangt. Wie der Leiter der Arbeitsgruppe, Andreas Balthasar, bei der Vorstellung des gemeinsamen Abschlussberichtes sagte, hätten vor allem die Anordnungen zum vermeintlichen Schutz von Senioren „zu großem Leid“ und „zum Teil zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen bei den Betroffenen“ geführt. Scharf kritisiert wurde außerdem die Verschiebung von angeblich weniger dringenden medizinischen Behandlungen. Und die Schulschließungen seien ebenfalls „nicht angemessen“ gewesen und zögen „möglicherweise einschneidende Folgen für die Bildungsentwicklung zahlreicher Kinder und Jugendlicher nach sich“.

W.K.

Tiflis empört über Ukraine

Tiflis – Die georgische Präsidentin Salome Surabischwili hat in der Deutschen Welle Kritik an der ukrainischen Regierung geübt. Das in Frankreich geborene Staatsoberhaupt sagte, „die Ukrainer verlangten immer mehr und mehr von ihren Partnern, nicht nur von Georgien. Sie benutzen unhöfliche Worte gegenüber verschiedenen Partnern.“ Laut Surabischwili soll die ukrainische Regierung von Georgien die Lieferung von Waffen und auch die Eröffnung einer zweiten Front gegen Russland verlangt haben. „Alles dieses sei nicht möglich“, so die 70-jährige Politikerin. Sie bestätigte, dass Georgien sich vollständig an den internationalen Sanktionen gegen Russland beteilige und nun auch die Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft spüre. Da die Regierung nicht proaktiv habe wirken wollen, seien Äußerungen der Regierung zur Sanktionsbeteiligung möglicherweise widersprüchlich gewesen.

N.H.

UKRAINEKRIEG

US-Beobachter warnen vor Desaster

Möglicherweise werde der Westen wie vergangenes Jahr in Afghanistan Opfer der eigenen Propaganda

VON NORMAN HANERT

Als die Taliban im Sommer 2021 nach dem überstürzten Abzug internationaler Truppen innerhalb weniger Tage die Macht in Afghanistan übernahmen, war dies für die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern ein Schock. In kürzester Zeit wurde klar, dass 20 Jahre Militäreinsatz, der Versuch eines Staatsaufbaus und Milliarden von Entwicklungshilfe offenbar umsonst gewesen sind. Die Überraschung der Öffentlichkeit hierzulande zeigte ebenso, dass auch viele Medien jahrelang ein geschöntes Bild von der Lage in Afghanistan gezeichnet haben.

In den USA warnen einige kritische Beobachter nun davor, der Westen könnte auch im Fall der Ukraine die eigene Propaganda für die Realität halten. Derzeitige

Wortmeldungen von Politikern lassen darauf schließen, dass sie inzwischen tatsächlich einen Sieg der ukrainischen Streitkräfte für möglich halten. Erst kürzlich erklärte etwa der stellvertretende NATO-Generalsekretär Mircea Geoana am Rande eines Treffens der NATO-Außenminister in Berlin: „Dank des Muts der ukrainischen Armee und unserer Hilfe kann die Ukraine diesen Krieg gewinnen.“

Die Frage ist: Liefern die Berichte über einzelne taktische Siege der ukrainischen Streitkräfte, etwa die Rückeroberung von Gelände bei Kiew und Charkiw oder die Versenkung des russischen Kriegsschiffs „Moskwa“ wirklich ein realistisches Bild der Gesamtlage in der Ukraine?

In den USA können sich einige sehr skeptische Beobachter des Kriegsgeschehens in der Ukraine mitunter auf eigene Erfahrungen als frühere Militärangehörige

stützen. Beim reichweitenstarken TV-Sender Fox-News ist beispielsweise der pensionierte Oberst Douglas Macgregor regelmäßig Interviewpartner bei Starmoderator Tucker Carlson. Der Militärtheoretiker war bereits in der Anfangsphase des Krieges sehr skeptisch bezüglich der Aussichten der ukrainischen Armee. Obwohl ihm dies den Vorwurf einbrachte, ein „Putin-Versteher“ zu sein, hält der Trump-Vertraute an seiner aus westlicher Sicht pessimistischen Einschätzung fest.

Irrglaube des Westens

Der kalifornische Journalist Ian Kummer, der eine militärische Ausbildung bei der US-Nationalgarde erhalten hat, warnt sogar vor der Gefahr, dass der Glaube an die eigene Propaganda den Westen ruinieren könne. Während Russland den Ukrainekrieg „unbegrenzt lange durchhalten“

könne, sieht der Kalifornier die westliche Seite schon nach kurzer Zeit mit derart hohen Kosten konfrontiert, das sie vermutlich nicht lange durchzuhalten seien. „Nach nicht einmal drei Monaten gibt Washington Dutzende Milliarden Dollar aus, um das Spiel noch ein bisschen am Laufen zu halten“, so Kummer.

Den passenden Zeitpunkt für eine Intervention der NATO, aber auch für eine ukrainische Gegenoffensive sieht Kummer als längst verpasst an. Eine ukrainische Gegenoffensive hätte in einer frühen Phase des Kampfes stattfinden müssen, als noch Kommandostrukturen, Flugzeuge, Panzer und – vielleicht am wichtigsten – Treibstoff vorhanden waren.

Auch eine Lageeinschätzung, die Anfang Mai auf dem linken Nachrichten-Blog „Moon of Alabama“ veröffentlicht wurde, enthält die Warnung, der Westen habe angefangen, im Fall der Ukraine die eigene Propaganda zu glauben. Der weitverbreiteten Darstellung, der russische Vormarsch komme kaum voran, stellte der Autor seine Analyse der aktuellen Situation in der Ostukraine entgegen. Demzufolge haben die dortigen ukrainischen Truppen von Kiew den Befehl erhalten, die Stellungen unbedingt zu halten, während sie gleichzeitig von schwerer russischer Artillerie immer mehr pulverisiert würden. „Ihre Artillerie hört niemals, niemals auf“, so ein Major der ukrainischen Armee, der in dem Artikel neben anderen Augenzeugenberichten zitiert wird.

Trifft die Einschätzung einer derzeit laufenden Auslöschung der ukrainischen Truppen im Donbass zu, dann kann dies kriegsentscheidend sein. Fast alle Beobachter des Konflikts gehen davon aus, dass die Ukraine einen Großteil ihrer am besten ausgebildeten Truppen an diese Front geworfen hat. „Indem die ukrainische Führung den Befehl zum Halten der Linie ausgegeben hat, trägt sie zur Demilitarisierung der Ukraine durch die Russen bei“, so das Fazit.

Als mögliche Folge der Ausschaltung der ukrainischen Eliteverbände im Donbass wird in dem Artikel ein plötzlicher Vormarsch russischer Truppen in Richtung Kiew, Charkiw und Odessa im Laufe des Sommers oder Herbstes genannt.



FOTO: IMAGO/UMA WIRE

Nicht zu früh jubeln: Ein zerstörter russischer Panzer, wie hier auf einer Zufahrtsstraße nach Kiew, bedeutet noch keinen Sieg

PROPAGANDA-SCHLACHT

Seitenhiebe gegen den Kreml

Manche EU-Länder provozieren Russland mit Straßenumbenennungen direkt vor dessen Botschaftssitzen

Russlands Botschaft in Wilna liegt jetzt in der „Straße der ukrainischen Helden“. Die ukrainische Version der neuen Straßenbezeichnung befindet sich direkt unter der offiziellen neuen litauischen Straßenbezeichnung. Andere Länder der Europäischen Union haben ähnliche Propagandaschritte umgesetzt oder ziehen diese in Erwägung, um damit ihre Solidarität mit der Ukraine auszudrücken.

„Ab jetzt trägt die Visitenkarte von allen Angestellten der russischen Botschaft eine Ehrbezeugung für den Kampf der Ukraine“, kommentierte Remigijus Šimašius, Bürgermeister von Litauens Hauptstadt Wilna, gegenüber der britischen Tageszeitung „The Guardian“ die Umbenennung. „Jeder, der die Adresse der Botschaft schreibt oder die Straße sucht, wird an die Gewalttaten des russischen Regimes denken müssen, die gegen die friedliche ukrainische Nation verübt wurden“, sagt Šimašius weiter. Seine Stadt war die erste, die nach dem Angriff Russlands die An-

schrift der Botschaft Russlands geändert und die Straße umbenannt hat. Bisher hatte die russische Botschaft in Litauen die Adresse „Lettland-Straße“ gehabt. Wilna hatte im Jahr 2018 nach dem Mord an Boris Nemzow bereits einen Platz in der Nähe der russischen Botschaft nach dem russischen Oppositionellen benannt.

Rigas Unabhängige-Ukraine-Straße

In Lettlands Hauptstadt Riga folgte man dem Beispiel aus dem Nachbarland. Die Adresse der ukrainischen Botschaft lautet nun: „Unabhängige-Ukraine-Straße“, was angesichts der Hintergründe des Ukraine-Konflikts den russischen Machthabern nicht gefallen dürfte. Auch diese Straßenbezeichnung wurde mit ukrainischer Übersetzung in kyrillischen Buchstaben versehen. In Riga können das auch noch viele Menschen lesen, denn nach der Bevölkerungsstatistik sind noch fast die Hälfte der Einwohner in der lettischen Hauptstadt ethnische Russen.

Ein Teil der bisherigen Korunovačnī-Straße vor der russischen Botschaft in Prag soll künftig „Straße der ukrainischen Helden“ heißen. Das haben die Stadtverordneten des 6. Prager Bezirks beschlossen. Zugleich soll eine nahe Eisenbahnbrücke den Namen des ukrainischen Marinesoldaten Witalij Skakun erhalten. Dieser war am 24. Februar zu Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine ums Leben gekommen, als er eine Brücke nahe Cherson sprengte. Mit der Sprengung sollten die angreifenden Truppen aufgehalten werden.

Luxemburg traut sich nicht

Laut dem Prager Stadtrat Jan Chabr von der Mitte-Rechts-Partei TOP 09 betrifft die Umbenennung der Korunovačnī nur die letzten 150 Meter der Straße, an denen nur die russische Botschaft steht und niemand weiteres wohnt. Es ist fraglich, ob die russische Botschaft diese Namensänderung übernehmen wird. Aber wenn sie

es nicht tut, könnten in der Zukunft viele Besucher Probleme haben, ihre Botschaft zu finden, denn die Navigationssysteme und offiziellen Stadtpläne werden auf den neuen Namen umgestellt.

In Luxemburg hatte es gleich zu Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine eine Privatinitiative eines solidarischen Bürgers gegeben, der auf einem Privatgelände ein Hinweisschild auf die russische Botschaft in Luxemburg, die sich etwas außerhalb der Stadt in dem Schloss Beggen befindet, mit dem Zusatz versehen hatte, „Ambassade de Poutine – Criminel de guerre“ (Botschaft von Putin – Kriegsverbrecher). Das Hinweisschild wurde jedoch nach Protesten der Botschaft und „wegen Gefährdung der Straßensicherheit“ wieder entfernt. Es stellt sich die Frage, wann die Russen den Spieß umkehren und in Moskau mit provokanten Bezeichnungen jene Straßen umbenennen, an denen westlichen Botschaften liegen.

Bodo Bost

VON BENCE BAUER

Während der Krieg in der Ukraine in vielen Bereichen zu einem Paradigmenwechsel der deutschen Politik führte und vermeintlich sicher geglaubte Positionen binnen kürzester Zeit geräumt wurden, ist die Politik in Ungarn zumindest in dieser Frage berechenbarer. Insbesondere in der Frage eines möglichen Importverbots von russischem Öl wandelt sich die deutsche Position auch aufgrund äußerer Umstände sehr schnell, während die Ungarn vorsichtiger agieren.

Ungarn als verlässlicher Teil der westlichen Gemeinschaft

Es herrscht Einigkeit in Europa: Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine diskreditiert sich Russland als verlässlicher Partner auf dem internationalen Parkett und zerstört ein über Jahrzehnte aufgebautes Vertrauen, das freilich immer fragil blieb. Die westliche Wertegemeinschaft aus EU und NATO ist sich mit allen ihren Mitgliedern einig, diesen Verstoß gegen das Völkerrecht nicht hinzunehmen. Die russische Aggression wird verurteilt und die territoriale Integrität der Ukraine sowie die Einstellung der Kampfhandlungen gefordert. Das Sanktionsregime soll Russland an seiner empfindlichsten Stelle, seiner Wirtschaft, treffen.

Ungarn ist entgegen anderslautender Unterstellungen vollumfänglich bei allen Sanktionen dabei, unterstützt die EU-Integration der Ukraine und hieß seit Kriegsbeginn mehr als 700.000 Flüchtlinge aus der Ukraine willkommen. Als Teil der westlichen Werte-, Verteidigungs- und politischen Gemeinschaft trägt Ungarn das Maßnahmenbündel mit und büdet sich große Lasten sowohl bei der Versorgung der Flüchtlinge als auch bei den wirtschaftlichen Folgen der Russland-Sanktionen auf.

Warum ein Energieembargo?

Bei weitergehenden Sanktionen wie etwa einem Öl- oder Gasembargo tut jedoch eine Besinnung auf die Folgen und Wirkungen solcher Schritte not. Während die deutschen Medien beziehungsweise die Medienöffentlichkeit die Politik immer mehr vor sich hertreiben und eine schärfere Sanktionierung Russlands fordern, ist man in Ungarn besonnener.

Nach den gängigen in Deutschland vorgetragenen Argumenten könnte ein Importstopp Russland um wichtige Einnahmen bringen, das Land finanziell und wirtschaftlich destabilisieren und somit das Kriegsende beschleunigen. Diese Mutmaßung beruht auf der Annahme, ein Importverbot führe automatisch zu einer Schwächung Russlands, infolge derer die russische Führung wohl nicht anders könne, als von ihrem Angriffskrieg abzusehen. Nach allgemeiner Auffassung ist es noch viel wünschenswerter, wenn Russland von der Ukraine vollständig besiegt wird.

Wie realistisch diese Einschätzungen sind, kann heute wohl niemand mit Gewissheit sagen, auf jeden Fall sind sie ambitioniert, optimistisch und beruhen auf vielen Unbekannten. Sie offenbaren aber eine Grundströmung der deutschen Gesellschaft und Politik, nämlich den idealistischen und idealisierenden Glauben, eine bessere Welt zu schaffen und dabei beispielhaft voranzugehen.

Ungarische Positionen

Dahingegen wird in Ungarn von Regierung und Bevölkerung mehrheitlich die Position vertreten, dass die beste Beendigung des Konflikts ein Friedensschluss zwischen den Kriegsparteien ist. Zwar ist man mit den Opfern dieses Angriffskrieges, den Ukrainern, voll und ganz solidarisch, erkennt aber auch die potentiellen Gefahren, die von Russland in militärischer, politischer und geostrategischer Sicht ausgehen, an. Insbesondere die atomare Bedrohung durch Russland wird als eine Grundkonstante verstanden, die ei-



Zwischen moralischem Beistand für die Ukraine und eigenen Interessen: Die ungarische Energiepolitik

DEBATTE

Ein Energieembargo um jeden Preis?

Während in Deutschland vor allem moralisch über Antworten auf den russischen Angriff auf die Ukraine debattiert wird, orientiert sich Ungarn nüchtern an seinen nationalen Interessen. Eine Bestandsaufnahme

gentlich einen ausverhandelten Friedensvertrag und eine für beide Seiten gesichtswahrende Lösung wünschenswert erscheinen lassen müsste.

Bezüglich der Energiesanktionen erkennen die Ungarn aber, dass seit dem Einsetzen der Kampfhandlungen die Preise rasant gestiegen sind, ohne dass ein konkretes Embargo diese überhaupt hätte anheizen können. Allein die Diskussionen in Europa um eine politische gewünschte Verknappung der Energieträger Öl und Gas führten bereits zu einem rasanten Preisanstieg. Auch wird immer mehr offenbar, dass Russland mit deutlich weniger Ausfuhren etwa nach Deutschland immer mehr Einnahmen generieren kann und zudem aufgrund der global gestiegenen Energiepreise auf noch höhere Einkünfte spekulieren darf. Dabei finden sich immer wieder Abnehmer, die weder politisch noch wirtschaftlich ein Problem mit russischen Energieträgern haben, ja das Land sogar mit ihren Verlautbarungen unterstützen.

Die alles entscheidende Diskussion in Ungarn kreist aber weniger um die Lage Russlands, sondern eher um die eigenen Zukunftsaussichten. Dabei sind sich die Ungarn sicher, dass ein Embargo gegen russisches Öl die heimische Wirtschaft schwer treffen würde. Sie können die kritischen Kommentare aus anderen Teilen Europas nicht nachvollziehen, wonach „der Profit wichtiger als ukrainisches Blut“ sei. Denn die lebensbedrohlichen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Existenz gefährden ihr eigenes Land. Die Wirtschaft liefert die Lebensgrundlagen der Menschen, und den Ukrainern ist auch nicht geholfen, wenn sich die Länder Europas ruinieren.

Die Tricks anderer EU-Länder

Andere Länder wie etwa Lettland wenden fragwürdige Praktiken an, um das politisch gewünschte Ergebnis, also weniger Importe aus Russland, vorweisen zu können. So sollen Medienberichten zufolge

auf offener See Rohöllieferungen aus Russland mit Lieferungen aus anderen Ländern vermischt worden sein, um das Herkunftsland Russland zu kaschieren. Mit der Eigenbezeichnung „Latvian Blend“ kursiert dafür auch ein attraktiv klingender Markenname.

Ungarn verfügt bekanntlich über keinen Zugang zum Meer. Die russischen Lieferungen an Öl und Gas erreichen das Binnenland Ungarn über diverse Pipelines. Im Sinne der Quellendiversifizierung verfügt das Land über sechs Gaseintrittspunkte. Die Energiepreise in Ungarn sind aufgrund langfristiger Verträge im internationalen Vergleich besonders günstig, die Verbraucherpreise sind auf 20 Cent pro Kubikmeter begrenzt, die Strompreise beziffern sich auf 10 Cent pro Kilowattstunde. Das Land setzt übrigens wie viele andere Länder klar auf Atomstrom.

Wirtschaftspolitische Geisterfahrt

Das Agieren vieler embargofreundlicher Länder zeigt, dass trotz politischer Erkenntnisse und trotz anderslautender

Absichtserklärungen in weiten Teilen Europas doch kein Auskommen ohne russische Energieträger ist. Die Ungarn haben dies erkannt und argumentieren besonnen, vorausschauend und im Sinne ihrer eigenen Bevölkerung. Ungarn spielt in dieser Hinsicht vollkommen mit offenen Karten und bezieht klar Position, von der übrigens in den letzten Monaten seitens der politischen Führung nicht abgewichen wurde. Denn nach ungarischer Sichtweise hat sich an der Grundfrage Krieg oder Frieden seit dem 24. Februar nichts geändert: Russland ist und bleibt eindeutig der Aggressor, was die neue ungarische Staatspräsidentin Katalin Novák bei ihrer Amtseinführung am 14. Mai wieder glasklar aussprach.

Mit Blick auf Deutschland ist zu befürchten, dass die energiepolitische Zukunft des Landes fraglich sein könnte. Schon vor dem Ukrainekrieg waren die Preise in Deutschland stark angestiegen, und auch die Fragen der Volatilität der Energieerzeugung, des Transports und der Speicherkapazitäten stellen große Probleme dar. Deutschland hält weiterhin am gleichzeitigen Kohle- und Atomausstieg fest und setzt voll auf Erneuerbare Energien. Andere Länder bevorzugten den Ausbau ihrer nuklearen Kapazitäten.

Dabei sind die Auswirkungen des Ukrainekrieges noch nirgendwo voll absehbar. Die Forderungen nach einem Importembargo auf russisches Öl und Gas könnten unter den gegebenen internationalen und nationalen Rahmenbedingungen womöglich zu einer wirtschaftspolitischen Geisterfahrt führen. Es wäre eine Überlegung wert, auch auf andere Länder in Europa zu schauen.

● Dr. Bence Bauer ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias Corvinus Collegium in Budapest. www.mcc.hu

Lesen Sie zu diesem Thema auch die Beiträge auf Seite 2 dieser Ausgabe.

● MELDUNGEN

Knof warnt vor Rezession

Frankfurt am Main – Die Commerzbank hält an ihren Geschäftszielen fest. Auf der Hauptversammlung der zweitgrößten Geschäftsbank Deutschlands sagte deren Vorstandsvorsitzender Manfred Knof: „Unter dem Strich rechnen wir weiterhin mit einem Konzernergebnis von mehr als einer Milliarde Euro.“ Bei der Beantwortung von Aktionärsfragen warnte Knof allerdings vor erheblichen Gefahren für die Konjunkturentwicklung: „Der Krieg in der Ukraine, unterbrochene Lieferketten und eine hohe Inflation: In der Summe hat all das das Potential, die europäische Wirtschaft in die Rezession zu führen. Es ist nicht das Szenario, von dem wir ausgehen, aber es ist auch nicht auszuschließen.“ Er rechne damit, dass sich der Ukrainekrieg vor allem auf das Firmenkundengeschäft belastend auswirken werde. N.H.

EU prüft Bitcoin-Verbot

Brüssel/Berlin – Weil die Kryptowährung Bitcoin als extremer Stromfresser und somit auch Treiber des angeblich vom Menschen verursachten Klimawandels gilt, prüfen führende Beamte der EU und der Bundesregierung nun offenbar ein Verbot dieses digitalen Zahlungsmittels. Das geht aus internen Dokumenten hervor, die kürzlich durch einige Anfragen der Nachrichtenwebsite netzpolitik.org bekannt wurden. Dabei stehen aktuell wohl vor allem zwei Strategien zur Diskussion: Ein EU-weites Verbot der rechenintensiven Neuschöpfung (Mining) von Bitcoins und das Unterbinden jeglichen Handels mit der Kryptowährung. Experten sind allerdings der Meinung, dass beides nichts an der ungünstigen Energiebilanz des Bitcoin zu ändern vermöge. Zum einen erfolge das Mining in aller Regel auf Serverfarmen in Übersee, weil der Strom dort deutlich billiger sei, und zum anderen ließen sich finanzielle Transaktionen auf Bitcoin-Basis durchaus auch getarnt abwickeln. W.K.

Mangel an Arbeitskräften

Athen – Während die griechische Tourismusbranche in diesem Jahr wieder auf viele ausländische Besucher hofft, zeichnet sich ein gravierender Personalnotstand ab, der spürbare Auswirkungen auf die Qualität der Dienstleistungen haben dürfte – so die Warnungen des Ehrenpräsidenten des Verbands der griechischen Tourismusunternehmen S.E.T.E., Andreas Andreadis. Zu Beginn der laufenden Sommersaison seien immer noch rund 50.000 Stellen unbesetzt, obwohl es im Lande über 600.000 Arbeitslose gebe. Das relativ geringe Interesse an Tätigkeiten im Tourismusgewerbe erklärt der Chef der zuständigen Gewerkschaft, Giorgos Hontzoglou, mit einem eklatanten Mangel an ebenso bezahlbaren wie menschenwürdigen Unterkünften im Bereich der Urlaubsziele in Kombination mit einer geringen Entlohnung der Saisonkräfte. Zudem falle bei einem Monatsverdienst von um die 1000 Euro das Arbeitslosengeld zu niedrig aus, um damit den Winter ohne Touristen überleben zu können. W.K.

GASTBEITRAG

Die Werte des Ostens

NORBERT KLEINWÄCHTER

Während die Bürger vor den Wahlurnen davonlaufen wie jüngst in NRW, werben die EU-Kommission und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron für einen Verfassungskonvent, der die Demokratie völlig aushebeln würde: Sie möchten die europäischen Verträge ändern und die EU zu einem Bundesstaat mit unselbstständigen Bundesländern umbauen – und kassierten in dieser Woche prompt eine Antwort aus 13 der 27 EU-Mitgliedstaaten, darunter fast allen osteuropäischen, die diesen Vorschlag kategorisch zurückweisen. Sie, die vor etwas mehr als dreißig Jahren der sowjetischen Fremdbestimmung entkommen sind, wollen keine Union, in der einzelne Nationen nichts mehr zu sagen haben.

Die europäische Ost-West-Debatte ist von einem tiefen Unverständnis geprägt. Der Westen wertet die Menschenrechte als moralisch höchste Instanz und belegt Ungarn und Polen mit Verfahren wegen vermeintlicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit. Polen, das sich 2015 gegen die Aufnahme illegaler Migranten aus Afrika gewehrt hatte, tut sich wiederum zum Erstaunen der Brüsseler Funktionäre als Aufnahmeland für rund 2,5 Millionen ukrainische Flüchtlinge hervor, fordert gar die Aufnahme der Ukraine in die EU und weist zugleich die stetigen Forderungen nach der Abgabe von staatlicher Souveränität genauso zurück wie Macrons Idee, die Abtreibung als europäisches Grundrecht zu definieren. Während die westlichen Regierungen die „europäischen Werte“ an Fragen der Menschenrechte abstecken wollen, orientieren sich die osteuropäischen Regierungen an ihrer Nation und Tradition sowie am Christentum.

Christliche Prägungen

Der Nationalheld Polens ist kein Staatsgründer, Fußballstar oder General, sondern Papst Johannes Paul II., dessen Bildnisse nicht nur in Kirchen hängen, sondern Marktplätze schmücken und in zahlreichen Wohnzimmern einen prominenten Platz einnehmen. Polen hat eine besondere Beziehung zur Kirche. Unter dem Joch des Kommunismus hatte sie sich einen Raum der inneren Freiheit erkämpft. Als es zuvor über einhundert Jahre lang keinen polnischen Staat gab, hatte die Kirche die Identität des Polentums gepflegt. Die im Laufe der

Geschichte oft bedrohte polnische Kultur überlebte dank der Kirche und in einem Nexus aus Identität, Tradition und Glaube – dem Nexus, der mit Unterstützung des Papstes die „Solidarność“ gebaar und schließlich den Kommunismus zu Fall bringen sollte. Noch heute sind die Polen stolz auf ihre Nation und auf ihre Identität – und diese Identität ist christlich.

Beziehungsweise „illiberal“. Mit diesem Terminus schimpfen die EU-Zentralisten gerne über Polen und Ungarn und vertiefen damit den Graben, dessen Ursache sie verkennen. Geholfen haben derlei Beschimpfungen ohnehin nicht. Im Gegenteil goutieren die Wähler in beiden Ländern den Regierungskurs regelmäßig mit komfortablen Mehrheiten.

Die Identität der Nationen ist jedoch kein Selbstzweck. Vielmehr zeigt die europäische Geschichte, dass der Wettbewerb zwischen den Monarchien und später den Nationen stets ein Motor von Innovationen war. Und dies nicht nur in der Wirtschaft. Weder die Französische Revolution mit ihren bahnbrechenden Ideen für eine moderne Gesellschaft noch das Qualitätssiegel „Made in Germany“ gehen auf die Arbeit von Brüsseler Beamten zurück.

Natürlich ist das Brüssel von heute nicht das Moskau der Sowjetunion. Gleichwohl sind Befürchtungen, die Entwicklung könnte schon bald in diese Richtung führen, nicht gänzlich vom Tisch zu wischen. Mit welchem Recht verurteilen Beamte ohne demokratische Legitimation Mehrheitsentscheidungen frei gewählter nationaler Parlamente? Wen Polen und Ungarn in ihr Land hineinlassen wollen, welche Richter sie wählen und welche Formen der Familie sie fördern, geht nur sie selbst etwas an.

Der demokratische Nationalstaat ist die einzige politische Gliederung, der es mit Erfolg gelingt, die Interessen ihrer Bürger zu verstehen, aufzugreifen und umzusetzen. Deshalb wird Europa nur als vielfältige Gemeinschaft der Vaterländer wieder auf Erfolgskurs zu bringen sein, deren Grundlage der nationale Rahmen, die jeweils eigenen Traditionen und die Werte des Christentums sind.

● **Norbert Kleinwächter** ist stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und u.a. Mitglied der deutschen Delegation im Europarat und im EU-Ausschuss.



„Eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“: Unterzeichnungszeremonie des Lissaboner Vertrages am 13. Dezember 2007 im Mosteiro dos Jerónimos Foto: pa

KOLUMNE

Sachliche Unredlichkeit

FLORIAN STUMFALL

Russlands Krieg in der Ukraine gibt reichlich Anlass zu erwägen, welches Unrecht dadurch dem kleinen Nachbarn angetan wird. Von allem menschlichen Leid abgesehen, der skandalösen Wunde eines jeden Krieges, tritt in den Vordergrund, welche Rechtsverletzungen hier zu beklagen sind. An erster Stelle verweisen Politiker, Medienleute und die stets gegenwärtigen „Beobachter“ auf die Verletzung der Souveränität, den Verstoß der Unverletzlichkeit von Grenzen und die Missachtung der staatlichen Integrität. Diese drei treffen zusammen den Kern der nationalen Substanz eines Landes, und in die Klage, welche die Ukraine darüber führt, stimmen alle westlichen Länder ein.

Soweit also herrscht weithin Einigkeit in der nicht nur wohlwollenden, sondern unabdingbaren und jede Unterstützung rechtfertigenden Parteinahme für die ukrainische Nation. Allerdings darf der Hinweis nicht ausbleiben, dass es die Länder Europas, jedenfalls soweit sie der EU angehören, mit dem Wert des nationalen Gedankens, soweit es sie selbst betrifft, ganz anders halten.

Diese haben sich dem Vertrag von Lissabon verpflichtet. Dessen Artikel I bestimmt, der Vertrag stelle „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar...“ Befremdlich zunächst, dass hier auf die „Völker Europas“ abgestellt wird, eben jene Völker, die zu ihrer Meinung über die EU und die weitere Entwicklung gar nicht gefragt werden. Was in kleinen Zirkeln zur Zukunft von rund 500 Millionen Menschen beschlossen wird, nennen die EU-Wortführer dann vor der Öffentlichkeit die „weitere Vertiefung der Gemeinschaft“. Unerwähnt bleibt dabei, dass jede Vertiefung der EU mit einer Verflachung der nationalen Staaten einhergeht, das heißt, dass von diesen immer mehr Zuständigkeiten, also Machtbefugnisse, an Brüssel abgegeben werden.

Souveränität für die Ukraine

Das bedeutet, die Souveränität der EU-Mitgliedsländer, deren Grenzen, deren staatliche Integrität, eben jene Rechtsgüter, für die man sich in der Ukraine ins Mittel legt, bis hin zur Lieferung von Waffen, verlieren immer mehr an Bedeutung. Natürlich geschieht das, soweit es die EU angeht, ohne Gewalt, aber wenn jene

Rechtsgüter von so hohem Rang sind, wie am Beispiel der bedrohten Ukraine beschrieben, dann muss ihre Erhaltung unter allen Umständen schützenswert sein, ob mit Gewalt oder ohne.

In der EU ist das Gegenteil der Fall. Nimmt man die beiden Mitgliedsländer Ungarn und Polen als Beispiele, so sieht man, dass jeder Hinweis auf nationales Recht und nationale Würde von Brüssel verdammt und mit Androhungen schwerster Sanktionen quittiert wird. Dabei gilt für die Regierungen dieser beiden Länder, was für alle anderen in der EU ebenso zu-

denen Vergleichs. Er ist nicht auf Bestand ausgerichtet, sondern auf Veränderung zum eigenen Vorteil und zulasten anderer. Er versteht seine Werte nicht als spezifisch, sondern als allgemeingültig und setzt daher das Fremde herab.

„Vertiefung der Gemeinschaft“

So sieht sich der nationale Gedanke von zwei verschiedenen Seiten bedroht. Zum einen ist es der Internationalismus, zum anderen der Nationalismus. Dabei ist der Unterschied zwischen diesen beiden erstaunlich gering. Denn die Eigenschaften, die der Nationalismus in der Größenordnung eines Staates aufweist, zeigt der Internationalismus in der entsprechend höheren Dimension.

Auf die EU angewandt bedeutet das: Auch sie setzt herab, was nicht ihrer Art ist. Auch sie setzt nicht auf Bestand, sondern auf Ausdehnung. Auch sie sucht die Veränderung zum eigenen Vorteil. Und auch sie lässt neben ihren so bezeichneten Werten keine anderen gelten.

Die Entwicklung in der Ukraine wird zeigen, inwieweit Brüssel bereit ist, auf Gewalt zu verzichten und bei seinem bewährten Mittel der Nötigung zu bleiben. Ansonsten stellt die EU die Verschmelzung der internationalistischen Ideologie mit der nationalistischen Praxis dar. Die Extreme berühren sich gegenseitig. Sie können das, weil sie nie weit voneinander entfernt sind.

Wer immer den nationalen Gedanken, das natürlichste Leitbild für ein Zusammenleben in einem größeren Gefüge als Familie und Stamm, wer also diesen Gedanken ächten, auflösen, unwirksam machen will, der hat die Wahl zwischen zwei anderen, von Ideologie geprägten Möglichkeiten. Der Nationalismus schadet dem nationalen Gedanken dadurch, dass er ihn ins perverse Gegenteil übersteigert. Doch auch der Internationalismus betreibt dadurch eine solche Übersteigerung, dass er ohne Rücksicht auf Kultur, Geschichte, Sprache und Tradition einen übergreifenden Anspruch erhebt, der nur erfüllt werden kann, wenn die ganzen Zwangsmittel einer totalitären, zumindest aber autoritären Ordnung ergriffen werden. Welche Vorsicht hier geboten ist, kann man daran ermessen, dass zu keinem der beiden Ziele ein demokratischer Weg führt.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtsstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

VON VEIT-MARIO THIEDE

Dank Bernardo Bellotto, der sich Canaletto nannte, steht die sächsische Kleinstadt Pirna in der hohen Kunst der Vedutenmalerei auf einer Stufe mit Residenzstädten und Kunstmetropolen wie Venedig, Dresden, Wien und Warschau. Er schuf elf Ansichten von Pirna. Aufbewahrt werden sie im benachbarten Dresden. Die dortige Gemäldegalerie Alte Meister besitzt 36 Gemälde des berühmten Vedutenmalers. Keine andere Sammlung hat mehr Bellottos.

Aber was die Zeichnungen des am 20. Mai 1722 in Venedig geborenen Künstlers betrifft, hat das Hessische Landesmuseum Darmstadt die Nase vorn. Es besitzt nämlich knapp die Hälfte der 150 von Bellotto erhalten gebliebenen Zeichnungen. Die drei Städte feiern den Künstler mit Sonderausstellungen.

Von 1748 an war Bellotto Hofmaler des Kurfürsten Friedrich August II. von Sachsen, der zugleich als August III. König von Polen war. In seinem Auftrag schuf er Ansichten von Dresden, Pirna und der nicht weit davon entfernt im Elbsandsteingebirge hoch über dem Flusstal thronenden Festung Königstein. Den erstmals vollzählig ausgestellten Eigenbesitz sowie gemalte, gezeichnete und radierte Leihgaben aus allen Schaffensphasen Bellottos präsentiert Dresdens Gemäldegalerie Alte Meister vom 21. Mai bis 28. August in der Sonderschau „Der Zauber des Realen“.

Wichtige Leihgaben verdankt die Schau im Zwinger dem Kunsthistorischen Museum in Wien und dem Königlichen Schloss in Warschau. Aus Washington, Birmingham und London sind Gemälde der Festung Königstein angereist.

August III. fährt mit Schimmeln vor

Ein Prachtwerk aus eigenem Besitz ist das als „Canaletto-Blick“ berühmte Gemälde „Dresden vom rechten Elbufer unterhalb der Augustusbrücke“ (1748) mit der links aufragenden Kuppel der evangelischen Frauenkirche und der sich rechts erhebenden katholischen Hofkirche. Deren Turm war noch nicht errichtet, als Bellotto das Bild malte. Er griff daher auf eine Entwurfszeichnung des Architekten zurück. Das zeigt, dass Bellotto sich trotz des dokumentarischen Anspruchs und der bis hin zur Darstellung von Putzrissen und Schmuddelecken demonstrativen



Berühmter „Canaletto-Blick“: Bellottos Gemälde „Dresden vom rechten Elbufer unterhalb der Augustusbrücke“ mit der Frauenkirche und der noch unfertigen Hofkirche

Wirklichkeitsnähe seiner Veduten einige künstlerische Freiheiten gestattete.

Seine zumeist großformatigen Ansichten, die stets einen starken Kontrast von Licht und Schatten aufweisen, laden mit ihrem überbordenden Detailreichtum den Betrachter zu einer langen Verweildauer ein. Großes Vergnügen bereitet nicht zuletzt die Beobachtung der zahlreichen Staffagefiguren.

Auf dem Gemälde „Der Neumarkt in Dresden vom Jüdenhof aus“ (um 1748/49) fährt in einiger Entfernung August III. in seiner von sechs Schimmeln gezogenen goldenen Staatskarosse vor. Die Umstehenden verneigen sich. Auf den Bildern entdecken wir Vertreter aller Stände. In einer dunklen Ecke steht ein Bettler. Verliebte Paare turteln. Marktweiber tratschen. Ein Soldat füttert Schwäne. Feine Herren und schöne Damen stolzieren umher. Auch bei der Arbeit herrscht keine Eile. Es geht beschaulich zu. Aber nicht wenige Figuren blicken nachdenklich, ja melancholisch drein.

René Misterek ist Direktor des Stadtmuseums von Pirna. Er hat das Museum vollständig ausgeräumt, um Platz für die bis 25. September laufende Sonderschau „Canalettos Blick“ zu schaffen. Die ausgestellten Bilder „veranschaulichen Bellottos Ausstrahlung auf Zeitgenossen und Nachfolger in der sächsischen Kunst bis in die Gegenwart“, wie Kuratorin Anke Fröhlich-Schauseil erklärt. Von Bellotto sind neben zwei kleinformatigen Gemälden, die Rom und Venedig darstellen, seine eigenhändig ausgeführten großformatigen Radierungen von Pirna und der Festung Königstein zu sehen.

Pirnas „Canaletto-Haus“

Eine kuriose Hommage an Bellotto steuert Christoph Wetzel im Auftrag des Canaletto Forum Pirna bei: Für seine „Porträtvedute“ kopierte er eines von Bellottos Pirna-Gemälden – und setzte ein Porträt des barocken Meisters hinein. Misterek äußert über den Vedutenmaler: „Er ist identitätsstiftend für Pirna – das kann

man gar nicht anders sagen.“ Besonders stolz sind die Einwohner auf das Gemälde „Der Marktplatz von Pirna“ (um 1753/54). Mitten auf dem Platz erhebt sich das Rathaus, flankiert von zwei im Halbschatten liegenden Häuserfluchten. Blickfang im Mittelgrund ist ein mit Ziergiebel ausgestattetes Haus, das stark angegrauten Putz aufweist. Dieses sogenannte „Canaletto-Haus“ ist heute weit besser in Schuss als damals. Von dem in Dresden ausgestellten Original malte Wetzel eine getreue Kopie für Pirna.

Das Hessische Landesmuseum Darmstadt präsentiert ab 20. Oktober die Sonderschau „Remember Venice! Bernardo Bellotto zeichnet“. Nach 41 Jahren holen die Darmstädter diese Blätter erstmals ins Licht einer Ausstellung. Die seit 1829 zur Sammlung gehörenden Zeichnungen stammen aus dem Nachlass des Künstlers. Deshalb urteilt Kuratorin Mechthild Haas: „Zweifelloos barg dieser Fundus für Bellotto einen unwiederbringlichen Schatz.“ Er besteht überwiegend aus Fe-

derzeichnungen der Jahre 1735 bis 1746. Viele zeigen Venedig.

In der um 30 Radierungen ergänzten Präsentation wird auch die große Bedeutung von Bellottos Veduten für den Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Altstadt Warschaus aufgezeigt. In geringerem Maße galt das für Dresden. Aber was wäre der am Elbufer mit einem Rahmen markierte „Canaletto-Blick“ ohne Frauenkirche? Im Zweiten Weltkrieg zerstört, erfolgte ihr Wiederaufbau ab 1994 nicht zuletzt in Orientierung an Canalettos Gemälden. (Siehe auch Seite 10)

● **Gemäldegalerie Alte Meister** im Dresdner Zwinger, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt 14 Euro, www.skd.museum; **Canalettos Blick** im Stadtmuseum Pirna, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 6 Euro, www.pirna.de/canaletto; **Remember Venice!** im Hessischen Landesmuseum Darmstadt vom 20. Oktober bis 15. Januar 2023, Eintritt: 6 Euro, www.hlmd.de

KINO

Wie aus der Zeit gefallen

In dem Kriegsfilm „Die Täuschung“ reaktivieren die Briten ein altes Feindbild: die Deutschen

Die Briten halten gerne an der Illusion fest, den Zweiten Weltkrieg im Alleingang entschieden zu haben. Die Entzifferung verschlüsselter Nachrichten einer von deutschen U-Booten eingesetzten Chiffriermaschine habe wesentlich zu einem vorzeitigen Ende des Krieges beigetragen, deuteten Richard Harris' Roman „Enigma“ und die Kinoverfilmung von 2001 an.

Ähnliches gilt für ein Täuschungsmanöver anlässlich der Invasion der Alliierten an der Mittelmeerküste. Die „Operation Mincemeat“ (Mincemeat ist eine kleingehackte Speise), die den Deutschen weismachen sollte, dass nicht Sizilien, sondern Sardinien und die Peloponnes das südliche Einfallstor der Alliierten nach Europa bilden sollten, ist nun nach 1953 zum zweiten Mal verfilmt worden. Unter dem Titel „Die Täuschung“ läuft der Film am 26. Mai in den Kinos an.

In dem Propagandastück mit Englands Vorzeigedarsteller Colin Firth spielt

eine Leiche eine gewisse Hauptrolle. Der britische Geheimdienst lädt diese als angeblich abgestürzten Piloten so geschickt vor Spaniens Küste ab, dass die von ihr

mitgeführten Geheimpapiere mit den – natürlich – falschen Invasionsplänen den Deutschen in die Hände fallen. Derart irregeleitet hätten die Deutschen „Mince-

meat geschluckt“ und Sizilien im Juli 1943 nicht genug verteidigen können.

Die Briten leben offenbar immer noch in dem Glauben, dass das geheimdienstliche Geschäft des Täuschens und Verbergens von ihnen erfunden worden sei und andere Nationen grundsätzlich auf ihre Finten hereinfielen. Jedenfalls scheinen sie nach dem Brexit ein altes Feindbild zu reaktivieren, bei dem die Deutschen wieder die Deppen vom Dienst sind. Auf der Insel kommt es immer gut an, „denen vom Kontinent“ eins auszuwischen.

Als Depp des Films kommt eher Colin Firth daher, der als britischer Spionageoffizier so gelangweilt durch die staubigen Kriegskulissen schleicht, dass einem allein davon schon die Augen zufallen. Immerhin ist der Film recht solide inszeniert und hält den hohen Ansprüchen britischer Produktionen durchaus stand, obwohl er angesichts des aktuellen Krieges wie aus der Zeit gefallen ist. *Harald Tews*



Die Spaßbremse vom Film: Colin Firth als Geheimdienstmitarbeiter Foto: Warner Bros.

● MELDUNGEN

Grass-Preis an Edschmid

Lübeck – Die 1940 in Berlin geborene Schriftstellerin Ulrike Edschmid erhält den erstmals verliehenen Günter-Grass-Preis der Hansestadt Lübeck. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis, der künftig alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Thomas-Mann-Preis vergeben werden soll, wird am 10. Juni im Lübecker Rathaus verliehen. *tws*

Flechtkunst im Museum

Berlin – Am 24. Mai startet im Museum Europäischer Kulturen mit „All Hands on“ eine Ausstellung über die Kulturtechnik des Flechtens. Gezeigt werden Körbe, Hüte und Schuhe, die vor Wind und Wetter schützen. Das älteste Stück ist 3000 Jahre alt. *tws*

BERNARDO BELLOTTO

Der „kleine Canal“ und seine große Karriere

Vor 300 Jahren wurde der venezianische Maler geboren. Seine Motive fand er außer in Italien auch in Dresden, Wien und Warschau

VON WOLFGANG KAUFMANN

Veduten sind weitgehend realitätsgetreue malerische Darstellungen einer Landschaft oder eines Stadtbildes. Zu den größten Meistern auf dem Gebiet der Herstellung solcher Kunstwerke zählt Bernardo Bellotto, der am 20. Mai 1722 in Venedig geboren wurde und später als „Canaletto“ (kleiner Canal) auftrat. (Siehe auch Seite 9.)

Seine Ansichten von Venedig, Padua, Lucca, Verona, Florenz, Rom, Dresden, Wien, München und Warschau sowie auch der kleineren Ortschaft Pirna am Eingang zum Elbsandsteingebirge wurden seinerzeit fürstlich honoriert und hängen jetzt in renommierten Sammlungen wie der Gemäldegalerie im Dresdner Zwinger, der Eremitage in Sankt Petersburg und dem Kunsthistorischen Museum Wien. Nicht selten prägen sie bis heute den Ruf einer Stadt. Ohne Bellottos Bild „Dresden vom rechten Elbufer unterhalb der Augustusbrücke“, das den inzwischen legendären Canaletto-Blick wiedergibt, wäre die Residenz der sächsischen Kurfürsten und Könige wohl kaum zu einem „Elbflorenz“ avanciert.

Das Malen erlernte Bellotto bei seinem Onkel Giovanni Antonio Canal, von dem er neben dem Künstlernamen auch diverse Techniken übernahm. So beispielsweise die Verwendung von Lochkameras zur exakten Wiedergabe der Proportionen. Jedoch entwickelte der jüngere Canaletto im Laufe der Zeit einen für ihn typischen eigenen Stil. Der ist insbesondere durch weniger heitere Farben und den Einbezug des banalen täglichen Lebens gekennzeichnet. Während bei Canaletto senior alles sehr idealisiert wirkt, zeigt Bellotto auch marode Häuser mit bröckelndem Putz oder urinierende Spaziergänger.

In sächsischen Diensten

Die Ausbildung des Künstlers dauerte von 1736 bis 1738, dann reiste dieser mehrmals malend durch die Toskana, die Lombardei und das Piemont sowie nach Rom und Verona. 1745 erfolgten erstmals zwei Bestellungen für Veduten von Karl Emanuel III., dem Herzog von Savoyen und König von Sardinien-Piemont. Dennoch beschloss Canaletto schließlich, Italien den Rücken zu kehren.

Seine neue Heimat wurde Dresden, wo er auf Friedrich August II. traf, der in Personalunion Kurfürst und Herzog von Sachsen sowie König von Polen und Großherzog von Litauen war. Der äußerst kunstsinnige Sohn Augusts des Starken hegte eine Vorliebe für die zeitgenössische venezianische Malerei und engagierte den nun 25 Jahre alten Bellotto 1747 als Hofmaler mit exorbitanten 1750 Talern Jahresgehalt.



„Selbstbildnis als venezianischer Botschafter“: Ölgemälde von Bernardo Bellotto aus dem Jahre 1765

Foto: pa

Es folgte die erste Dresdner Schaffensperiode Canalettos, in deren Verlauf ein Zyklus von 14 Stadtansichten entstand. Dazu kamen noch elf Bilder von Pirna und fünf Veduten der Festung Königstein in der Sächsischen Schweiz. Außerdem erstellte der Maler 21 Kopien von diesen Werken für die Sammlung von Augusts vermögendem Ersten Minister, den

Grafen Heinrich von Brühl, die später von der russischen Zarin Katharina II. aufgekauft wurde.

Rückkehr nach Dresden

Nach Ausbruch des Siebenjährigen Krieges im Jahre 1756 verschlechterte sich Canalettos Auftragslage gravierend. Deshalb reiste er schließlich im Januar 1759

über Bayreuth nach Wien. Dort entstanden auf Wunsch des Kaiserhofs, des anfänglichen Grafen und späteren Reichsfürsten Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg sowie des vierten Fürsten von Liechtenstein, Josef Wenzel, 13 Bilder. In Wien erhielt der Maler die Nachricht von der Zerstörung seines Hauses und der Vernichtung eines Teils der darin gelagerten

Kunstwerke im Wert von 50.000 Talern durch den preußischen Beschuss der sächsischen Residenzstadt im Juli 1760. Dennoch kehrte Canaletto Ende 1761 über München nach Dresden zurück.

Im Oktober 1763 verstarben sowohl Friedrich August II. als auch der Graf von Brühl. Damit verlor Bellotto gleich zwei Gönner auf einmal. Darüber hinaus erhielt der Venezianer auch sonst keine weiteren großen Aufträge mehr, da man sich in Sachsen nun eher für den Klassizismus erwärmte. Dazu kam die Kürzung seines Gehalts auf 600 Taler, weil nur noch seine Lehre an der 1764 gegründeten Allgemeinen Kunst-Akademie in Dresden bezahlt wurde. Das alles bewog Canaletto dazu, an den Hof von Katharina II. in Sankt Petersburg zu wechseln.

Auf dem Weg nach Russland machte der Künstler 1767 in Warschau Station. Dort residierte seit 1764 Stanisław Antoni Poniatowski als König von Polen und Großfürst von Litauen. Und dieser hochgebildete Herrscher mit barockem Geschmack war ein großer Verehrer der venezianischen Malerei. Da er an seinem Hof schon diverse italienische Künstler versammelt hatte, fühlte sich Canaletto sofort heimisch und erklärte sich bereit, gegen ein Entgelt von 710 Dukaten pro Jahr als Hofmaler von Stanisław II. August zu fungieren.

In polnischen Diensten

Bellotto zeichnete auch für die künstlerische Umgestaltung von Schloss Ujazdów mitverantwortlich, das dem Monarchen als Ersatzresidenz während der Modernisierung des Warschauer Königsschlusses diente. Für Ujazdów schuf Canaletto unter anderem 16 Veduten von Rom. Als Vorbild nutzte er die Radierungen des Architekten Giovanni Battista Piranesi. Unterstützt wurde er von seinem Sohn Lorenzo, der bereits 1770 mit nur 28 Jahren verstarb.

Weil Stanisław II. August mit der parallelen Modernisierung von zwei Domizilen überfordert war, konzentrierte er sich schließlich auf das Königsschloss. Deswegen wurden Canalettos Bilder 1777 dorthin transferiert. Außerdem entstanden nun zahlreiche Veduten von Warschau. Diese Gemälde halfen später beim originalgetreuen Wiederaufbau der Stadt nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs.

Bellottos rastloses Schaffen endete am 17. Oktober 1780 durch einen plötzlichen Gehirnschlag. Die letzte Ruhestätte des Ausnahmekünstlers wurde die Kapuzinerkirche an der Warschauer Uliza Miodowa, in der auch das Herz des als Retter Wiens während der Zweiten Wiener Türkenbelagerung geltenden polnischen Königs Johann III. Sobieski bestattet ist.

SEEKRIEGSGRÄBER

Angehörige von ostdeutschen Fluchtopfern über See gesucht

Der Volksbund will Wracks vor Leichenfledderern schützen und sucht dafür die Unterstützung von Verwandten der Kriegstoten

Mit zunehmender Sorge beobachtet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Situation in der Ostsee, wo die Wracks von Schiffen, die 1945 in den letzten Kriegsmomenten versenkt wurden, nun durch Schatzsucher, Wracktaucher und Hobbyforscher heimgesucht werden. Viele dieser Wracks sind deutsche Seekriegsgräber und stehen unter internationalem Schutz – von einer Totenruhe unter Wasser kann aber

keine Rede sein. Vielmehr werden die Toten von Tauchern auf der Suche nach Souvenirs ausgeplündert.

Die in den Wracks liegenden Seekriegstoten sind zumeist verwundete Soldaten und zivile Flüchtlinge aus Ostpreußen. Bekannt sind die Versenkungen der „Wilhelm Gustloff“, der „Goya“ oder der „Steuben“, doch insgesamt wurden innerhalb weniger Monate Hunderte von Schiffen

und Boote versenkt. Der Volksbund plante für dieses Jahr in Hamburg am Internationalen Seegerichtshof eine internationale Konferenz aller Ostseeanrainerstaaten, um den Schutz der Seekriegsgräber zukünftig zu verstärken. Aufgrund des Krieges in Osteuropa wird diese Konferenz nun verschoben. Sie können jedoch unter Umständen zum Gelingen der Tagung beitragen.

Der Volksbund besitzt Zahlen, Daten, Fakten und Beweise, doch etwas fehlt ihm noch. Es ist ihm wichtig, bei dieser Konferenz den Teilnehmern vor Augen zu führen, dass es bei jedem Seekriegstoten auch eine moralische, eine menschliche Komponente abseits von Zahlen und Fakten gibt. Hinter jedem Namen verbirgt sich ein Schicksal, steht eine Familie. Der Volksbund braucht diese Informationen,

er braucht diese Geschichten. Bitte unterstützen Sie den Volksbund.

Haben Sie Angehörige auf See verloren? Waren Sie oder Ihre Verwandten Zeuge einer Versenkung? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an Christian.Luebcke@volksbund.de oder auf dem Postweg an den Landesverband Hamburg des Volksbundes, Brauhausstraße 17, 22041 Hamburg. *Christian Lübcke*

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 11. Juli 1700 wurde durch den brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. in Berlin eine Akademie der Wissenschaften gegründet, die – unter wechselnden Namen – bis heute fortbesteht. Maßgeblich gefördert wurden die Bestrebungen durch die als hochgebildet geltende Kurfürstin Sophie Charlotte, treibende Kraft war Gottfried Wilhelm Leibniz, der auch erster Präsident der Akademie wurde.

Im Vorfeld der Institutionalisierung schrieb der Universalgelehrte: „Solche Churfürstl. Societät müste nicht auf blosse Curiosität oder Wissensbegierde und unfruchtbare Experimenta gerichtet seyn, oder bey der blossen Erfindung nützlicher Dinge ohne Application oder Anbringung beruhen“, wie dies etwa in Paris oder London geschehen sei, „sondern man müste gleich Anfangs das Werck samt der Wissenschaft auf den Nuzen richten.“ In den Stiftungsbrief der „Kurfürstlich Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften“ wurde auf ausdrücklichen Wunsch Friedrichs III. ein Passus aufgenommen, dass die Akademie für die Erhaltung der deutschen Sprache „in ihrer anständigen reinigkeit“ Sorge tragen solle.

Staatsvertrag vom 21. Mai 1992

Mit ausdrücklicher Berufung auf die kurfürstliche Gründung des Jahres 1700 wurde die Einrichtung in ihrer gegenwärtigen Form mittels Staatsvertrag zwischen den Bundesländern Berlin und Brandenburg am 21. Mai 1992 neu konstituiert, als „Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften“. Sie gehört mit der in München sitzenden Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, der in Mainz angesiedelten Akademie der Wissenschaften und der Literatur, der in Düsseldorf befindlichen Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste, der Sächsischen Akademie der Wissenschaften mit Sitz in Leipzig sowie der Akademie der Wissenschaften in Hamburg zu den derzeit acht größeren deutschen Wissenschaftsakademien, die in der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, kurz Akademieunion, zusammengeschlossen

sind. Zwar eng verbunden, aber nicht zugehörig ist die „Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina“ in Halle, die seit 2008 als „Nationale Akademie der Wissenschaften“ fungiert. Bei der 1652 etablierten „Leopoldina“ handelt es sich um die weltweit älteste, durchgehend tätige naturwissenschaftliche Akademie.

Die Berliner Akademie – ab 1701 „Königlich Preußische Sozietät der Wissenschaften“, ab 1746 „Académie Royale des Sciences et Belles-Lettres“, ab 1812 „Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften“ und ab 1918 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges „Preußische Akademie der Wissenschaften“ – durchlief seit ihren Anfängen ein ambivalentes Dasein. Einerseits entwickelte sie sich zur einflussreichsten deutschen Akademie mit herausragender internationaler Reputation und konnte zahlreiche renommierte Gelehrte zu ihren Mitgliedern zählen.

Zum anderen mangelte es stets an der materiellen Ausstattung, eigene Forschungseinrichtungen wie das Observatorium oder der Botanische Garten unterstanden ihr nur zeitweise. Die Finanzierung erfolgte zu Beginn aus den Erträgen eines Privilegs auf die Herstellung von Kalendern, Gelder aus dem Staatshaushalt flossen erst im Zuge der preußischen Reformen nach dem Zusammenbruch von 1806.

Gerade in den ersten Jahrzehnten waren die Rahmenbedingungen wenig vorteilhaft. So beförderte Friedrich Wilhelm I. 1718 Jacob Gundling zum Präsidenten der Akademie. Gundling war zwar ein Gelehrter, spielte für den Soldatenkönig aber vor allem die Rolle des Hofnarren – womit der Monarch demonstrierte, was er von der Wissenschaft hielt.

GELEHRTENGESellschaft

Große Namen, wenig Geld

Vor 30 Jahren wurde die „Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften“ neu konstituiert. Sie steht in der Nachfolge der preußischen Akademie

Friedrich der Große, der im Unterschied zu seinem Vater kulturell äußerst aufgeschlossen war, übertrug sich 1764 selbst die Geschäfte des Präsidenten. Das Recht zur Wahl ihrer Mitglieder wurde der Akademie entzogen. Wenige Jahre nach seinem Regierungsantritt schrieb er die französische Sprache vor. Unter ihm wurden die Preisaufgaben eingeführt, deren Diskussion vor allem im 18. Jahrhundert das intellektuelle Leben prägte.

Natur- und Geisteswissenschaften

Zu Beginn waren zahlreiche Hugenotten in der Akademie vertreten, wie der Jurist Charles Ancillon oder der Theologe Jacques Lenfant. Aufklärer wie Voltaire oder Denis Diderot wurden aufgenommen, der Mathematiker Leonhard Euler war ebenso Mitglied wie der Dichter Gotthold Ephraim Lessing.

Im Unterschied zu vergleichbaren Einrichtungen wurden in der Berliner Akademie von Anfang an sowohl Natur- als auch Geisteswissenschaften gepflegt. Impulse erhielt sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt, jeweils Exponenten der beiden Richtungen, und den Theologen Friedrich Schleiermacher. Einschränkend für die Ambitionen der Akademie wirkte sich die Eröffnung der Berliner Universität im Jahr 1810 aus, vor allem in Konkurrenz um Ressourcen. Die Statuten von 1881 definierten die Akademie als „eine Gesellschaft von Gelehrten, welche zur Förderung und Erweiterung der allgemeinen Wissenschaften, ohne einen bestimmten Lehrzweck, eingesetzt ist“.

Zahlreiche Akademiemitglieder waren auf mehreren Feldern tätig, etwa der Arzt, Physiologe und Physiker Hermann von

Helmholtz oder Rudolf Virchow, ebenfalls Mediziner, aber auch Prähistoriker und Politiker. Theodor Mommsen, dessen Werke zur römischen Geschichte noch heute von Bedeutung sind, ist nur einer von 80 Nobelpreisträgern, welche die Berliner Akademie aufzuweisen hat. Zu ihnen gehört auch Albert Einstein, der in erster Linie mit der Relativitätstheorie verbunden wird.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte die Institution fort als „Akademie der Wissenschaften der DDR“, so der offizielle Name ab 1972. Nach wie vor handelte es sich um einen Zusammenschluss von Gelehrten, allerdings war die Akademie nun auch in einem bislang nicht praktizierten Ausmaß selbst Forschungseinrichtung.

Reichlich zwei Dutzend geisteswissenschaftlich orientierte „Akademievorhaben“, langfristige Forschungsprojekte, werden derzeit von der „Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften“ betrieben. Dazu zählen etwa das „Corpus Inscriptiones Latinarum“, eine von Theodor Mommsen begründete systematische Sammlung aller römischen Inschriften weltweit, oder die Erarbeitung eines umfangreichen „Goethe-Wörterbuchs“. Fortgeführt wird auch die „Marx-Engels-Gesamtausgabe“, die unter der für den geneigten Betrachter doppeldeutig zu lesenden Abkürzung MEGA bekannt ist und sämtliche Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels zugänglich machen soll. Weniger interessant war für die Akademie die Neubearbeitung des Deutschen Wörterbuchs von Jacob und Wilhelm Grimm. Offiziell wird das Projekt als „abgeschlossen“ bezeichnet, allerdings wurden die Arbeiten mit dem Buchstaben F schlicht eingestellt.

DEUTSCHLANDVERTRAG

Beschränkte Souveränität für den Westen

Die Bedeutung des Kalten Krieges für Deutschland ist ambivalent. Auf der einen Seite hat er dem Land jahrzehntelange Spaltung gebracht. Zum anderen machte er die Deutschen zu mehr oder weniger umworbenen Bündnispartnern ihrer jeweiligen Besatzungsmächte. Der Bundesrepublik brachte er die Teilsouveränität.

Vor 70 Jahren, am 26. Mai 1952, schloss die Bundesrepublik mit ihren Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten. Dieser kurz auch Deutschlandvertrag, Bonner Vertrag oder Bonner Konvention genannte Vertrag löste das Besatzungsstatut von 1949 ab. Er war der Preis, den die Westalliierten dafür zahlten, dass die auf ihre Initiative hin 1949 gegründete Bundesrepublik ihnen das militärische Potential der Westdeutschen zur Verfügung stellte. Es handelte sich also um ein Junktim. Donald Trump würde von einem Deal sprechen, die EU von einer Paketlösung.

Der militärische Tribut, den die Bundesrepublik als Gegenleistung für ihre Teilsouveränität leisten sollte, bestand in der Mitgliedschaft in der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Diese sah eine gemeinsame kontinental(west)europäische Armee vor, ähnlich der Grande Armée Kaiser Napoleons I. Obwohl dem so war und der Plan zur EVG mit René Plevén von einem Franzosen stammte, löste die Vorstellung deutscher Soldaten in Frankreich ein derartiges Unwohlsein aus, dass in der französischen Nationalversammlung über den Plevén-Plan gar nicht erst abgestimmt wurde.

Damit lag die bundesdeutsche Teilsouveränität erst einmal auf Eis. Und es wurde nach einer anderen Form gesucht, in der die Bundesrepublik ihren Besatzungsmächten das militärische Potential ihrer Bürger zur Verfügung stellen konnte. Nachdem die EVG an Frankreich gescheitert war, nahmen nun die angelsächsischen Besatzungsmächte die Sache in die Hand. Als Gegenleistung für die Gewährung der Teilsouveränität im Deutschlandvertrag sollte die Bundesrepublik nun der Westeuropäischen Union (WEU) und der NATO beitreten sowie im sogenannten Aufenthaltsvertrag acht NATO-Mitgliedstaaten – darunter seinen drei Besatzungsmächten – das Recht einräumen, dauerhaft Streitkräfte auf seinem Territorium zu stationieren.

Am 5. Mai 1955 trat das aus dem Deutschlandvertrag sowie zehn weiteren Verträgen und Abkommen bestehende Vertragspaket in Kraft. Am 27. Februar des Jahres hatte der Deutsche Bundestag die sogenannten Pariser Verträge gebilligt, am 18. März stimmte auch der Bundesrat zu. Die SPD hatte das Paket mit der Begründung abgelehnt, es verfestige die deutsche Spaltung. Wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Deutschlandvertrags wurde die Bundesrepublik Mitglied des Nordatlantikpaktes.

Der Osten zog wie so häufig nach. Am 14. Mai 1955 schloss die DDR mit ihrer Besatzungsmacht sowie Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei den Warschauer Vertrag (WV). Am 20. September 1955 erklärte die Sowjetunion die DDR für souverän. Manuel Ruoff



Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften: Standort Jägerstraße 22/23 (ehemalige Preußische Staatsbank) in Berlin-Mitte

Foto: Luís Alvaz

VON JOSEF KRAUS

Mit dem Krieg Russlands in der Ukraine gerät der desaströse Zustand der Bundeswehr noch mehr ins Blickfeld. Aber auch die deutsche Rüstungsindustrie erfährt ab sofort Aufmerksamkeit. Das war nicht immer so. In Zeiten eines schier zur Staatsräson erhobenen Pazifismus sah man es nicht ungern, wenn deutsche Rüstungsfirmen keine große Rolle spielten. Außerdem meinte man, Ausgaben für Verteidigung ab 1990 als „Friedensdividende“ für andere Zwecke, etwa sozialpolitische, verwenden oder in zivile Projekte („Rüstungskonversion“) investieren zu können.

Weltweit freilich ist die Rüstungsindustrie dennoch ein gigantisches Unternehmen. Man schätzt, dass global pro Jahr Waffen im Wert von zwei Billionen, also 2000 Milliarden Euro produziert werden. Hier führen mit großem Abstand US-Firmen, dann erst folgen Firmen aus China. Deutsche Rüstungsunternehmen machen weniger als zwei Prozent des weltweiten Gesamtvolumens aus. Nun stehen der Rüstungsindustrie Boomjahre bevor. Nicht nur wegen „Ukraine“. Denn nicht nur die Bundeswehr, sondern viele nationale Armeen haben Modernisierungsbedarf.

Wie aber schaut es mit der deutschen Rüstungsindustrie aus? Es wurde – Stichwort „Friedensdividende“ – erheblich abgebaut. Im Jahr 1990 waren hier 290.000 Personen tätig, im Jahr 2021 etwa 90.000. Offiziell sind 162 deutsche Firmen bekannt, die im Bereich Rüstung tätig sind. Die drei größten sind Rheinmetall, Thyssen/Krupp und Krauss-Maffei Wegmann (KMW). Große deutsche Anteile gibt es zudem bei der Airbus Group, an der außerdem Frankreich und Spanien beteiligt sind, sowie bei Matra BAe Dynamics Aérospatiale (MBDA) mit Standorten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien.

Rheinmetall nur auf Platz 27

Rüstungsindustrie hat auch mit Export zu tun. Von den rund zwei Billionen Euro Rüstungsausgaben weltweit entfällt ein Drittel auf Exportgeschäfte. Deutschland rangiert als Exporteur hinter den weit führenden USA Russland und Frankreich auf Plätzen zwischen drei bis fünf. Die deutsche Industrie stellte damit zwischen 2017 und 2021 etwa 4,5 Prozent aller Rüstungsexporte der Welt. Einsam führend laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI sind mit einem Anteil von 39 Prozent die USA, gefolgt von Russland mit 19 und Frankreich mit elf Prozent. In „deutschen“ Zahlen: Im Jahr 2020 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 5,82 Milliarden Euro genehmigt, 2021 waren es 9,35 Milliarden. Diese Exporte betrafen in der Vergangenheit beziehungsweise bezüglich laufender Projekte vor allem Panzer, U-Boote (etwa für Israel und Ägypten), Fregatten, Transportfahrzeuge, Sensorik und Ähnliches. Mit den von der „Ampel“ im Dezember 2021 eigentlich angestrebten Restriktionen wird es – siehe Ukraine – wohl nichts werden

Nehmen wir das Beispiel Rheinmetall: Das Unternehmen steht laut SIPRI auf Platz 27 aller weltweit tätigen Rüstungshersteller, und zwar mit einem Jahresumsatz zuletzt von rund sechs Milliarden Euro. Die Firma hat seit 2011 relativ konstant zwischen 21.500 und 23.900 Mitarbeiter. An die ganz Großen kommt Rheinmetall nicht heran. Zum Vergleich: Lockheed Martin setzt 58 Milliarden US-Dollar um, weitere US-Firmen im Bereich zwischen 25 und 36 Milliarden. Platz 15 hat Huntington Ingalls Industries (USA) mit 8,25 Milliarden Dollar inne. Diese Größenordnung will Rheinmetall bis 2025 erreichen.

Der deutsche Branchenführer scheint auch tatsächlich zu boomen. Seine Aktie ist seit Beginn des Jahres von rund 80 Euro auf 215 Euro Ende April hochgeschossen. Seit dem nun schon in den dritten Monat



Eine der wirksamsten Artilleriewaffen der Bundeswehr: Die „Panzerhaubitze 2000“ bei einer Übung im niedersächsischen Munster

Foto: imago/localpic

VERTEIDIGUNG

Deutsche Rüstungspolitik in der „Zeitenwende“

Jahrzehntelang vernachlässigt, gegängelt, geschrumpft – und plötzlich wieder gefragt: Den Waffenschmieden der Bundesrepublik steht ein Kraftakt bevor

gegangenen Krieg Putins gegen die Ukraine ändern sich die Sichtweisen auch in Sachen Rüstungsindustrie und Rüstungsexport. Nun wird öffentlich diskutiert: Ist die Bundeswehr gerüstet, dass sie der Ukraine auch schwere Waffen liefern kann? Ist die deutsche Rüstungsindustrie in der Lage, ältere schwere Waffen, eingemottete, ganz schnell zu ertüchtigen?

Natürlich hat die deutsche Rüstungsindustrie nichts im Regal. Anders als in großen Teilen des Automobilbaus wird nicht in der Hoffnung, das Produkt werde sich schon verkaufen, drauflos produziert. Nein, gerade die deutsche Rüstungsindustrie ist auf staatliche Aufträge und bei Exportgeschäften auf Genehmigungen der Bundesregierung angewiesen.

Was also kann Deutschland der Ukraine aktuell überhaupt liefern? An neuen Waffensystemen nur wenig – der „14. Rüstungsbericht zur materiellen Einsatzbereitschaft“ des Generalinspektors vom 13. Januar 2022 gibt Auskunft. Wörtlich liest man dort: „Unsere Zielgröße von 70 Prozent durchschnittlicher materieller Einsatzbereitschaft übertrafen hierbei 38 Hauptwaffensysteme, elf lagen unter 50 Prozent (davon sechs Altsysteme). Die durchschnittliche materielle Einsatzbereitschaft von Kampffahrzeugen lag bei 71 Prozent, für Kampfeinheiten der Marine bei 72 Prozent, für die Kampf- und Transportflugzeuge bei 65 Prozent, für alle Unterstützungsfahrzeuge (Logistik, Sanität und CIR) bei 82 Prozent und bei den Hubschraubern weiterhin bei 40 Prozent.“

Lambrechts abrupter Kurswechsel

Noch einmal: Elf Waffensysteme lagen unter 50 Prozent Einsatzbereitschaft! Und der Grund? Viele Systeme sind nur teilweise einsatzbereit, weil es keine Munitions- und Ersatzteilverräte gibt. Experten schätzen den Bedarf zum Ankauf solcher Vorräte gar auf rund 20 Milliarden Euro. Wie steht es dann wirklich um die Lieferung von „schweren“ Waffen für die Ukraine? „Nein, keine schweren Waffen für die Ukraine!“ – das hörte man mehrere Wochen

aus dem Kanzleramt. Dann kam die Kehrtwende: Anlässlich eines Treffens von Partnern aus mehr als 40 Staaten vom 26. April auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein/Pfalz erklärte die Bundesregierung, namentlich Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD), Deutschland sei bereit, der Ukraine 50 Stück des ausgemusterten Flugabwehrpanzers „Gepard“ der Firma Krauss-Maffei Wegmann (KMW) liefern zu lassen. Die Bundeswehr hatte davon ab den 1970er Jahren rund 420 Stück, 2011 wurden die letzten verbliebenen 90 ausgemustert.

Keine Munition für den „Gepard“?

Soweit der Plan: Bald stellte sich heraus, dass es Probleme mit der Munition (Kaliber 35 mal 228 mm) für den „Gepard“ gibt. Denn diese Munition wurde in der Schweiz hergestellt. Bern freilich hat die Weitergabe von in der Schweiz hergestellter Munition durch Deutschland an die Ukraine unter Verweis auf die Schweizer Neutralität verboten. Obendrein verfügt die Bundeswehr nur über 23.000 Schuss Munition für den „Gepard“. Dieser aber braucht pro Minute etwa 1100 Schuss. Demnach würde die verfügbare Munition des Panzers für lediglich rund 20 Minuten Beschuss ausreichen. Das Verteidigungsministerium und KMW suchen deshalb seit 21. April nach weiterer Munition für den „Gepard“. Dabei wurden offenbar auch die aktuellen Betreiber dieses Panzer-Typs Jordanien, Rumänien, Brasilien und Katar angefragt.

Im Schwange sind noch drei andere Lieferungen: Die Ukraine könnte von Deutschland ausgemusterte „Marder“-Schützenpanzer und ausgemusterte „Leopard 1“-Kampfpanzer bekommen. Von beiden Panzertypen soll es je 100 in Depots geben. Konkret „Marder“: Er war ab 1971 ein Rückgrat der Bundeswehr, bewaffnet ist er mit einer Panzerabwehrkanone, einer Bordmaschinenkanone und einem Maschinengewehr. Von den einst 2000 „Mardern“ hält die Bundeswehr noch 250 verfügbar. Die meisten wurden verkauft, einige sind eingelagert. Vermutlich handelt es sich bei den nun von

Rheinmetall angebotenen „Mardern“ um Exemplare, die am Rheinmetall-Standort in Unterlüß in der Südheide seit Jahren unter freiem Himmel stehen und einst von der Bundeswehr für einen Spottpreis angekauft wurden.

Der Bundesregierung liegt nun seit 21. April ein Antrag von Rheinmetall vor, rund 100 ältere „Marder“ für 153 Millionen Euro an die Ukraine verkaufen zu dürfen. Die „Marder“ könnten in drei Tranchen geliefert werden: Die ersten 20 nach sechs Wochen, weitere 23 nach sechs Monaten und die übrigen 55 nach zwölf Monaten. Zudem ist ein Ringtausch im Gespräch: Deutsche Panzer gehen nach Slowenien, slowenische Panzer russischer Bauart in die Ukraine. Konkret: Das kleine NATO-Land Slowenien liefert Kampfpanzer des Typs M84 an die Ukraine. Dieser Panzer ist eine Weiterentwicklung des sowjetischen T-72-Panzers. Aus Deutschland soll Slowenien dafür den „Marder“ sowie den Radpanzer „Fuchs“ erhalten. Groß können die Zahlen aber nicht sein, denn laut „International Institute for Strategic Studies“ hat Slowenien vom Panzer-Typ 14 Exemplare für Trainingszwecke und 32 im Depot.

Wertvolle Wochen vergeudet

Der Haken dabei ist nicht, dass diese Waffen ausgemustert wurden. Ertüchtigt sind sie den russischen und ukrainischen Panzern wohl ebenbürtig. Ein Vorteil dieser „alten“ Systeme ist, dass sie nicht in so hohem Maße kompliziert und hoch technisiert sind wie ihre Nachfolgemodelle. Das heißt, sie können von ukrainischen Soldaten auch nach vergleichsweise kurzer Schulung bedient werden.

Ganz plötzlich war ab dem 28. April dann die Rede davon, dass Deutschland der Ukraine „Panzerhaubitzen (PzH) 2000“ liefern könne. Das ist seit 1998 eine der wirksamsten und präzisesten Artilleriewaffen der Bundeswehr. Bei einer Frequenz von bis zu zehn Schuss pro Minute kann sie Geschosse des Kalibers 155 Millimeter bis zu 40 Kilometer weit ins Ziel bringen. Auch hier aber gibt es einen Haken: Die Bundeswehr hat 119 Stück „PzH“,

derzeit sind 40 einsatzklar. Wir halten fest: Wäre es der Bundesregierung wirklich wichtig gewesen, der Ukraine zu helfen, so hätte man unmittelbar in den Tagen nach dem 27. Februar die führenden Vertreter der Rüstungsindustrie und des Bundeswehr-Beschaffungsamtes an einen Tisch geholt und sondiert, was möglich ist. Nunmehr aber sind wertvolle Wochen vergangen.

Berlins Hü- und Hott-Prinzip

Die europäischen NATO-Mitglieder müssen sich in puncto Verteidigung mehr anstrengen. Sich nur auf die USA zu verlassen, reichte schon vor „Ukraine“ nicht aus. Denn die USA orientieren ihre geostrategischen Prioritäten in Richtung Indopazifik. Stichwort: China! Bedroht sind aktuell NATO-Mitglieder, die bis 1991 Mitglieder des Warschauer Pakts oder gar Teil der UdSSR waren. Das vereinigte Deutschland gehört teilweise dazu. Damit es zu einer Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO kommen kann, müssen die dafür nötigen Gelder fließen (siehe Zwei-Prozent-Ziel), es muss aber auch die europäische Rüstungsindustrie verlässliche Planvorgaben haben. Konkrete europäische Rüstungsprojekte dürfen nicht zerfasert werde, indem die beteiligten Länder mit stets neuen Variantenoptionen daherkommen. Beim Militärtransporter A400M hat sich die Inbetriebnahme aufgrund von 40 Sonderwünschen der Partner Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien mehrere Jahre verlängert. Viele Köche verderben eben den Brei. Ähnliches steht beim französisch-deutschen Kampffliegerprojekt Future Combat Air System (FCAS) zu befürchten, der ohnehin erst 2040 einsatzfähig sein soll.

Für die deutsche Rüstungsindustrie heißt das: Die Politik darf nicht mehr nach dem Hü- und Hott-Prinzip arbeiten, auch nicht in Fragen der Exporte. Sondern sie muss der Industrie Vorgaben machen, die über Jahre hinaus gelten. Zudem muss das bislang träge Beschaffungswesen der Bundeswehr dynamisiert werden. Dazu mehr in einer späteren Ausgabe der PAZ.



NORD- UND SÜDOSTPREUSSEN

Das Ende einer guten Nachbarschaft

Wegen Ukrainekrieg: Jahrelange Zusammenarbeit im Rahmen des Programms „Euroregion Ostsee“ auf Eis gelegt

VON DAWID KAZANSKI

Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine beschlossen Ende Februar die Stadträte von Allenstein, die Partnerschaft mit Königsberg zu beenden. Der Abbruch der langjährigen Zusammenarbeit ist jedoch mehr als eine Geste der Solidarität mit der Ukraine. Sie hat Folgen für die Bewohner beider Städte. „Die bisherige Zusammenarbeit ist als gut zu bewerten, umso trauriger ist es, dass sie angesichts der beispiellosen militärischen Aggression Russlands gegen die freie und unabhängige Ukraine nicht fortgesetzt werden kann“, sagte der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz unmittelbar nach der Entscheidung des Stadtrats.

Die Folgen für das Gesundheitswesen erläuterte die Stadträtin und Ärztin Ewa Zakrzewska in einem Interview mit einer Regionalzeitung: „Die Zusammenarbeit mit den Partnerstädten, darunter auch Kaliningrad, besteht seit vielen, vielen Jahren. Wir fuhren nach Kaliningrad zum Erfahrungsaustausch und zu Konferenzen und später besuchten uns die dortigen Ärzte. Das Kinderkrankenhaus in Allenstein nahm auch die jüngsten Patienten aus Kaliningrad auf, aber jetzt, da die Vereinbarungen gebrochen wurden, sind wir gezwungen, diese Praxis zu beenden.“

Die Beziehungen zum Königsberger Gebiet wurden durch eine institutionalisierte Form der internationalen Zusammenarbeit unter dem Namen „Euroregion Ostsee“ gepflegt. Seit ihrer Gründung verfolgt sie das Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen im Ostseeraum zu verbessern, die Kontakte und die Kooperation der lokalen Gemeinschaften und die nachhaltige Entwicklung der Region sowie einen intensiven wirtschaftlichen Austausch zu fördern. Zu den Partnern der Euroregion Ostsee gehörten bisher Regionen der



Wegweiser in Allenstein: Das Schild „Kaliningrad“ wurde entfernt

Foto: D.K.

alten und neuen EU-Mitgliedstaaten sowie das Königsberger Gebiet.

Woiwodschaft war federführend

Die Woiwodschaft Ermland-Masuren ist seit 1999 aktives Mitglied der Organisation. Auf ihre Initiative und mit der Unterstützung der schwedischen Region Blekinge wurde die Mitgliedschaft der Oblast Königsberg in der Ostsee-Euroregion ausgesetzt. „Die aggressive Haltung Russlands gegenüber der Ukraine widerspricht allen Werten, für die die Euroregion Ostsee steht“, betonte der Woiwodschaftsmarschall Gustaw Marek Brzezina und be-

gründete die Entscheidung wie folgt: „Es ist unmöglich, sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Einwohner im Ostseeraum einzusetzen, die Beziehungen und Kontakte zwischen den lokalen Gemeinschaften zu fördern, historische Vorurteile abzubauen oder Maßnahmen zur Zusammenarbeit zwischen den regionalen Behörden zu unterstützen, wenn man einen Kriegsaggressor als Mitglied hat.“

Die Beendigung der Zusammenarbeit mit Königsberg wirkt sich auch negativ auf die polnischen Grenzstädte aus, die mit zunehmenden Schwierigkeiten zu

kämpfen haben. In den Tagen, als der kleine Grenzverkehr noch reibungslos funktionierte, erlebten die Kleinstädte eine lebhaftere Entwicklung, da die Russen massenhaft in die polnischen Geschäfte kamen. Sie wurden von der großen Auswahl und der „westlichen Qualität“ der Waren angezogen. Die an das Königsberger Gebiet angrenzenden Städte waren auch ein Tor für den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern.

Doch schon 2016 wurde alles komplizierter. Daraufhin wurde beschlossen, das Abkommens über den Kleinen Grenzverkehr mit der Russischen Föderation auszusetzen. Damals war schien aus Gründen der nationalen Sicherheit im Zusammenhang mit der Ausrichtung des NATO-Gipfels und der Weltjugendtage in der Republik Polen erforderlich. Heute wächst die Sorge um die Zukunft der Region.

Braunsberg ist besonders betroffen

Betroffen ist unter anderem Braunsberg, das etwa sechs Kilometer von der russischen Grenze entfernt liegt. Neben dem Ausbleiben russischer Kunden, die früher in polnischen Geschäften Lebensmittel kauften, ist auch festzustellen, dass die logistische Bedeutung der Stadt abnimmt. Vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine war Braunsberg ein wichtiger Knotenpunkt für den Umschlag von russischer Kohle und Gas. Viele Menschen fanden Arbeit in lokalen Unternehmen. Anfang März berichtete die „Elbinger Zeitung“ unter Berufung auf Angaben der Nationalen Steuerverwaltung, dass täglich vier bis fünf Züge – etwa 185 Waggons –, hauptsächlich mit Kohle, über die Zollstelle Braunsberg in die EU gelangten. Gegenwärtig bangen die Beschäftigten von Rohstoffverarbeitungsunternehmen um ihre Arbeitsplätze, denn die Rohstofflieferungen wurden gekürzt.

Eine spürbare Auswirkung des Krieges in der Ukraine ist ein deutlicher Anstieg der Kohle- und Brennstoffpreise. Tomasz

Sielicki, Bürgermeister von Braunsberg, betonte, dass die Stimmen der an das Königsberger Gebiet angrenzenden Städte in Polen lautstark gehört werden müssten. Er gab zu bedenken, dass die vollständige Schließung der Grenze zu Russland für die Region katastrophal wäre. Er sagte, dass die gegen Russland verhängten Sanktionen zwar gerechtfertigt seien, dass die polnische Regierung aber darüber nachdenken sollte, die Unternehmer für die entstandenen Verluste zu entschädigen. Das könnte zum Beispiel durch die Eröffnung neuer Wirtschafts- und Handelswege mit Ländern außerhalb der russischen Einflussphäre umgesetzt werden.

Die Grenze ist geschlossen

Im Interview mit einem polnischen Wirtschaftsportal machte Sielicki deutlich, wie der Abbruch der Handelskontakte mit dem Königsberger Gebiet das wirtschaftliche Aus für die Grenzregion bedeuten könnte: „Derzeit gibt es keinen Grenzverkehr, und die Russen kommen nicht wie früher. Die Grenzübergänge in Grunau und Rehfeld sind geschlossen. Es waren vor allem die Kunden aus Russland, die die lokale Wirtschaft antrieben. Die Probleme begannen während der Pandemie, als die Grenze geschlossen wurde. Vor der Pandemie hatten viele Unternehmer in die Entwicklung ihrer Dienstleistungen und Infrastrukturen investiert, und COVID-19 führte dazu, dass sie bis heute ihre finanziellen Ausgaben nicht ausgleichen können, weil sie nicht die prognostizierten Einnahmen erzielen. An die Stelle der Pandemie traten nun der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland. Diese führen dazu, dass wir immer weniger Rohstoffe und Waren aus Russland an den Umschlagterminals haben. Das hat zur Folge, dass die Eigentümer den Umfang der Umschlagdienste reduzieren und die Arbeitgeber infolgedessen die ersten Entscheidungen treffen, Verträge mit Mitarbeitern zu kündigen und sie zu entlassen.“

MEMEL

Gemeinsames Streben für die St.-Johannis-Kirche

Der Verein der Deutschen in Memel unterstützt gemeinsam mit der Stiftung für den Wiederaufbau des Gotteshauses

Am 22. April fand in Memel [Klaipėda] in der Stadtbibliothek, die den Namen Immanuel Kants trägt, eine Veranstaltung statt, die dem berühmten Philosophen gewidmet war. Den Vortrag hielt Jovita Saulėnienė, eine bekannte Autorin von Büchern über Memel.

Nach dem Vortrag begaben sich die Veranstaltungsteilnehmer zu der Ausgrabungsstätte der St.-Johannis-Kirche, wo auf sie die Archäologin Raimonda Nabažaitė wartete. Nach dem Gespräch und Erklärungen der Archäologin wurden alle Interessierten von Pfarrer Reinholdas Moras in der evangelisch-lutherischen Kirche empfangen. Dort sangen die Mitglieder der Gemeinde geistliche Lieder. Anschließend sprach Lilija Petraitienė, Direktorin der Stiftung für den Wiederaufbau der im Krieg völlig zerstörten St.-Johannis-Kirche, und es wurde eine Gedenktafel für die aus Memel stammenden Vorfahren Kants enthüllt.

Der Verein der Deutschen in Memel unterstützt die Tätigkeit der Stiftung für den Wiederaufbau der St.-Johannis-Kirche

schon seit einiger Zeit. Am dem Abend wurde beschlossen, diese Zusammenarbeit und die Partnerschaft vertraglich zu verfestigen. Schon am nächsten Tag, dem 23. April, haben der Vorsitzende des Vereins, Klaus Peter Paul Grudzinskas, und Petraitienė den Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet. Dies geschah während der Osterfeier des Vereins im Hermann-Sudermann-Gymnasium. Mit dabei waren nicht nur Vereinsmitglieder, sondern auch Reinholdas Moras, Pfarrer der evangelisch-lutherischen Gemeinde, und Arūnas Baulys, Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland. Eine besondere musikalische Note leistete der Chor der evangelisch-lutherischen Gemeinde aus Heydekrug [Šilutė] unter der Leitung von Irena Šemėkienė. Die Vereinsmitglieder freuten sich sehr und waren stolz, dass sich der Verein für den Wiederaufbau St.-Johannis-Kirche, des Wahrzeichens von Memel, einbringt. Zum Anlass der Vertragsunterzeichnung gab es vom Verein einen Scheck über 2500 Euro. Hans-Jürgen Müller, Lei-



Nach der Vertragsunterzeichnung: Lilija Petraitienė und Hans-Jürgen Müller

ter der Berliner Gruppe der Memelländer, hat diese Summe verdoppelt. Petraitienė war freudig überrascht. Sie dankte von

2500

Euro spendete die Berliner Gruppe der Memelländer

Herzen und sagte, dass es zwar viele gäbe, die über ihre Unterstützung sprechen und sogar Verträge abschließen, aber dann doch keine richtige Hilfe und Unterstützung leisteten.

Der Verein der Deutschen in Klaipėda wird auch in Zukunft die Aktivitäten der Stiftung unterstützen: mit Übersetzungsarbeit der Homepage der Stiftung, Fremdenführungen, Veranstaltungen und Spendensammlungen.

Rasa Müller

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Cramer, Ursula, geb. **Hecht**, aus Wehlau, am 21. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Dagott-Becker, Ilse, geb. **Dagott**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. Mai
Müller, Gerda, geb. **Kunkel**, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 26. Mai
Schettkat, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grzyb, Irmgard, geb. **Pauleit**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Mosner, Erna, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Scheffler, Lieselotte, geb. **Tersch**, aus Wehlau, am 26. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Czieslik, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Mai
Drewe, Gerda, geb. **Niederstrasser**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Sievers, Emmi, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Koppstetsch, Martha, geb. **Fuchs**, aus Mecken, Kreis Ebenrode, am 23. Mai

Kovscek, Jutta, geb. **Janz**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Masurek, Käthe, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Schubert, Gertrud, aus Lyck, am 25. Mai
Tanbach, Willi, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hebel, Herta, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai
Jamrowski, Eberhard senior, aus Groß Thierbach, Kreis Preußisch Holland, am 20. Mai
Kraus, Kurt, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Unvericht, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Zimpel, Erika, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blumenscheit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Fäsecke, Gerda, geb. **Meschkat**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. Mai

Klein, Charles, aus Lyck, am 20. Mai
Pohl, Bruno, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunen, am 20. Mai
Schäfer, Maria, aus Lyck, am 25. Mai
Scharf, Käte, geb. **Habacker**, aus Stempelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Schulz, Franz, aus Altdamm, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Trinker, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai

Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Hanschke, Hannelore, geb. **Davideit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Kemstedt, Edith, geb. **Augustin**, aus Lyck, am 26. Mai
Köpernik, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Madle, Ursula, geb. **Zuehlsdorff**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Meier, Liesbeth, geb. **Kasuballa**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Pender, Irmgard, geb. **Rast**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai
Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Plügge, Heinz, aus Goythenen, Kreis Fischhausen, am 24. Mai
Steiner, Hanni, geb. **Loeper**, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Walter, Irmgard, geb. **Barkenings**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dombrowski, Irma, geb. **Sczech**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 26. Mai
Hömke, Hildegard, geb. **Werner**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 23. Mai
Lange, Erwin, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Munier, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai
Rudzki, Ilse, geb. **Kleimann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 23. Mai
Vogler, Gertrud, geb. **Lerbs**, aus Rollnau, Kreis Mohrunen, am 24. Mai

Wienand, Anneliese, geb. **Grundmann**, aus Mohrunen, am 20. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Benoni, Marianne, geb. **Kalweit**, aus Lyck, am 24. Mai
Christoph, Reinhold, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 23. Mai
Höcker, Kurt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Kelpe, Erika, geb. **Nagaitschik**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. Mai
Neumann, Hildegard, geb. **Melza**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai
Puppik, Ruth, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 23. Mai
Sailer, Erna, geb. **Ring**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Schmidt, Walter, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. Mai
Sielski, Gerda, geb. **Luxa**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Utschakowski, Gert, aus Fischhausen, am 23. Mai
Wendel, Christa, geb. **Geruschkat**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Götze, Traute, geb. **Reetz**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 23. Mai
Gräfllich, Inge, geb. **Meyer**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Johst, Eva, geb. **Kohse**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Junga, Heinz, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Kobusch, Hannelore, geb. **Schlenther**, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Kuphal, Horst, aus Wehlau, am 23. Mai
Lorenschat, Kurt, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Lyssewski, Rudolf, Hindenburgstraße 64, Kreis Lyck, am 24. Mai
Messinger, Gerdi, geb. **Reinke**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Mai
Meyer, Hans, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. Mai
Mielke, Karl, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Moselewski, Martha, geb. **Nestral**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai
Prorok, Hartmut, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Santvliet, Elfriede van, geb. **Makoschey**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Todzi, Brigitte, geb. **Moll**, aus Ortelsburg, am 25. Mai
Westphal, Elfriede, geb. **Schnell**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

Zeil, Hildegard, geb. **Dahlmann**, aus Neidenburg Schloßgut, Kreis Neidenburg, am 21. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bär, Margarete, geb. **Broschk**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Christoleit, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Czypull, Benno, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Eisenblätter, Dieter, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Kapust, Horst, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 24. Mai
Klimmek, Heinz, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. Mai
Kosmowski, Hans-Georg, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Lakatosh, Christel, geb. **Weitschies**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Robl, Eva, geb. **Kallweit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Sawicki, Hildegard, geb. **Sdorra**, aus Sorden, Kreis Lyck, am 20. Mai
Seidel, Ruth, geb. **Friederici**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 10. Mai
Staub, Annemarie, geb. **Langanke**, aus Wehlau, am 24. Mai
Stubbig, Herta, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Waliczek, Irmgard, geb. **Telczian**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 26. Mai
Wienroth, Helga, geb. **Schanko**, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 20. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Czarnitzki-Leyk, Gisela Elfriede, geb. **Leyk**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 20. Mai
Deutesfeld, Marlis Ruth, geb. **Wallesch**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Endom, Günter, aus Wehlau, am 22. Mai
Filser, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Lyck, am 23. Mai
Fischer, Christel-Edith, geb. **Erdt**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Göhring, Ursula, geb. **Joswig**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. Mai
Hillmann, Edith, geb. **Gehrau-Morr**, aus Bardau, Kreis Fischhausen, am 22. Mai
Isernhagen, Christel, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Mai
Jorczyk, Helga, geb. **Pelz**, aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrunen, am 23. Mai

Konetzka, Inge, geb. **Koriath**, aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 24. Mai
Leyk, Günter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai
Löffka, Irmgard, geb. **Dygutsch**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Michalski, Günter, aus Zappeln, Kreis Lyck, am 25. Mai
Müller, Gisela, geb. **Möhrke**, aus Klein Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 21. Mai
Nienke, Horst-Wolfgang, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Ostertag, Meta, geb. **Siegmund**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 22. Mai
Przibylla, Erika, geb. **Teich**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Redetzky, Klaus, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Rohde, Ruth Rita, geb. **Magdowski**, aus Murawken, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Schanko, Heinz, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 22. Mai
Schröder, Klaus-Dieter, aus Gumbinnen, am 23. Mai
Schulz, Fritz, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 22. Mai
Siemund, Karl-Heinz, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniedung, am 17. Mai
Stein, Bruno, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 20. Mai
Taruttis, Werner, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Didszuhn, Eberhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Domnick, Renate, geb. **Scherello**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Mai
Heinze, Peter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Kallwitz, Waltraud, geb. **Sychold**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 21. Mai
Kluger, Marianne, aus Königsberg, am 23. Mai
Redetzky, Volker, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 9. Mai
Rohrwasser, Hannelore, geb. **Schillies**, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Scholze-Kallweit, Regine, geb. **Kallweit**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 11. Mai
Waschko, Lothar, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Rieck, Roswitha, aus Groß Ponau, Kreis Wehlau, am 20. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 22/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 22/2022 (Erstverkaufstag 3. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 24. Mai**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in

Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Preußische Tafelrunde

Landesgruppe – Mittwoch, 25. Mai, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 148. Preußischen Tafelrunde, die Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und die Landsmannschaft Ost- / Westpreußen Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV laden ein.

Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Jörg Ulrich Stange zu „Peter III. – der Zar, der Ostpreußen befreite“. Der Vortrag umreißt das Leben und Sterben des Zaren. Im Sommer 1757 marschierte die russische Armee in Ostpreußen ein. Im Januar 1758 huldigte die Bevölkerung der russischen Zarin Elisabeth. Ein russischer General wurde Gouverneur Ostpreußens mit Sitz im Königsberger Schloss. Als die Kaiserin am 5. Januar 1762 starb, bestieg ihr Neffe, der Herzog von Holstein-Gottorf als Zar Peter III. den russischen Thron. Er befahl einen sofortigen Waffenstillstand mit Preußen und leitete so das Ende des Siebenjährigen Krieges ein. Seine politischen Maßnahmen in der kurzen Regierungszeit von nur sechs Monaten galten lange als umstritten. Doch Historiker bewerten seine komplexen politischen Leistungen heute differenzierter. In Stanges Vortrag wird zunächst seine Zeit als Prinz von Holstein-Gottorf, als Großfürst und Thronfolger sowie die kurze Regierungszeit als russischer Kaiser dargestellt. Es folgt eine Übersicht über die russische Besatzungszeit Ostpreußens von 1757 bis 1762, an deren Ende die Frage

untersucht werden soll, ob Peter III. bei seinen Friedensbemühungen mit Preußen als „Vasall“ Friedrichs II. gewirkt hat, wie es überwiegend dargestellt wurde.

Für das Abendessen sind 25,- Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, E-Mail: uta.luettich@web.de oder Telefon (0711) 854093.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Von Franken nach Ostpreußen

Hof – Bezugnehmend auf die aktuelle Situation des Krieges in der Ukraine, die bei den Mitgliedern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Erinnerungen an die eigene Flucht vor über 70 Jahren wachruft, stellte Kulturwart Bernd Hüttner Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach vor. Im Gegensatz zu den Flüchtlingen damals und heute führte ihn sein Lebensweg vom Westen in den Osten, wobei er auch in unserer Region tätig war.

Geboren wurde er am 17. Mai 1490 in Ansbach als neuntes Kind von insgesamt 18 und als dritter Sohn des fränkischen Markgrafen Friedrich von Brandenburg-Ansbach. Nach seiner Ausbildung zum Domherrn beim Kurfürsten in Köln erhielt er die niedere Priesterweihe auf der Plassenburg (Kulmbach) durch den Bamberger Weihbischof. Mit 17 Jahren wurde er Dekan in Hof. Nach dem Tod des Sachsenherzogs Friedrich ernannte man ihn 1511 im Alter von 21 Jahren zum Hochmeister des Deutschen Ordens. Als Sohn eines regierenden Fürsten und Neffe Sigismund I. schien er für dieses Amt

besonders geeignet. Dass er der letzte Hochmeister des Deutschenordensstaates sein würde, ahnte damals noch niemand.

Erst eineinhalb Jahre nach seiner Wahl machte er sich auf den Weg über Nürnberg und Berlin nach Königsberg und fand ein verarmtes und politisch akut gefährdetes Land vor. Wie geplant verweigerte er dem polnischen König den Lehnseid. Dies hatte zur Folge, dass es 1510 zum Reiterkrieg gegen Polen-Litauen kam, der überraschenderweise trotz der Übermacht der Angreifer mit einem Waffenstillstand endete. In den Jahren danach verließ Albrecht das Ordensland, um nach Unterstützung zu suchen.

Dabei kam er 1522 während der Religionskämpfe in Nürnberg mit den Gedanken der Reformation in Kontakt und wurde von Andreas Osiander für deren Ideen gewonnen. 1523 traf er sich im März zum ersten Mal mit Martin Luther in Wittenberg. Im November des gleichen Jahres entschied er sich, bestätigt durch den Gesandten des polnischen Königs, das Amt des Hochmeisters niederzulegen, den Deutschordensstaat in ein weltliches Herzogtum umzuwandeln und die Reformation offiziell einzuführen. Bereits am Heiligen Abend 1523 fand die erste evangelische Predigt in Preußen durch Bischof Georg von Polentz im Königsberger Dom statt. Im Jahr darauf brach er mit dem Kaiser und unterstellte sich durch den Vertrag von Krakau König Sigismund. Er leistete ihm den Lehnseid und erhielt Preußen als Erb-Herzogtum als Lehen.

In den folgenden Jahren arbeitete er intensiv an der Durchführung seiner Pläne. Auf das Schul- und Bildungswesen richtete er sein besonderes Augenmerk. Er baute in den Städten Lateinschulen auf, gründete 1540 das Gymnasium in Königsberg und vier Jahre später die Albertus-Universität. Mit der Silberbibliothek, die er seiner zweiten Frau Anna Maria widmete und die ursprünglich 20 mit reinem Sil-

ber beschlagene Bände besaß, schuf er den Grundstock für die königliche Bibliothek. Seine letzten Regierungsjahre waren geprägt von kirchlichen und politischen Quereilen. 1568 starb er in Tapiau im Alter von 78 Jahren an der Pest.

Betrachtet man den Lebensweg Albrechts, erkennt man, dass sein Wirken weit über Franken oder das Herzogtum Preußen hinausreichte. Ohne ihn wäre wahrscheinlich Preußen so nicht entstanden, die Reformation im Norden Europas anders verlaufen und die Königsberger Universität vielleicht gar nicht gegründet worden.

Jutta Starosta

Treffen

Nürnberg – Dienstag, 31. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1, gegenüber Ende der U1: Treffen der Landsleute.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Jahreshauptversammlung

Wetzlar – Als Vorsitzender freute sich Kuno Kutz, dass die Jahreshauptversammlung (JHV) der LOW nach der längeren Coronapause in diesem Jahr wieder in Präsenz stattfinden und weitestgehend ohne Einschränkungen abgehalten werden konnte. Er überbrachte die Grüße von Manfred Hüber (Vorsitzender des BDV Kreisverbands Wetzlar). Mit 23 Mitgliedern ist die Versammlung beschlussfähig. Da Vorstandswahlen anstanden, hat die Versammlung aus ihrer Mitte Reiner Buslaps zum Wahlleiter bestimmt. Bevor es zur Wahlhandlung kam, hat Kutz die Geburts-



Neuer Vorstand in Wetzlar: (v. l.) Michael Hundertmark, Christa Kutz, Gabi Eichenauer, Gertrud Dietrich, Carola Weber, Kuno Kutz, Brigitte und Romuald Strähler (Kassenprüfer) und Marion Best Foto: M. Hundertmark

tagskinder aus der Mitgliedschaft aufgerufen und den Anwesenden nachträglich gratuliert.

Seit der letzten Mitgliederversammlung sind bedauerlicherweise auch einige Mitglieder verstorben. In Gedenken der Verstorbenen haben sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben.

In seinem Bericht hat Kutz darauf aufmerksam gemacht, dass bis März 2020 monatliche Treffen stattgefunden haben. Durchschnittlich haben 25 Teilnehmer an den gemeinsamen Vorträgen und Mittagessen teilgenommen. Leider haben seither diese Treffen nicht mehr stattfinden können... In der kommenden Zeit sollen die regelmäßigen Treffen wieder starten. Termine dafür sind besprochen, ebenso die Inhalte der Vorträge.

Carola Weber gab ihren Kassenbericht. Gabi Eichenauer als Kassenprüferin hat die Kasse geprüft. Alle Belege sind vorhanden. Die Kassenführung erfolgte einwandfrei und ohne Beanstandungen. Eine Aussprache ist seitens der Versammlung nicht gewünscht. Daher wird über die Entlastung des Vorstandes abgestimmt. Der Vorstand und die Kassenführerin werden einstimmig entlastet.

Buslaps leitet die Wahlen. Alle Positionen sind einstimmig gewählt worden. Als Vorsitzender ist Kuno Kutz wiedergewählt; Gabi Eichenauer ist Stellvertretende Vorsitzende und Schriftführerin, Carola Weber ist erneut zur Kassenführerin gewählt, Marion Best

ist neue Kulturreferentin. Dem geschäftsführenden Vorstand zur Seite stehen Michael Hundertmark, Margit Albrecht, Christa Kutz, Gerd-Helmut Schäfer und Gertrud Dietrich als Beisitzer.

Michael Hundertmark

Jahresprogramm:

Kassel – Donnerstag, 2. Juni, 15 Uhr: „Heimat im Spiegel von Dichtung und Wahrheit“. Betrachtungen von H.-J. Mohr im Ebenroder Heimatbrief.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377.

Monatsversammlung

Braunschweig – Mittwoch, 25. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Mahl-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die ☐ Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder ☐ Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

zeit, Kälberwiese 13 a, Braunschweig: Monatsversammlung, Programm: Film-Vortrag über eine Ostsee-Kreuzfahrt mit Besuch von Danzig.

Leider müssen wir danach auf unbestimmte Zeit eine unfreiwillige Pause einlegen, weil der Pächter der „Mahlzeit“ seinen Vertrag gekündigt hat. Wir hoffen, dass wir mit den Versammlungen recht bald wieder beginnen können. Sie erhalten rechtzeitig Bescheid.

Fahrt zum Jahrestreffen

Holzminden – Sonnabend, 11. Juni: Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg. Die Gruppe plant eine Fahrt.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatinachmittag

Bielefeld – Montag, 23. Mai, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Heimatinachmittag der Gruppe der Ost-, und Westpreu-

ßen in Bielefeld mit einem Bilder-Reisebericht zum Kulturzentrum Ostpreußen im Oktober 2021 nach Ellingen bei Kaffee und Kuchen. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens. Voranmeldung bitte bei Barbara Dörr unter Telefon (0521) 82026, oder Gertrud Riede unter (05202) 5584.

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Gerhart Hauptmann Haus (GHH), Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 1699134, Internet: www.g-h-h.de.

Montag, 23. Mai, 18 Uhr: Das deutsch-russische Jahrhundert, Autorengespräch mit Stefan Creuzberger.

Mittwoch, 25. Mai, 18 Uhr: Kuriose und außergewöhnliche Gesellschaftsspiele aus Ost und West, Spieleabend; Anmeldung bis 24. Mai, per E-Mail: steinbeck@g-h-h.de oder unter Telefon (0211) 1699130.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

30 Jahre LOW in Chemnitz

Chemnitz – Wer gründet mit uns die Landsmannschaft Ostpreußen? Diese Frage in der Chemnitz-

zer Zeitung „Freie Presse“ mobilisierte rund 1500 ostpreußisch Interessierte im Mai 1992, sich in Rabenstein mit vielen neugierigen Gleichgesinnten zu treffen, zu informieren, zu orientieren, um am Ende begeistert der Gründung einer Chemnitzer Ostpreußengruppe zuzustimmen.

Zwölf gewählte Vorstandsmitglieder unter dem Vorsitz von Gertrud Altermann begannen mit dem Aufbau unserer Vereinigung. Selbstlose Hilfe bei organisatorischen und rechtlichen Fragen, letztlich in jeder Beziehung leistete die bayerische Landesgruppe unter der Ägide von Herrn Merz. Schnell arbeitete sich der Vorstand ein, und es begann ein reges Vereinsleben.

Die heute noch lebenden aktiven Gründungsmitglieder Siegrid Kaminsky, Kurt Weise, Erna Felber, Ingrid Labuhn können von den ersten Veranstaltungen, ersten Fahrten und Reisen, vom Zustandekommen der Frauenbund Arbeitsgruppe, des Spielekreises, vom Treffen des Literaturzirkels „Uhleflucht“, der ostpreußischen Küche, der Wanderer und nicht zuletzt vom Zusammenfinden kulturell Interessierter berichten. Es fanden sich Sänger und Sängerinnen, Musiker, Tänzer, Mundartsprecher, Bastler, Kinder, die bald unter der Leitung von Labuhn den Kulturkreis „Simon Dach“ bildeten. Der leider früh verstorbene Schriftführer Klaus Adam nannte den Kulturkreis das „Herz unseres Vereins“.

In den 30 Jahren unseres Bestehens konnten wir über 200 verschiedenste landsmannschaftliche Veranstaltungen durchführen, de-

ren Organisation und Durchführung zu einem hohen Prozentsatz in den Händen des Kulturkreises lag- ob es um die vielen Themen ging, um eigene Programmgestaltungen, um Einladungen von Referenten oder die kulturelle Ausgestaltung von solch nötigen Treffen wie Wahlen und Versammlungen.

Schnell hatten wir einen deutschlandweiten Ruf zu verteidigen. Die „Zentrale“ in Hamburg nannte uns „eine ihrer besten Gruppen“ und die Vorsitzende des Kulturkreises „Simon Dach“ wurde mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Im Ostheim der Landsmannschaft in Bad Pyrmont wurde der Chor zu Vorträgen von Labuhn eingesetzt. Sie konnte aufgrund ihrer vielfältigen Verbindungen besondere Referenten nach Chemnitz holen, als da sind Wilhelm von der Trenck, Wilhelm von Gottberg, Manuel Ruoff, Hinkelmann und Bilke, Pfarrer Grimoni, Frans du Buy aus Holland, Marianne Kopp, die Schauspielerin Carola Bloeck, unsere „Mutter Ostpreußen“ Ruth Geede, Christopher Spatz, Bärbel Beutner, Elisabeth Schulz-Semrau, Pfarrer Klaus Ploirin, nicht zu vergessen das Rosenau-Trio und viele weitere.

Gern gedenken wir an Veranstaltungen zu großen Persönlichkeiten wie Martin Luther, Immanuel Kant, Gottfried Herder, Agnes Miegel, Ernst Wiechert oder Herbert Brust. Wir gestalteten zu traurigen Ereignissen Gedenknachmittage wie zur Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, zum Volkstrauertag (auf dem Friedhof in Reichenbrand gedenken wir am Stein, den wir mit viel Mühe errichten konnten), zum Rheinwiesenlager oder

zu verschleppten deutschen Frauen und Mädchen nach Sibirien.

Unsere Weihnachtsfeiern wie Ostertreffen, stets unter einem ostpreußischen Thema, die ostpreußische Tafelrunde, Fastnacht auf ostpreußisch füllten stets die Säle. Der Kulturkreis vertrat unsere Kreisgruppe bei den großen Ostpreußentreffen in Düsseldorf neben dem der Landsmannschaft mit einem eigenen Stand. Er wurde zum Gedenkkonzert für Herbert Brust als Chor und Musikgruppe in Leipzig eingeladen, das er mit Munin Brust und einem Gewandhausquartett gestalten durfte. Ein besonderer Höhepunkt war auch das Mitwirken bei einem Rundfunkgottesdienst des WDR in Hamburg. Zum ostpreußischen Sommerfest der Masurischen Gesellschaft in Sensburg hatten wir ein „Mammutprogramm“ zu gestalten. Sämtliche Kosten übernahm das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart. In Drethem und Bobbau erarbeiteten wir im Auftrag der Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen an vielen Wochenenden eine ostpreußische Weihnachts-CD, die auch einen Gottesdienst unter der altpreussischen Liturgie darbot.

Seit der letzten Wahl führt eine neue Generation mit Liane Labuhn engagiert den Verein. Dafür sind alle Mitglieder dankbar. Leider hat Corona bislang nicht viel Glück gebracht.

Immer im Hinterkopf steht der Dank an unseren Vorstand, wie er sich auch veränderte, der sich stets für den Kulturkreis eingesetzt hat. Dankbar denken wir an Erna Felber, Hans Dzieran, Karin Janella, Siegrid Kaminsky und die vielen

Ungenannten, vor allem vom Kulturkreis „Simon Dach“. Wir gedenken auch jener, die uns in den vergangenen Jahren verlassen mussten, allen voran unsere langjährige Vorsitzende Gertrud Altermann, und an die, denen wir zum Abschied Bernstein und unser Ostpreußenlied mitgeben durften.

Unstimmigkeiten gab es zu bewältigen, aber bis heute haben wir es geschafft, dass wir sagen können: „Wir geben unsere ganze Liebe, unsere Mühe, unsere Zeit nicht für uns, sondern für die ostpreußische Heimat.“

Ingrid Labuhn

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vertreterversammlung

Landesgruppe – Sonntag, 19. Juni, 10 Uhr, „Haus der Heimat“, Kiel: Vertreterversammlung der Landesgruppe Schleswig-Holstein.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Ankündigung – Mittwoch, 15. Juni, 11.30 Uhr: Ausflugsfahrt durch Angeln, Museum Idstedt mit Führung; Mittagessen in Stolk; Kaffeetafel im Café Lindauhof, in dem die Serie „Der Landarzt“ produziert

Fortsetzung auf Seite 17

Sudoku:

Kreiskette: 1. Vorort, 2. Trosse, 3. Seiler, 4. Haspel, 5. saftig –

Diagonalrätsel: 1. Cochern, 2. Balzac, 3. Burnus, 4. founten, 5. Nelson, 6. Lapsus – Carlos, Manuel

So ist's richtig:

dt. Bundespräsident: ... Scheel

Alphabet

Unter-kunft im Gebirge

Treib-, Gärungs-mittel

Rechnungs-führer (franz.)

Lehre vom Licht

Geliebte Tristans

klein-licher Mensch

Fluss zur Aller (Ober-harz)

eine Zahl

griechi-sche Halb-insel

niederl. Namens-teil

ein Rausch-gift

dt. Maler, Grafiker (Paul)

hübsch, wohl-gefällig

feier-liche Voran-staltung

schmerz-haft: Atem

schlaf-f, träge

be-stimmter Artikel

gebiet eines Erdteils

Band, Tonband (engl.)

kugeln, rotieren

gerade dort genau dort

Pflanzen-faser

Binde-wort

kulturell im Verfall begriffen

Name zweier Rhein-zuflüsse

beson-ders; außer-dem

er-fahrener Praktiker

Stoffbär

Walz-metall

Bleistift-, Kugel-schreiber-einlage

dt. So-zialist (Fried-rich)

Gebälk-träger (Bau-kunst)

Spazier-fahrt, Ausflug

Gruppe v. sechs Solisten (Musik)

Verfas-sungs-urkunde

Möbel-stück

rundlich, üppig

Stoffbär

Walz-metall

Bleistift-, Kugel-schreiber-einlage

dt. So-zialist (Fried-rich)

immer, zu jeder Zeit

Werk-zeug, Feuer-haken

ölhaltige Nutz-pflanze

Figur bei Mark Twain (Tom)

rundlich, üppig

arabi-sches Fürsten-tum

manche; nicht wenige

Nachbar-staat des Iran

Anstoß, Anregung

mit Salbe ein-reiben

Burg-, Kloster-saal

im Meer treibende Gletscher-masse

schröff ansteigend, abfallend

Berechnung, Strategie

Pferde-gangart

dt. Schau-spieler(in) (Anja)

gleich-förmiger Ablauf im Leben

Wasser-vogel

weibl. Feld- u. Wiesen-tier

Nicht-profi

amerik. Schrift-steller (Truman)

Ölbaum-frucht

kostbar; mensch-lich vor-nehm

ägypti-scher Königs-name

Sing-stimme

Über-schrift

Baustoff Bienen

Acker-grenze

Vieh-hüter

Lang-spieß

regsam an der wenig

Stadt an der Mosel

Ringel-, Saug-wurm

Kapitän bei Jules Verne

Teil-zahlung

Akten-samm-lung

germa-nisches Schrift-zeichen

Wider-sacher, Feind

ledig-lich

Bau-inge-nieur

Geliebte des Zeus

Felsen-insel bei Mar-seille

zünftig, kernig; originell

Begeis-terung, Schwung

Abk. für techni-sche Uni-versität

Schieß-bedarf f. Feuer-waffen

mehr-mals, wieder-holt

Fleisch-wurst

Sudoku

1		6	3		5	9		4
	4	7	9		6	5	8	
		1		7		6		
			4		2			
		4		6		2		
	2	8	7		4	1	5	
7		9	2		8	4		6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

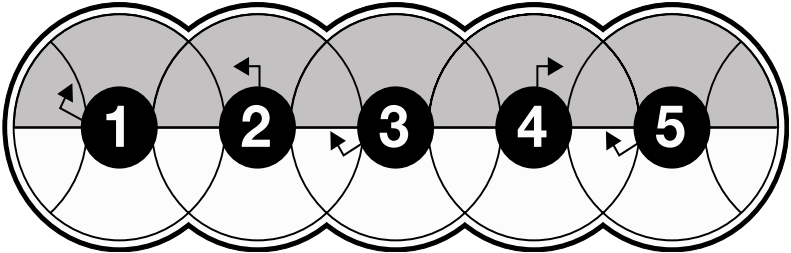
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei spanische Männervornamen.

- 1 Stadt an der Mosel
- 2 franz. Schriftsteller (Honor de)
- 3 Beduinenmantel
- 4 unfair spielen (Sport)
- 5 Ringergrieff
- 6 Versehen, Irrtum (lateinisch)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für gewinnenmantel, günstig.

- 1 Randgebiet einer größeren Stadt, 2 starkes Schiffstau, 3 Handwerker, 4 Seilwinde, 5 vor Flüssigkeit tiefend (Obst)



Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

worden ist. 9.15 Uhr: Abfahrt Flensburg Exe, 9.30 Uhr: Abfahrt Flensburg ZOB/Wasserrad. Anmeldung bitte unverzüglich bei Herrn Legies oder Frau Kunde. Zukünftige Termine: Mittwoch, 15. Juni: Angeln-Fahrt im Juni, siehe oben, Dienstag, 12. Juli: Ausflug zum Museum Warde bei Esbjerg DK „Dänemark und seine deutschen Flüchtlinge“, veranstaltet durch die Landsmannschaft Pommern. Donnerstag, 11. August: Orgelkonzert in der Kirche Adelby. Sonnabend, 13. August und 8. Oktober: Veranstaltungen der Pommer-schen LM Neumünster.



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Nieder-krüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchen-weg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Deutsche Minderheit in Lyck
Lyck – Beim Verein der Deutschen Minderheit „Masuren“ in Lyck hat

am 27. März eine Mitgliederver-sammlung mit Vorstandswahl stattgefunden. Gewählt wurde für die Zeit von drei Jahren. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Es sind dies: Irena Szubzda, Vorsit-zende; Sabina Kozłowska, Stellver-tretende Vorsitzende; Helena Wa-licka, Kassenwartin; Marzena Ard-zinska, Schriftführerin; Marianna Myszczyńska, Beisitzerin.



Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

Neuer Veranstaltungsort
Hamm – Sonntag, 12. Juni, ab 10 Uhr, Kreuzkamphalle, Vereins-heim des Schützenvereins Braam-Ostwennemar, nur wenige Fahrmi-nuten von der ehemaligen Halle entfernt, Kreuzkamp 2, 59071 Hamm Braam-Ostwenne-mar: Regionaltreffen der Kreisse-gemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V.



Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitglie-derfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail : kolja-wanja@gmx.de

Mitgliedertreffen
Wolfsburg – Freitag, 10. Juni: Stadtvertretertagung. Sonnabend, 11. Juni: Mitgliedertreffen im Rah-men des Jahrestreffen der Lands-mannschaft Ostpreußen. In ein paar Tagen hofft der Vor-stand der Tilsiter noch recht viele reiselustige, reisefähige Zeitzeu-gen sowie deren Nachkommen und Freunde unserer liebenswer-ten Heimatstadt Tilsit in Wols-burg begrüßen zu können. Dankenswerterweise ermögli-chen die Organisatoren der LO für alle Kreis- und Stadtgemeinschaf-ten ein satzungsgemäßes Mitglie-dertreffen. Wir werden fast mit der ganzen Stadtvertretung anwesend sein, sodass jedes anwesende Mit-glied der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. Gelegenheit hat, live und sehr aktuell, alle durch Heimatbrief und PAZ nicht beantworteten Fragen zu unserer Stadtgemeinschaft stel-len zu können und beantwortet zu bekommen.

Am Tage davor treffen sich die Stadtvertreter zur satzungsgemä-ßen Stadtvertretertagung. Sehr er-freulich kann der Vorstand konstati-eren, dass bereits im Juni 2021 unter Einhaltung aufwendiger Hy-gienevorschriften in Chemnitz die planmäßige, jährliche Stadtvertre-terversammlung stattgefunden hat und bereits vor einem Jahr der pandemiebedingte Rückstau an Aufgaben und Problemen weitest-gehend „abgearbeitet“ werden konnte.

Hervorheben möchte ich die vorbildliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkreisgemein-schaften „Tilsit-Ragnit“ und „Elch-niederung“. Mit sehr großem Or-ganisationsaufwand war es mög-lich, dass in kürzesten Abständen, im Juli 2021 in Gunzenhausen und im März 2022 in Schmalkalden, die kompletten Vorstände sich zu ih-rem schon traditionellen (jährli-chen) Nachbarschaftsgespräch treffen konnten. Während wir ver-gangenes Jahr noch zum Standard-Tagesordnungspunkt „Gemein-samkeiten“ von gemeinsamen Rei-sen in unser Heimatgebiet sprachen und Festlegungen abstim-men, hatte uns im März 2022 eine nie erwartete Realität eingeholt. Aufmerksames und verantwor-tungsvolles Umgehen mit der Situ-ation und Hoffen, das im Erlebnis-zeitraum für sehr viele Mitglieder unserer Gemeinschaften irgend-wann die bereits erreichten freundschaftlichen Beziehungen sowohl privat als auch offiziell wie-der gelebt werden können.

Durch diese uns auferlegte, ja aufgezwungene neue Situation er-gaben sich ganz neue Fragestellun-gen an unsere Mitglieder, Stadt/ Kreisvertretungen beziehungsweise an die Vorstände. Aus unsere Sicht (Vorstand) erhalten die Heimatbriefe eine noch größere Bedeutung als bis-lang. Der Trend des sehr großen Schwundes unserer Mitgliedschaft könnte eventuell etwas gemindert werden durch mehr Neugier unse-rer Nachkommen auf die Heimat der Väter/Mütter- und Großeltern-

Generation. Die Thematik „Mehr Gemeinsamkeiten bis Zusammen-schluss“ hat auf jeden Fall größere Bedeutung bekommen. Wir haben dass zum „Nachbarschaftsge-spräch“ in Schmalkalden sehr aus-

föhrlich beachtet. Bemerken und hervorheben möchte ich, dass die Treffen durch die LO organisiert, sowohl im November 2021 in Wup-pertal als auch im März 2022 in Helmstedt weitere Argumente für

die eigene Arbeit (Zukunftssiche-rung und Verjüngung) ergaben, unter anderem aus den Erfah-rungsberichten der anwesenden Vorsitzenden der anderen Kreise.

Erwin Feige

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Hei-mat werden am 11. Juni im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmann-schaft Ostpreußen erwartet. Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen.

Das Ostpreußentreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem Con-gressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den be-eindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im ge-samten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musika-lische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Fest-veranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des

Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußi-schen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort über-nimmt der aus Nidden gebürti-ge Pfarrer Manfred Schekahn und für die heimatverbliebe-nen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südli-chen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt des Vor-mittags ist die Ansprache des Sprechers der Landsmann-schaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mit-tagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung ein-lädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstel-lungen der Kreisgemeinschaf-ten sowie der Aussteller im Fo-yer anzuschauen.

Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden auch die Volkstanzgruppe Saga aus

Bartenstein, der Chor Heide aus Heydekrug, eine Gesangs-gruppe des Hermann-Suder-mann-Gymnasiums aus Memel und der bekannte Heimatsän-ger BernStein, der durch das Programm führt.

Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ost-preußen auch 77 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine vi-tale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 Euro (Ver-sand zusätzlich 1 Euro) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ost-preussen.de und an der **Tages-kasse** in Wolfsburg erworben werden. Aktuell gibt es seitens der Behörden oder durch den Veranstalter keine Corona-Auf-lagen.

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Karten auch an der Tageskasse

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.



Vertragsunterzeichnung

KARL KOLLWITZ

Kassenarzt und Pazifist

Selbst in prekären Verhältnissen aufgewachsen, engagierte sich der Ehemann der Künstlerin Käthe Kollwitz für sozial Schwache

VON WOLFGANG KAUFMANN

Käthe Kollwitz, die am 8. Juli 1867 als Tochter von Katharina und Karl Schmidt in Königsberg geboren wurde, zählt zu den bedeutendsten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Das resultiert nicht zuletzt aus den beeindruckenden Zyklen „Ein Weberaufstand“ (1893–1897) und „Bauernkrieg“ (1901–1908). Der Lebensweg der Grafikerin, Malerin und Bildhauerin war dabei ganz maßgeblich von Karl Kollwitz geprägt, der fast sechs Jahrzehnte lang an ihrer Seite stand.

Im Samland zur Welt gekommen

Der Ehemann von Käthe Kollwitz erblickte am 13. Juni 1863 in Rudau im Samland als Johannes Carl August Kollwitz das Licht der Welt und kam 1872 nach dem frühzeitigen Tod seines Vaters – dieser erlag um 1869/70 einer Lungenentzündung – ins Königliche Waisenhaus zu Königsberg, weil die Mutter, Dorothea Kollwitz, den notorisch rebellischen Jungen nicht mehr zu kontrollieren vermochte. Dann verstarb 1878 auch sie, woraufhin ihr Bruder, der Gutsbesitzer Dannenberg, die Rolle des Vormunds übernahm. Dieser sorgte mit viel Einsatz dafür, dass Karl Kollwitz das angesehene Königliche Wilhelms-Gymnasium und anschließend noch die Albertus-Universität in Königsberg besuchen konnte. An der Albertina erlangte der bald sehr viel umgänglicher auftretende Ostpreuße den Abschluss eines Doktors der Medizin, woraufhin 1891 die Approbation als Arzt folgte.

Bereits zehn Jahre zuvor hatte Karl Kollwitz die Schwester seines Jugendfreundes Karl Schmidt, die angehende Künstlerin Käthe Schmidt, kennengelernt, wonach 1884 die Verlobung folgte – sehr zum Leidwesen ihres Vaters, der befürchtete, dass die Ehe der Karriere



Jahrzehntelang Seite an Seite: Käthe und Karl Kollwitz 1935

Foto: Nachlass Kollwitz © Käthe Kollwitz Museum Köln

der sichtlich begabten Tochter schaden würde. Doch letztendlich billigte Karl Schmidt die Heirat, die am 13. Juni 1891 stattfand, mit den Worten „Du hast jetzt deine Wahl getroffen.“

Die Anfänge am Prenzlauer Berg

Das frischvermählte Ehepaar zog in den Berliner Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg, wo es im Eckhaus Weißenburger Straße 25/Wörtherplatz wohnte. Hier hatte Käthe Kollwitz auch ihr Atelier, während Karl Kollwitz seinerseits eine Arztpraxis eröffnete. Durch die eigene prekäre Kindheit sowie sozialdemokratische Ideen inspiriert, praktizierte er als Ver-

tragsarzt für die finanziell meist schlecht gestellten Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, die am 15. Juni 1883 auf Betreiben des damaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck eingeführt worden war.

Am 14. Mai 1892 wurde der erste Sohn des Paares namens Hans geboren, der es später ebenfalls zum Mediziner und Seuchendезernenten von Berlin brachte. Am 6. Februar 1896 folgte der zweite Sohn Peter, und im Jahre 1904 kam noch der Ziehsohn Georg hinzu, welcher einer Liaison der österreichischen Malerin Rosa Pfäffinger mit dem dänischen Bohemien Willy Gretor entstammte.

Zwischen 1898 und 1903 arbeitete Käthe Kollwitz als Lehrerin an der Damenakademie des Vereins der Berliner Künstlerinnen, während Karl Kollwitz nebenher auch dem Jugendfürsorgeausschuss von Prenzlauer Berg angehörte. Und 1913 gründete er gemeinsam mit Ignaz Zadek, Raphael Silberstein und Ernst Simmel den Sozialdemokratischen Ärzteverein. Dessen Zweck bestand vor allem darin, in dem schwierigen Verhältnis zwischen Ortskrankenkassen und niedergelassenen Medizinem zu vermitteln. Außerdem trat Karl Kollwitz dem pazifistischen Bund Neues Vaterland bei, nachdem Peter Kollwitz am 23. Oktober 1914 bei Diks-

muide in Flandern als Kriegsfreiwilliger gefallen war.

Im Anschluss an die Novemberrevolution von 1918 engagierte sich der Ehemann von Käthe Kollwitz zusätzlich noch als Stadtverordneter der SPD und Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, während ihr nun der große Durchbruch gelang: 1919 wurde sie das erste weibliche Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, und 1929 erhielt sie ebenfalls als erste Frau den 1842 gestifteten preußischen Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste.

Der Anfang vom Ende

Da die parteilose Käthe Kollwitz zu den Unterzeichnern eines Aufrufs zur Zusammenarbeit zwischen der SPD und KPD gehört hatte, wurde sie im Februar 1933 aus der Akademie gedrängt sowie ihres Amtes als Leiterin der Meisterklasse für Grafik enthoben.

Parallel hierzu verlor Karl Kollwitz am 1. August 1933 aus politischen Gründen die Kassenzulassung. Diese Entscheidung wurde allerdings nach Protesten des Arztes im Oktober des gleichen Jahres revidiert. Danach praktizierte er noch bis 1937, während seine Frau weitere Zeichnungen und Grafiken schuf.

Im Ruhestand verfiel Karl Kollwitz dann überaus schnell: Nach dem Misslingen einer Augenoperation wegen Grauen Stars war der 76-Jährige bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bereits vollkommen bettlägerig. Er starb am 19. Juli 1940 in Berlin.

Käthe Kollwitz wiederum floh 1943 vor dem Bombenkrieg nach Nordhausen. Anschließend zog sie im Juli 1944 auf Einladung von Ernst Heinrich von Sachsen nach Moritzburg bei Dresden. Hier endete ihr Lebensweg am 22. April 1945. Später fand das Ehepaar Kollwitz in der Künstlerabteilung des Zentralfriedhofs von Berlin-Friedrichsfelde seine letzte Ruhestätte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eine schmerzliche Reise zum Lager Tost

Aus der Vergangenheit herausgeholt: Deutsche und Polen erinnern an die Opfer des NKWD-Lagers

Tost [Toszek] in Oberschlesien ist Ziel einer privat organisierten Gedenkreise an die Tragödie von 1945. In dieser ober-schlesischen Kleinstadt unweit der Industriestadt Gleiwitz [Gliwice] wurde im Mai 1945 vom sowjetischen Volkskommisariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) ein Gefängnis für deutsche Zivilisten eingerichtet, eines von 28 Internierungslagern in der heutigen Republik Polen. Etwa 5000 Zivilisten wurden in den Gebäuden der vormaligen Landespfleganstalt für psychisch Kranke in Tost inhaftiert, darunter etwa 1000 Zivilisten aus Nieder- und Oberschlesien und mehr als 3700 Gefangene aus dem Lager Bautzen in der Oberlausitz. Der überwiegende Teil der Lagerinsassen stammte aus Sachsen und Brandenburg. „Allein aus Bautzen gingen drei Eisenbahntransporte nach Tost“, so Hildemar Hentsche aus Rammenau im Kreis Bautzen. Es ist das vierte Mal, dass er nach Tost reist, es sei jedes Mal wie eine Art Katharsis für ihn, sagt er.

Viele Jahre schleppte er ein Erinnerungsballast mit sich, den er in Tost aufzuarbeiten erhofft. „Das NKWD-Lager in Tost wurde Ende November 1945 aufgelöst. Die wenigen noch arbeitsfähigen Häftlinge wurden in sowjetische Arbeits-

lager deportiert. Viele der schwachen und kranken Entlassenen verstarben noch auf der Straße. Nur wenige konnten von der einheimischen Bevölkerung oder den Toster Ordensschwwestern gerettet werden und fanden den Weg nach Hause“, so der 81-Jährige, dessen Onkel Max Rennau aus dem sächsischen Kriepitz das Grauen des Lagers überlebte. „Er hatte das Glück, in seine Heimat zurückzukehren, doch er hat nie darüber gesprochen. Das einzige, was er dazu sagte, war: ‚Wenn nicht mein tiefer Glaube wäre, hätte ich nicht überlebt‘“, erinnert sich Hentsche, der für seinen Onkel diesen Teil der Geschichte, der in der DDR ein Tabu war, aus der Vergessenheit herausholen möchte.

Durch eigene Recherche stieß er auf die in Hamburg lebende Sybille Krägel. Die über 80-Jährige ist Tochter eines in Tost zu Tode Gequälten aus dem mittelsächsischen Hainichen. Krägel hat gleich nach der politischen Wende die ersten Reisen nach Tost organisiert. In der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien scharte sie Menschen um sich, die ihr halfen, Licht in die verdrängte Geschichte zu bringen. Sie erstellte eine Datenbank mit Namen von 4665 Häftlingen, dokumentiert Zeitzeugenberichte, archiviert Ori-



Forscht nach und gedenkt Lageropfern in Tost: Hildemar Hentsche

Foto: Wagner

naldokumente aus sowjetischen Archiven und bietet Betroffenen und Hinterbliebenen Auskunft (kraegel@uokg.de).

So auch Hentsche. „Ich habe durch sie erfahren, dass Onkel Max zum Leichenkommando verpflichtet wurde, um die täglich Verstorbenen in einer Kiesgrube zu verscharren, mit Kalk zuzuschütten. Es war ein Trauma für ihn, über das er mit niemandem sprechen durfte. Er trug Bil-

der in sich, die er mit ins Grab nahm. Das Gelände mit den Massengräbern befindet sich heute in Privatbesitz und ist leider nicht zugänglich“, berichtet Hentsche. Für ihn ist es wichtig, mit Menschen zu sprechen, die ähnliche Schicksale und Erinnerungen aufarbeiten wollen. „Es ist tröstend, dass in Tost Menschen leben, die sich dieser Geschichte annehmen“, sagt er. Gemeint sind Mitglieder des Toster

Deutschen Freundschaftskreises (DFK), der von in der Heimat verbliebenen deutschen Oberschlesiern gegründet wurde. Jedes Jahr im November versammeln sich die Toster an der 1998 errichteten Gedenkstätte, die an die Lageropfer erinnert. An diesem Gedenkstein findet auch alle zwei Jahre im Mai die Gedenkveranstaltung der Sachsen und Brandenburger Betroffenen statt.

Gedenkfeier im Juni

„In diesem Jahr wird die Gedenkfeier am 11. Juni stattfinden. Sie ist in eine dreitägige Gedenkreise nach Oberschlesien integriert. Wir wollen an die unmenschlichen Bedingungen, die die Lagerinsassen erleiden mussten, erinnern. Aber wir möchten auch etwas Neues erfahren“, sagt Hentsche. Er zählt auf, dass neben Tost ein Besuch im Dokumentationszentrum für in die Sowjetunion deportierte Oberschlesier in Radzionkau [Radzioków], im Internierungslager Laband [Łabędź] bei Gleiwitz und im Dokumentationszentrum der Deutschen Minderheit in Oppeln auf dem Programm stehen. „Auch dieses Programm hat Sybille Krägel auf die Beine gestellt, und es gibt noch freie Plätze im Bus“, versichert Hentsche. *Chris W. Wagner*

DORFSAGE

Der Teufelsbaum von Golchen

Dreizack oder Kartoffelkratzer – Das Rätsel um einen Birnbaum

VON K.-H. ENGEL

Im vorpommerschen Dorf Golchen steht frei zugänglich am Feuerwehr- teich ein geheimnisvoller Birnbaum mit einem Dreizack im Stamm. Dicht unter dem Laubschirm in 1,80 Metern Höhe steckt das rostige Eisenteil. Beging hier jemand eine Untat, vom Frevel am Obstgehölz mal abgesehen? Der Dreizack soll jedenfalls seit Menschengedenken, ja, wie man in dem 280 Einwohner zählenden Dorf weiß, schon viel, viel länger tief im Stammholz sitzen. Die Frage nach dem Warum quittieren die Golchener mit Schulterzucken, verweisen aber auf eine Sage.

Sagenumwoben

Die führt zurück in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges, als Pommern in Schutt und Asche sank. Beelzebub, der Teufel, allerdings soll in all der Verwüstung einen Schatz gehoben haben. Da auch er den Machtverhältnissen misstraute, suchte er nach einem Versteck. Ihm kam die Idee, drei Bäume mit einem Dreizack zu markieren. Er wählte zum einen den Golchener Birnbaum. Die beiden anderen standen in Nachbardörfern oder dem, was von ihnen geblieben war.

Im Schnittpunkt der Dreizackbaum-Verbindungen soll der Gehörnte, so die Überlieferung, Gold, Silber und Edelstein heimlich vergraben haben, auf dass er die Kostbarkeiten mittels seiner Orientierungshilfe wieder finden würde. Ob sein Kalkül aufging? Niemand weiß es.

Später jedoch soll irgendjemand den Golchenern etwas von dem Teufelswerk geflüstert haben, sodass sich einige Wissende auf Schatzsuche machten. Doch brachen sie die Unternehmung alsbald ab, weil in den Nachbardörfern partout keine Baummarkierungen zu finden waren. Der Birnbaum aber wird bis zum heutigen Tage Teufelsbaum genannt.

Kann wirklich etwas dran sein an der Geschichte? Bei den Dorfbewohnern ist

es mit der Sagengläubigkeit nicht weiter. Auch wer sich mit Obstbäumen aus-

kennt, schüttelt den Kopf. Der Golchener Birnbaum, bereits mehrmals gestutzt, was ihm Altersgebrechen größtenteils ersparte, weist zwar einen beachtlichen Stammumfang von fast drei Metern auf. Doch dürfte er wohl allerhöchstens 150 Jahre alt sein.

200 Jahresringe fehlen

Um im Dreißigjährigen Krieg schon Baum genannt zu werden, fehlen ihm folglich mehr als 200 Jahresringe. Außerdem: Steckt da wirklich ein Dreizack in seinem Holz? Bei genauem Hinsehen könnte es auch ein gewöhnlicher Kartoffelkratzer sein wie er früher beim Knollenroden in Gebrauch war, ohne Stielfassung freilich. Aber wer hieb ihn in den Stamm, und was war der Grund dafür? Das wird wohl immer im Verborgenen bleiben.

Doch was wäre der Golchener Teufelsbaum ohne sein Rätsel? Ein betagter Birnbaum eben, von denen es in den meisten Orten welche gibt. Gut anzusehen im Kleid seiner Blüten und in der Pracht der Früchte. Viel mehr aber nicht. Bleibt ihm also zu wünschen, dass er noch viele Jahre für sich hat und sein Geheimnis weiter die Phantasie der Betrachter beflügelt.



Ein Birnbaum, der im Frühjahr herrliche Blüten zeigt und im Herbst verlockende Früchte trägt: Der sogenannte Teufelsbaum von Golchen

Foto: K.-H. Engel



Der Dreizack im Stamm des Birnenbaums

● Golchen liegt zirka zwölf Kilometer nördlich von Altentreptow und zirka 22 Kilometer südöstlich von Demmin

VOLKSMUSIK

Weisen vom Memelland zum Pommernstrand

Die Geigenleut' präsentieren Volksmusik aus dem Norden, wie sie einst gepflegt wurde

Erstaunlich das Phänomen – in diesen Zeiten von Corona und Rap-Musik: Das selige Melodien spielende Ensemble Geigenleut' erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Es pflegt vor allem nordostdeutsches Kulturgut. Volkslieder, Volkstänze, letztere mühsam beschafft, dazu neue Vertonungen von Gedichten von Ernst-Moritz Arndt oder Bernhard Tritteltvitz etwa: Das rührt das Herz der Zuhörer an.

Zu Hause sind die Geigenleut' im Rheinland. In Geigen-betonter Besetzung spielen sie die Musik „vom Ostseestrand“ konzertant und in völlig eigenständiger Weise. Dabei ist der prägende Geigenklang das Original, das jahrhundertlang in Pommern und Ostpreußen gepflegt wurde, bis schließlich organisierte städtische Blasmusik das Genre übernahm und veränderte.

Gründer der Gruppe ist der Geiger und Komponist Winfried S. Küttner, PhD, dessen Familie aus dem hinteren Hinterpommern (im östlichen Kreis Lauenburg) stammt und der mit Unterbrechungen seit über 50 Jahren im Mönchengladbacher Raum wohnt. Küttner, der an der Musikhochschule Hannover sein Examen gemacht hat, engagiert sich über das Musikalische hinaus in der Vertriebenenarbeit: in der Pommerschen Landsmann-

schaft Nordrhein-Westfalen und im Bund der Vertriebenen (BdV).

Das Ensemble ist mit zwei Geigen, einer Gitarre und einem Kontrabass besetzt, kann aber auch als Duo auftreten. Und natürlich wird auch gesungen.

Am 1. April konzertierte die Gruppe in Düsseldorf, am 30. April in Solingen – jeweils eine Wiedereinladung. Aus dem vielfältigen Programm war den meisten Zuhörern „Und der Hans schleicht umher“ bekannt – das Lied wurde früher deutschlandweit gesungen. Da gab es eine Arndt-Vertonung von Küttner, ein Lied vom gebürtigen Stettiner Knut Kiesewetter und so manche Tänze – so der „Wolfliner“, der „Belgarder Viertour“ und der „Dargeröser Fingerschottisch“. Die Konzerte begannen mit einer mysteriösen Weise aus dem Memelland und endeten mit dem Pommernlied.

Das Musikprojekt Geigenleut' wurde 2017 gegründet. Es hat sich zum Ziel gesetzt, die alten Volkstänze und Volkslieder vorwiegend des Norddeutschen und des Ostseeraumes aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken, und das nicht nur vor Vertriebenen, sondern in der Öffentlichkeit. Auch das gelingt – trotz der Ausbremsung durch die Corona-Pandemie. Die meisten pommerschen und ostpreu-

ßischen Tänze werden ja kaum noch oder gar nicht mehr gespielt, die Lieder nicht mehr gesungen.

des Nordrhein-Westfalen verwirklicht es doch den Auftrag des Bundesvertriebengesetzes nach Paragraph 96 mit dem



Gerne treten sie als Quartett, aber auch als Trio, Duo oder Solo auf: Die Geigenleut' – die Freude an ihrer Musik sieht man ihnen an

Foto: Küttner

Geigenleut' ist ein durchaus bedeutendes Projekt. Gefördert vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Lan-

Ziel, „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deut-

schen Volkes und des Auslandes zu erhalten und weiterzuentwickeln und die kulturelle Identität vertriebener Bevölkerungen generationsübergreifend zu bewahren und zu vertiefen“.

Von Küttner, der – wie erwähnt – das Projekt Geigenleut' ins Leben gerufen hat, werden die Lieder und Tänze so komponiert, dass ihre rhythmische Vielfalt und melodische Schönheit unangetastet bleiben. Küttner greift damit den Impuls der im Baltikum und in den skandinavischen Ländern nach wie vor gepflegten Tradition von Volksmusik auf, die dort zu einer lebendigen Musikszene geführt hat. Entstanden ist eine klangfreudige und durchaus anspruchsvolle Musik, auch für die Spieler, die mit großer Freude bei der Sache sind.

In Düsseldorf jedenfalls erklatschten sich die Zuhörer Zugaben. Und in Solingen? Ein beglücktes Publikum, Begeisterung, Zugaben. Dazu die Frage: „Wann kommen Sie wieder?“ Winfried S. Küttner

● Winfried S. Küttner ist Vorsitzender der BdV Kreisgruppe Mönchengladbach e.V. und im Vorstand der Pommerschen Landsmannschaft NRW e.V., Telefon: (0151) 22824544, E-Mail-Kontakt unter: siebensaiten@gmx.de

● VORTRAGSREIHE

Ein (fast) unbekanntes Pommern

Der deutsche wie auch der polnische Name für Pommern beziehungsweise Pomorze bedeutet in etwa „Land am Meer“. In Deutschland versteht man darunter die Region, die im Westen bei Damgarten beginnt und im Osten bei Lauenburg [Lebork] endet. Durch die Wirren des 20. Jahrhunderts ist diese Kulturlandschaft vielfach in Vergessenheit geraten.

Mit der Veranstaltungsreihe „Von Pommern nach Pomorze. Unterwegs in einem (fast) unbekannten Land“ will das Deutsche Kulturforum östliches Europa sie wieder in Erinnerung rufen und zeigen, dass Pommern eine spannende grenzüberschreitende Region mitten in Europa ist, die neben ihren schönen Stränden eine reiche Kulturgeschichte zu bieten hat.

Die Auftaktveranstaltung „Pommern. Eine Spurensuche mit Hindernissen“ bietet am 24. Mai in der Humboldt-Bibliothek Berlin-Tegel einen Ein- und Überblick über die pommersche Geschichte und stellt die wichtigsten Zeugnisse der Bildenden Kunst und der Literatur aus der Region im Spannungsfeld zwischen historischen Orten und künstlerischen Räumen vor. Gunter Dehnert vom Pommerschen Landesmuseum Greifswald spricht über die „Herausforderung, pommersche Geschichte zu vermitteln“, und Stephan Wolting von der Adam-Mickiewicz-Universität Posen hält einen Vortrag über „Dies ist Pommern. Bilder in Literatur und Kunst des ‚Landes hinter dem Meer‘“.

● Dienstag, 24. Mai um 19.30 Uhr, Humboldt-Bibliothek Tegel, Karolinenstraße 19, 13507 Berlin-Reinickendorf, Eintritt: 5 Euro/ermäßigt 3,50 Euro. Um eine Anmeldung wird gebeten unter froesedpgb@gmail.com oder Telefon (0170) 2075297

„Ein gefährlicher Wahnsinn“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich freue mich über die Nennung der deutschen und polnischen Ortsnamen (in Klammern). Weiter so!“

Dr. Manfred Fritz Steiner, Bremen



Ausgabe Nr. 18

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE ZÜNDENDE IDEE
ZU: KRIEG UND CORONA
SOLLEN VON EIGENEN
IRRWEGEN ABLENKEN (NR. 18)

In unserem Land gibt gerade in Krisenzeiten jeder, der Aufmerksamkeit sucht oder noch Karrierepläne hat, etwas zum Besten. Dazu gehört auch Stefan Müller von der CSU, der zur „Pause bei der Rundfunkgebühr“ aufrief. Offenbar hat er den Hang zur Selbstdarstellung und dem Populismus von seinem Parteichef Markus Söder geerbt.

Wenn man jetzt noch an den Rundfunkgebühren herumschraubt, kann man gleich das ganze Steuer- und Abgabensystem in Frage stellen. Hier wäre zunächst die unsoziale und viel zu hohe Mehrwertsteuerbelastung zu nennen, die uns jetzt auf die Füße fällt, weil die Finanzpolitiker sie über die Jahre von elf auf 19 Prozent erhöht haben, zumindest was den vollen Mehrwertsteuersatz betrifft. Das treibt die Preise und damit die Inflation.

Und dann kommt Herr Müller und will an den Rundfunkgebühren drehen. Eine zündende Idee aus der zweiten Politikerreihe, anders kann man das wirklich nicht ausdrücken. Da wäre es doch besser die Biersteuer auszusetzen, das hebt dann wenigstens die Stimmung. Mit einem leichten Schwips sind auch die Politiker besser zu ertragen. *Claus Reis, Schwabach*

PARALLELEN MIT FINNLAND
ZUM LESERBRIEF: AUSSER ACHT
GELASSEN (NR. 18)

Ich möchte daran erinnern, dass vor allem die USA seit der „Wende“ zahlreiche völkerrechtswidrige Kriege vom Zaun gebrochen haben. Auch der Krieg Kiews gegen die Bevölkerung im Donbass ist keine Kreml-Propaganda, sondern Tatsache.

Ebenso ist die Bedrohung Moskaus durch NATO-Raketen real, wenn die Ukraine der NATO beitrifft (man denke an die Kubakrise 1962). Das alles rechtfertigt natürlich nicht den brutalen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine. Putins Fehler

ist, dass er in den imperialen Großmacht-Kategorien der Zaren und Stalins denkt. Deshalb kritisiert er Lenin, weil der 1917 für die nationale Unabhängigkeit Finnlands, der Ukraine und anderer Völker im Zarenreich eintrat. Im Widerspruch zu Lenin versuchte Stalin 1939, Finnland durch Krieg „heim ins Reich“ zu holen, wobei er am Widerstand der tapferen Finnen scheiterte. Parallelen zum heutigen Ukrainekrieg fallen ins Auge.

Hoffentlich endet der Krieg in der Ukraine ebenso wie der finnische Winterkrieg, nämlich durch Verhandlungen und Kompromissbereitschaft. Aber danach sieht es leider nicht aus. Finnland verzichtete schließlich auf einige Gebiete im Südosten, bewahrte aber insgesamt seine staatliche Souveränität. Dabei war Stalins Überfall mit den Gebietseroberungen weit weniger berechtigt als Putins Aggression gegen die Ukraine. Der Verzicht Kiews auf den Donbass wäre mehr berechtigt als der Verzicht Finnlands auf Karelien, denn die Bevölkerung der Ostukraine will mit der prowestlichen Führung in Kiew nichts zu tun haben.

In dieser Situation müsste eine verantwortungsbewusste deutsche Regierung versuchen zu vermitteln. Zuerst müsste sie die Einstellung aller Kampfhandlungen fordern und zu Verhandlungen aufrufen. Die Widersprüche in der Ostukraine können vielleicht durch Volksabstimmungen unter UN-Aufsicht gelöst werden. Dasselbe wäre im Fall der Krim denkbar. Aber an solche Auswege denkt die Ampelregierung nicht. Stattdessen verteuft man lieber die russische Führung einseitig und bis zum Überdross und liefert auch noch schwere Angriffswaffen an Kiew. Ein gefährlicher Wahnsinn. *Günter Foerster, Bielefeld*

EIN VERTEIDIGUNGSKRIEG?
ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ
UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Die PAZ ist der Meinung, am Krieg Putins gegen die Ukraine gibt es nichts zu verteidigen. Ich finde, man muss sich die Fra-

ge stellen, ob es ein Angriffs- oder ein Verteidigungskrieg ist. Ich finde, es ist ein Verteidigungskrieg. Mit der Stationierung von Raketen in der Ukraine macht der Westen Russland wehrlos. Das muss sich kein Land gefallen lassen. Die USA haben sich das in der Kubakrise auch nicht gefallen lassen. *Gerhard Wagner, Ratingen*

UKRAINISCHE KRIEGSTREIBER
ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ
UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Es ehrt die PAZ, dass sie auch auf das Leserspektrum und dessen Votum eingeht, das nicht auf der zum Ukraine-Konflikt eingenommenen Linie der Zeitung liegt. Zweifelsohne hat Russland die militärische Invasion der Ukraine zu verantworten – doch nicht ohne Grund und mit klar umrissenem Auftrag.

Jahrelang hat Putin auf die Aufrüstung der Ukraine durch die USA/NATO hingewiesen und dies als direkte Bedrohung Russlands bezeichnet. Die russischen Bedenken wurden nicht einmal einer ernsthaften Antwort für würdig empfunden. Von den europäischen Regierungschefs wies einzig und allein Angela Merkel darauf hin, dass die Ausdehnung der NATO auf das Territorium der Ukraine nicht zu empfehlen ist. Sie war es auch, die das Minsker Abkommen zur Befriedung des Donbass auf den Weg brachte.

Nur hatte die Regierung in Kiew kein Interesse an dieser Befriedung. Statt für inneren und äußeren Frieden zu sorgen, tat die ukrainische Führung erst unter Poroschenko, danach unter Selenskij alles, das Militär in „Sturmposition“ zur Befreiung der östlichen Provinzen und darüber hinaus der Krim zu bringen. Putin ist mit seinem Einmarsch dieser Politik in den Arm gefallen, denn die Rückeroberung des Donbass war kurz vor der Ausführung und in voller Vorbereitung.

Putins Regierungserklärung zum Einmarsch des russischen Militärs umreißt ganz klar seine Ziele und Absichten: Beendigung der Terrorisierung der ethnisch russischen Bevölkerung des Donbass

durch den ständigen Beschuss durch das ukrainische Militär (14.000 Tote seit 2014), Entwaffnung der ukrainischen Streitkräfte und der paramilitärischen Einheiten, Vernichtung der militärischen Einrichtungen zur Führung eines Angriffskrieges gegen Russland, Herbeiführen von Verhandlungen mit dem Ziel eines neutralen Status der Ukraine, das heißt Verhinderung des in der ukrainischen Verfassung verankerten Beitritts der Ukraine zur NATO.

Dann kam es zu diesen direkten Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern der Ukraine und Russlands. Mitte März hatten sich beide Seiten in Istanbul auf den neutralen Status der Ukraine, die Befriedung des Donbass, den Verbleib der Krim bei Russland und den Nichtbeitritt der Ukraine zur NATO unter internationaler Beglaubigung geeinigt.

Und dann kam Butscha. Die danach entstandene weltweite Medienaufregung und Russlandschelte muss man nur mit der alten römischen Weisheit „Cui bono?“ (Wem nützt es?) hinterfragen – dann kommt man in ganz andere Fahrwasser als gewünscht. Der positive Verhandlungsstand ist seither ins Gegenteil umgeschlagen – sehr zum Jubel der Vertreter einer Verlängerung des Krieges. Und dazu gehören in erster Linie die USA, die aus sicherer Entfernung dem Konflikt nur Vorteile abgewinnen: Schwächung der europäischen Wirtschaftskraft durch Kappung der Wirtschaftsverbindungen zwischen dem Rohstoffland Russland und den technologischen Standorten des Westens, allen voran des Standortes Deutschland. Schwächung der europäischen Wirtschaft durch die negativen Rückwirkungen der Russlandsanktionen. Auftrieb der US-Exporte durch Wegfall der überaus preiswerten Lieferverträge mit Russland.

Ob das Szenario zu der von NATO und USA erhofften wirtschaftlichen und militärischen Schwächung Russlands führt, darf bezweifelt werden, da Russland sich um den Absatz seiner Rohstoffe nicht sorgen muss, denn die USA haben ihr Einfuhrkontingent für Öl und Gas aus Russland erhöht. *Gerhard Ruden, Magdeburg*

ANZEIGE

Der Impfpass: der Anfang vom Ende Ihrer Freiheit

■ Wir werden – im Namen des »Schutzes« der öffentlichen Gesundheit – aufgefordert, alles aufzugeben, was wichtig ist: unsere Privatsphäre, die Kontrolle über unseren eigenen Körper und unsere Grundrechte.

Wie werden Sie darauf reagieren?

Es könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen, denn eines ist sicher: Die Einführung von elektronischen Impfpässen und digitalen IDs durch die Regierungen dieser Welt wird den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen einschränken, das Reisen erschweren und unsere Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigen. Selbst wenn wir uns fügen, werden wir einem nie da gewesenen Ausmaß an staatlicher und unternehmerischer Überwachung, Datensammelwut und Verhaltenskontrolle ausgesetzt sein.

In *Gescannt* deckt Nick Corbishley die allumfassende Erosion unserer persönlichen Freiheitsrechte auf, die sich in einem alarmierenden Tempo vollzieht. Gestützt auf sorgfältige Recherchen, enthüllt der Autor, wie die Einführung von Impfpässen eine bisher unvorstellbare Verletzung der Privatsphäre und der körperlichen Autonomie darstellt. Und dass dies nur der Anfang vom Ende eines selbstbestimmten Lebens ist, wie wir es kennen und lieben.

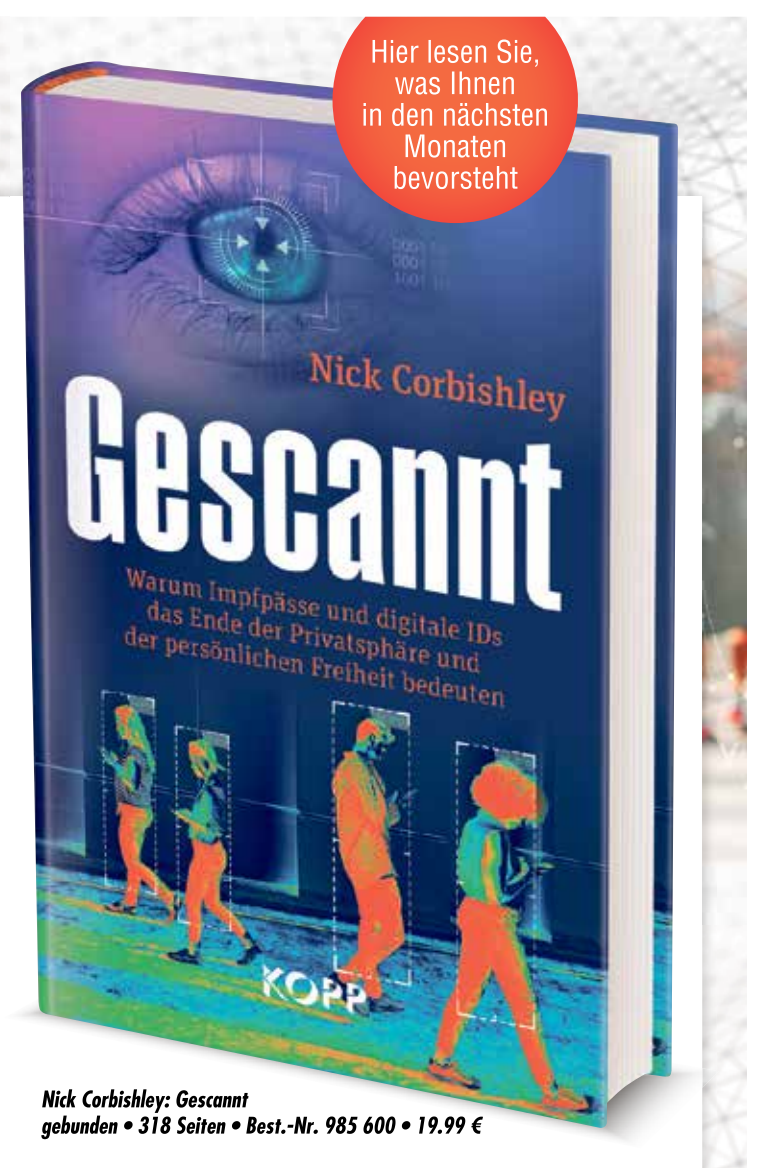
Der Impfpass: das Instrument zur Überwachung und Steuerung der Bürger

Der Impfpass ist medizinisch sinnlos und ein Albtraum für Ihre Privatsphäre! Widerstand – jetzt oder nie!

Lesen Sie in *Gescannt* darüber:

- warum der Impfpass der erste Schritt in den digitalen Überwachungsstaat ist und welche Schritte noch folgen werden;
- welche gewaltigen Auswirkungen der technologiegestützte digitale Ausweis, die Social-Credit-Systeme und die biometrische Überwachung haben werden;
- wie wir grundlegende Rechte und unsere Privatsphäre ohne unser Wissen und ohne unsere Zustimmung an den Staat und privatwirtschaftliche Unternehmen abtreten und
- wie staatliche Programme und eine zunehmende Überwachung Diskriminierung erleichtern, Kastwesen und eine Stigmatisierung von weiten Teilen der Bevölkerung befördern.

Es geht hier nicht um eine politische Debatte zwischen »links« und »rechts«. Es geht auch nicht um »geimpft« oder »ungeimpft«. Es geht um Ihre Freiheit, globale Demokratie und darum, wie viel wir aufzugeben bereit sind. Es geht darum zu entscheiden, wann wir sagen: »Es reicht!«



Nick Corbishley: *Gescannt* gebunden • 318 Seiten • Best.-Nr. 985 600 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

MUSIKTHEATER

Bayreuther Gesamtkunstwerk

Vor 150 Jahren wurde der Grundstein für Richard Wagners Festspielhaus gelegt – Preußen hielt sich mit Unterstützung zurück

VON EBERHARD STRAUB

Zuweilen bemerkte Richard Wagner im Scherz, es wäre sein Unglück, dass Napoleon III. nicht gesiegt hätte. Denn wäre der französische Kaiser in Deutschland Herrscher geworden, hätte er sich sogleich nach den deutschen Dingen erkundigt und ihm sein Theater gebaut.

Der deutsche Kaiser, der für Rossini, Bellini und Verdi schwärmte, wahrte eine höfliche Distanz gegenüber der „Zukunftsmusik“, die auch Bismarck vollständig gleichgültig blieb. Als vor 150 Jahren, am 22. Mai 1872, der Grundstein zum Festspielhaus in Bayreuth gelegt wurde, erinnert Richard Wagner deshalb daran, dass es König Ludwig II. von Bayern war, der ihm zurief: „Hierher! Vollende dein Werk: ich will es!“

Ansonsten waren es aber nicht offizielle Kräfte des Reiches oder der Nation, die ihn unterstützten, sondern allein wirkliche Freunde seiner Idee vom musikalischen Gesamtkunstwerk. Diese Freunde, zu denen auch der bayerische König gehörte, taten sich zusammen, um eine künstlerische Institution zu ermöglichen, die den Hofopern oder städtischen Bühnen zum Vorbild dienen konnte, endlich aus ihrer Routine herauszufinden.

Wagner verstand sich nicht als Kapellmeister des Reiches, wie Karl Marx ihn verspottete. Er verkörperte auch nicht den bürgerlichen Künstler liberaler Ideologie, der die Bourgeoisie um sich scharte in der Absicht, höfischen Unterhaltungsbedürfnissen den Garaus zu machen. Die Bildungs- und Wirtschaftsbürger wollten auf ihre „welschen“ Genussmittel gar nicht verzichten, darin der Mehrheit unter den Fürsten und dem Adel ähnlich.

Dem sonderbaren Träumer folgten Sonderlinge in allen Schichten, denen der kommerzialisierte Kulturbetrieb gründlich missfiel und die darauf hofften, dass eine erneuerte, wahre Kunst das verlogene öffentliche Leben reinigen und ihm überhaupt erst zu einer geistvollen und substanziellen Wirksamkeit verhelfen könne. Diese „Wagnerianer“ schlossen sich in Vereinen zusammen, mittlerweile auch schon in Moskau, London, Paris, Bologna oder New York. Wagner war also alles andere als ein deutschnationales Phänomen. Seine Werke und Ideen resümierten Hoffnungen, die sich überall unruhig äußerten, um aus einer umfassenden Kulturkrise herauszufinden.

Das Fest der Grundsteinlegung fassten sie als verheißungsvolles Versprechen auf, einer schöneren Zukunft den Weg zu ebnen, die keineswegs mit sämtlichen Überlieferungen brach. Im prunkvollen Opernhaus der Markgrafen, von Giuseppe Galli Bibiena zwischen 1745 und 1750 in Bayreuth errichtet, hatte Wagner einst Beethovens 9. Sinfonie dirigiert.

Das Gebäude erinnerte an den Ursprung musikalischer Festspiele im Zusammenhang mit der feierlichen Repräsentation der Majestät als Sinnbild der öffentlichen Ordnung. Beethoven wurde beschworen, weil seine Musik mit dem Choralatz in seiner letzten Symphonie verdeutlichte, wie die absolute Musik zum Wort und zur Geste drängte.

„Hier gilt's der Kunst“

Wagner vollendete, wovon Beethoven ahnungsvoll kündete: die Erlösung der Musik von ihren Beschränkungen durch das Drama. Das Leben als Zusammenleben ist immer dramatisch. Nur das beziehungsreiche Gesamtkunstwerk als umfassendes Welttheater vermag, wie Wagner unablässig verkündete, in den ganz großen Handlungen die Spannungen und Widersprü-



„Dich, teure Halle, grüß' ich wieder“: Das Bayreuther Festspielhaus war auch Wagners Kampfansage auf die antiquierten Hofopern

Foto: imago images/imagebroker

che der Menschen zu vergegenwärtigen und zu deuten.

Bis zu den Festspielen war es noch ein langer Weg, länger als er ihn sich vorgestellt hatte. Wagners Wille und Überredungskunst konnten Enthusiasmus wecken. Aber sein Ziel, das Festspiel und das Festspielhaus, ließ sich nur mit Geld erreichen und der Bereitschaft vieler, dafür kleinere oder größere Opfer zu bringen. Das Ideal war auf Geld angewiesen, ohne das sich im Leben nichts erreichen lässt.

Wagner fürchtete gelegentlich, dass sein unermüdliches Werben für das Festspielhaus und die künftigen Festspiele ihn zermürbten: „Ja wären es die Mühen des wahren Wirkens oder die Aufregung des Schaffens – allein diese Nöte des materiellen zu Stande Bringens!“

Zu seinen erstaunlichsten Leistungen gehört, nicht wegen der Gleichgültigkeit der Behörden und der Regierungen oder aufgrund der Polemik, ja des unverhohlenen Hasses systemrelevanter Orientierungshelfer in der Qualitätspresse seinen Mut verloren zu haben. Er reiste durch Deutschland, knüpfte Beziehungen an und gab Konzerte, deren Erlös dem Festspielhaus zugutekommen sollte.

Wagner, der immer Getriebene, der nirgendwo zur Ruhe gekommen war und hoffte, in seinem Bayreuther Haus Wahnfried endlich Frieden zu finden, blieb weiterhin dazu verdammt, sich in den verachteten Kulturbetrieb zu stürzen. Längst ein schwerkranker Mann und Opfer eigensinniger Ärzte, unterwarf er sich mit ungemainer Disziplin dem selbstgesetzten Auftrag, gegen alle Widerstände sein Festspiel zu verwirklichen. Er kümmerte sich um den Bau, korrespondierte quer durch die Welt, um die Trägheit der Herzen zu überwinden und Spenden zu sammeln.

Vor allem aber suchte er Musiker und Sänger, um sie zu Künstlern in seinem Sinne zu bilden, die verstehen, was sie tun und treiben, also unter seiner Anleitung ihren Kunstverstand üben und verfeinern.

Dabei entwickelte er den Zauber, der wahre Wunder wirkte gerade bei anfänglich Widerwilligen, sich geduldig auf Mahnungen, Korrekturen und Ratschläge einzulassen, ergriffen von der „Meistersinger“-Forderung: „Hier gilt's der Kunst!“

Die Philistrosität der Kleinstädter

Der Meister als Lehrmeister begeisterte, weil er die Sänger oder künftige Dirigenten, denen er viel und Außerordentliches abverlangte, wie Kameraden und Gefährten im Geiste behandelte, auf deren Hilfe er dringend angewiesen war, damit sein Gesamtkunstwerk als Werk einer Gemeinschaft überzeugen konnte.

Wagner, der in konventionellen Gesellschaften rasch ungeduldig wurde, bewahrte im Umgang mit seinen Künstlern und Mitstreitern eine herzbezwingende Rücksicht und Langmut, für die sie ihm mit unerschütterlicher Treue und unermüdlichem Einsatz für seine Werke dankten. Zugleich bemühte er sich aber auch darum, in Bayreuth heimisch zu werden. Er suchte den Verkehr mit den dortigen Honoratioren und ließ sich von der unvermeidlichen Philistrosität der Kleinstädter gar nicht abschrecken, die sich geehrt fühlten von diesem eigensinnigen Temperament geschätzt zu werden.

Seine weltkluge Absicht war dabei, seine Kinder fest in Bayreuth zu verankern und sie vor dem vagabundierenden Dasein zu bewahren, das er die meiste Zeit geführt hatte. Das sollte ihm gelingen. Seine Nachkommen blieben wegen der Festspiele und dem von Wagner erfundenen Bayreuther Geist immer ihrer Vaterstadt verhaftet, die allmählich Festspielbesucher und leidenschaftliche Wagnerianer als ganz besonderen Gnadenort besuchten, an dem sie während der Festspiele mit Gleichgesinnten eine Gemeinschaft bildeten, der banalen Alltäglichkeit für einige Tage oder Wochen entrückt.

Wagners Idee, fern von der Großstadt mit ihren Ablenkungen sein Festspielhaus

zu errichten, machte später Schule. Richard Strauss und Hugo von Hofmannsthal wünschten, dass sich bei den Salzburger Festspielen seit 1921 ihr Publikum in einer überschaubaren, schönen Umgebung ganz im Sinne Wagners auf die gebotenen Meisterwerke konzentrierte.

Frei vom Druck der Aktualität, vom Lärm der aufgeregten Zeit, sollten Kunstfreunde Gelegenheit zu ruhiger Besinnung finden unter dem Eindruck ernster Kunst und der heilenden Kraft der Schönheit. Die Festspiele in Glyndebourne, Aix-en-Provence oder Spoleto folgten diesem Beispiel.

Wagners Ausdauer und die „seines Königs“, der trotz mancher unvermeidlichen Krisen immer dafür sorgte, dass der Komponist zum Bayreuther Meister werden konnte, gewährten ihm 1876 mit den ersten Festspielen einen unglaublichen Triumph. Aufgrund der Hilfe seiner Freunde „sah er sich auf einen Platz gestellt, wie ihn gewiss noch nie vor mir ein Künstler einnahm“.

Die Festspiele waren eine Sensation. „Es erschien sehr wahrhaftig, dass so noch nie ein Künstler geehrt worden sei; denn hatte man erlebt, dass ein solcher zu Kaiser und Fürsten berufen worden war, so konnte Niemand sich erinnern, dass je Kaiser und Fürsten zu ihm gekommen seien“, jubelte Wagner – ohne zu übertreiben – im Rückblick auf die ersten Festspiele.

Wilhelm I. hielt sich reserviert

Der hohe Adel Europas, Minister und führende Beamte gaben sich ein Stelldichein in Bayreuth. Wagner gab sich aber keinen Illusionen hin über die „Teilnahme der höchsten Regionen“. Diese galt, wie er vermutete, nicht so sehr seinem eigentlichen Werk, sondern ergab sich aus dem Staunen, den kolossalen „Ring des Nibelungen“ und ein eigens dafür bestimmtes Theater vollendet zu haben.

Es war die unbedingte Willenskraft, die Eindruck machte in einer Zeit, die den

Willen und die Tatkraft verherrlichte. Wilhelm I. sagte ihm unumwunden: „Ich habe es nicht geglaubt, dass Sie es zu Stande bringen würden.“ Dieser Unglaube hatte ihn davon abgehalten, sich für das Gelingen der Festspiele einzusetzen.

Es war allein König Ludwig II., der dafür sorgte, dass alle Hindernisse beseitigt wurden, und der seinen Freund – nicht den Bürger oder Untertan – in dessen Überzeugung bestärkte: „Großherzige Illusionen zu nähren, ist dem deutschen Wesen nicht unanständig.“ Preußen und das Reich, „Berlin“ als Inbegriff des neuen Reiches, nahmen weiterhin keinen Anteil an Bayreuth, in dem sie keine deutsche, nationale Aufgabe erkennen mochten. Allerdings spielte dabei auch die Rücksicht auf Bayern eine Rolle, dessen Regierung eine „deutsche“ Einmischung in Bayreuth als unfreundliche Einmischung in speziell bayerische Interessen verstanden hätte.

Mit dem Deutschen Reich der Fabriken und Kasernen, dem mächtigen Industriestaat, haderte Wagner. Dort fühlte er sich als Fremder. Er sehnte sich hinaus aus dem „Qualm“ und dem „Industrie-Pestgeruch“ einer Zivilisation, in der alles, auch die Kunst, sich nach Umsatz und Gewinn richten musste. Seit 1877 bricht er regelmäßig im Frühjahr nach Italien auf, um dort bis in den Spätherbst zu bleiben, vor allem in Südtalien, das Richard Wagner zur idealen und praktischen Heimat wurde. In Palermo vollendete er den „Parsifal“. Er starb 1883 in Venedig, wo er 1858/59 den zweiten Akt von „Tristan und Isolde“ komponiert hatte, in vieler Beziehung weit weg von Bayreuth und dem neuen Deutschland.

● Das Deutsche Historische Museum in Berlin zeigt aktuell bis zum 11. September die Ausstellung „Richard Wagner und das deutsche Gefühl“, für die das Richard-Wagner-Museum Bayreuth eine Vielzahl an Leihgaben zur Verfügung gestellt hat. Infos im Internet unter: www.dhm.de/wagner

● FÜR SIE GELESEN

Musik für jeden Tag

„Ein Jahr voller Wunder“ ist für Musikliebhaber gedacht, egal, ob sie mit klassischer Musik aufgewachsen sind, oder mit dieser Musik noch nicht in Berührung gekommen sind – aus welchen Gründen auch immer. Die Radiomoderatorin Clemency Burton-Hill hat für jeden der 366 Tage je ein Lied ausgesucht und verfolgt dabei den Anspruch, dem Leser durch die Lektüre eine Vorstellung zu vermitteln, „wie sich die musikalischen Ausdrucksformen und Schwerpunkte vom Mittelalter über Renaissance, Barock, Klassik, Romantik bis hin zur Moderne entwickelt haben“. Und diesem Anspruch wird sie gerecht. Das Vorwort ist bei diesem Musikentdecker der schwächste Text. Hat man diesen hinter sich gebracht, bekommt man eine Fülle von Informationen zu den Stücken und deren Schöpfer, die jeweils auf eine Seite passen. Die broschiierte Leinenbindung mit Lesebändchen ist auch in der Aufmachung sehr gelungen und macht Freude, schon mal in die Zukunft zu hören. Auf der Internetseite des Verlags www.diogenes.ch/microsites/einjahrvollerwunder.html sind die Lieder, nach Monaten unterteilt, über den Anbieter Apple Music Classical abrufbar. Wer keinen Zugang für diesen Anbieter hat, kann die Stücke zumindest ein paar Sekunden anhören.

Christiane Rinser-Schrut

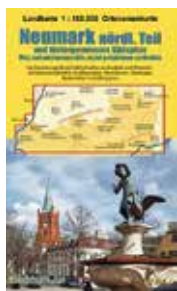


Clemency Burton-Hill: „Ein Jahr voller Wunder. Klassische Musik für jeden Tag“, Diogenes, 2019, gebunden, 464 Seiten, 25 Euro

Neumark in gutem Maßstab

Bei einer Spurensuche nach der Vergangenheit im nördlichen Teil der Neumark darf die aktuelle Bloch-Karte nicht fehlen. Der gut lesbare Maßstab 1:100.000 bietet nicht nur Autofahrern eine gute Orientierungshilfe, sondern auch jedem, der auf der Suche nach alten Gutshäusern und verwunschenen Orten an den zahlreichen Seen und Flüssen ist. Die Karte stellt einen Bereich von Stettin und Landsberg an der Warthe dar, den Teil des historischen Brandenburgs, der 1945 an Polen gekommen ist. Da die Neumark hier mit der historischen Region Pommern verzahnt ist, ist auf der Karte auch die Südspitze Hinterpommerns enthalten.

Die nahe Berlin gelegene Landschaft hat einen hohen Freizeitwert, bietet sie doch mit den erhaltenen Kirchen, Rathäusern und Stadtmauern in Städten wie Zehden, Bad Schönfließ oder Berlinchen einen Einblick in die lange Geschichte der Region. Typische brandenburgische Dörfer oder Guts- und Herrenhäuser warten ebenso darauf, entdeckt zu werden, wie die idyllischen Seen und Flüsse. Neben Ausflügen auf gut ausgebauten Radwegen bieten sich auch Kanutouren an. MRK



Landkarte „Neumark nördlicher Teil und Hinterpommerns Südspitze“: Blochplan, Berlin 1. Auflage 2022, Maßstab 1:100.000, Faltkarte, 11,95 Euro

RATGEBER DER WOCHE



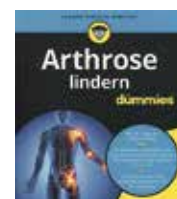
FOTO: SHUTTERSTOCK

Hilfe bei Arthrose

Schmerzhaftes Verspannungen, deformierte Gelenke – wie man mit der Krankheit lebt und welche Behandlungsmethoden es gibt, verrät Sandra Krüger in ihrem Ratgeber „Arthrose lindern für Dummies“

Volkskrankheit Verschleiß Ungesunde Ernährung, Übergewicht und zu wenig Bewegung sind häufig die Ursachen für Entzündungen im Körper. Die Orthopädin und Autorin Sandra Krüger hat sich in ihrem Ratgeber die weit verbreitete Arthrose vorgenommen.

Nach einer ausführlichen Beschreibung der verschiedenen Krankheitsbilder folgen Erläuterungen zu konservativen, alternativen und operativen Behandlungsverfahren sowie Methoden, um ein Fortschreiten der meist schmerzhaften Symptome zu verhindern. MRK



Sandra Krüger: „Arthrose lindern für Dummies“, Wiley VCH, Weinheim 2021, broschiiert, 360 Seiten, 18 Euro

AFGHANISTAN

Verlorener Kampf gegen den Terror

Emran Feroz hält dem Westen einen Spiegel vor, indem er die Frage stellt, warum dieser zur Durchsetzung seiner Werte diese vor Ort verletzt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der längste Krieg, den die Vereinigten Staaten von Amerika jemals führten, dauerte vom 7. Oktober 2001 bis zum 30. August 2021 und fand in Afghanistan statt. Sein erklärtes Ziel bestand in der Ausmerzung des Regimes der Taliban, die nach dem Abzug der US-Truppen freilich nun erneut an der Macht sind.

Dieser somit verlorene Feldzug wurde schon vielfach in Büchern beschrieben, jedoch bislang noch nie aus dezidiert afghanischer Perspektive. Insofern füllt „Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror“ aus der Feder des afghanischstämmigen Journalisten Emran Feroz eine wichtige Lücke. Andererseits argumentiert der Verfasser aber höchst parteiisch und zeichnet das westliche Engagement in der anfänglich zunächst größten Brutstätte des internationalen islamischen Terrorismus in den allerschwarzesten Farben, ohne dabei zugleich auch deutlich zu thematisieren, dass der endlose afghanische Bruderzwist zwischen den Anhängern verschiedener politisch-religiöser Positionen maßgeblich mit zur Brutalisierung des Krieges beitrug.

Ansonsten liegt Feroz jedoch vollkommen richtig, wenn er dem Westen einen Spiegel vorhält und die Frage stellt, wieso dieser „seine eigenen, stets proklamierten Werte vor Ort aufs Schlimmste verletzt“ habe, wenn er doch angeblich für die Durchsetzung genau dieser Werte in den „Krieg gegen den Terror“ gezogen sei. Wie

können Koalitionen mit Drogenbaronen, Folter, illegale Hinrichtungen sowie der Massenmord an Zivilisten unter Einsatz von Drohnen und Bomben jemals zur Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie beitragen?

Und weshalb nahmen die Amerikaner und deren Verbündete eigentlich sehenden Auges in Kauf, dass ihr Vorgehen immer neue Terroristen produzierte, anstatt den Terrorismus auszutrocknen? Feroz äußert in diesem Zusammenhang den nicht von der Hand zu weisenden Verdacht, man habe hierbei wohl scheitern wollen. Denn letztendlich seien im Zuge des „Krieges gegen den Terror“ nicht nur die Rechte der afghanischen Bevölkerung mit Füßen getreten worden, sondern auch die der Menschen in den sogenannten Demokratien des Westens. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung habe die systematische Überwachung von Millionen normaler Bürger einen gewaltigen Schub erfahren. Und tatsächlich trug der längste Krieg der USA mit dazu bei, dass jetzt rund um den Globus dystopische Zustände herrschen, was die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten des Staates betrifft.



Emran Feroz: „Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2021, broschiiert, 224 Seiten, 18 Euro

GESCHICHTE

Verwoben mit dem Ordensstaat

Jürgen Sarnowsky berichtet von der politischen und militärischen Bedeutung des Deutschen Ordens sowie seiner deutschen und polnischen Rezeption

VON DIRK KLOSE

Der Deutsche Orden ist zwischen Polen und Deutschen bis heute ein Zankapfel. Beide Seiten erklärten ihn geradezu, die Deutschen mit Blick auf die Jahrzehnte dauernden Feldzüge gegen die „Heiden“ und den glorifizierten Sieg gegen die Moskauer Großfürsten 1502 am Smolinasee, die Polen mit der alles überragenden Schlacht von Tannenberg (polnisch Grunwald) im Jahre 1410.

Der Hamburger Historiker Jürgen Sarnowsky hat jetzt eine frühere Darstellung der Ordensgeschichte von ihren Anfängen bis in unsere Tage streng nüchtern aktualisiert. Gleichwohl liest sein Buch sich wie ein spannender Roman und macht die Emotionen bis heute verständlich. Der Orden war im Zusammenhang mit den Kreuzzügen zuerst eine Spitalgemeinschaft. 1190 wurde er vom Papst neben den Templern und Johannitern zum – auch militärischen – Ritterorden erhoben, der sich bald über das Mittelmeer und dann nördlich der Alpen ausbreitete.

Im 13. Jahrhundert konzentrierte er sich auf die Missionierung im Osten, zuerst in Ungarn, dann im Baltikum, wo mit dem Ordensstaat eine florierende Herrschaft entstand. In den andauernden Kriegen gegen die erstarkenden Staaten Polen und Litauen zog er aber am Ende den Kürzeren. Die verheerende Niederlage bei Tannenberg läutete den Niedergang ein. Ein Jahrhundert später (1525)

wandelte Hochmeister Albrecht von Brandenburg den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum unter polnischer Lehnshoheit um.

Der Autor hat sich vorwiegend auf die politische und militärische Geschichte des Ordens, auf die andauernden Kriege, auf Siege und Niederlagen konzentriert. Dabei wurde der Ordensstaat seinerzeit wegen seiner effektiven Wirtschaft, Landwirtschaft und Verwaltung in ganz Europa bewundert und nachgeahmt. Sehr ausführlich ist das Literaturverzeichnis und eine Auflistung aller Hochmeister von 1198 (Heinrich Walpot) bis heute (seit 2018 Frank Bayard). Denn der Orden hat dann doch die Jahrhunderte überlebt. Heute ist er mit Zentrum in Wien eine katholische Gemeinschaft von Priestern und Schwestern mit vorwiegend karitativen und sozialen Aufgaben.

In Summa ist das schmale Bändchen eine höchst verdienstvolle Einführung in ein komplexes Thema, von dem der Autor hofft, es könne mehr und mehr das Bewusstsein für eine gemeinsame europäische Geschichte wecken. In der Tat ist ja die Geschichte beider Länder wirklich eng mit dem Ordensstaat verwoben.



Jürgen Sarnowsky: „Der Deutsche Orden“, C.H.Beck Verlag, Reihe Beck Wissen, München 2022, 128 Seiten, 9,95 Euro

DITTCHENBÜHNE

Die „Robin Hoods“ Masurens

Neufeldts Stück „...und die Großen lässt man laufen“ über die Masurische Befreiungsarmee und der geschichtliche Hintergrund

VON RAIMAR NEUFELDT

Man sollte sich die Frage stellen: „Was treibt Jugendliche in der Nachkriegszeit im südlichen Ostpreußen zu Angriffen auf die bestehende kommunistisch-polnische Herrschaft?“

Ich selbst wurde auf das Thema aufmerksam, als ich einige Angehörige dieser Gruppe 1990 kennenlernte.

Man kann sich vorstellen, dass die Vertreibung von über zwölf Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat nicht geräuschlos vonstattengehen kann. Ich war schon immer der Meinung, es müsste doch auch Widerstand gegeben haben. Um noch lebende Personen nicht in Schwierigkeiten zu bringen, werde ich keine Namen nennen.

Tatsächlich gab es im südlichen Ostpreußen noch bis vor wenigen Jahren eine Person (Reichswehr-Unteroffizier, abgefunden mit einer kleinen Siedlerstelle, auf der heute noch die dritte Generation lebt). Er war im Dienst der Abteilung Fremde Heere Ost (FHO). Nach seiner Erzählung war er mehrfach zur Erkundung im sowjetischen Teil Ostpreußens unterwegs. Er beherrschte Russisch und Polnisch und fiel überhaupt nicht auf. Er war mit besten Invaliden-Papieren ausgestattet und blieb im Dienst Reinhard Gehlens.

Mit vier Angehörigen der Masurischen Befreiungsarmee habe ich Gespräche geführt. Alle hatten lange Zuchthausstrafen erhalten und waren in Neidenburg zusammen mit dem Gauleiter Erich Koch inhaftiert. Dabei kam es zu vielen Übergriffen der Wärter. Mit acht Personen saßen sie in einer Zwei-Personen-Zelle. Es gab nur Brot zu essen. Als Strafmaßnahme musste man im eiskalten Wasser stehen. Alle 14 Tage konnte man Lebensmittel kaufen, ein evangelisches Hilfswerk aus Westdeutschland kümmerte sich um die inhaftierten Deutschen.



Hier wurde vermutlich auch Schaak „umgeschult“: Das Städtische Waldheim, hier auf einer Aufnahme um 1907, wurde später eine polnische Hochschule für evangelische Masuren
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Die ostpreußischen Jungen spielten „Robin Hood“. Sie überfielen Läden, Polizeistationen und Wohnungen von Milizangehörigen und stoppten einen Kleinbahnzug, der noch von deutschem Personal bedient wurde, raubten eine Geldkassette, die für eine polnische Garnison bestimmt war. Das Geld verteilten sie wieder in der damals überwiegend deutschen Bevölkerung. Diese Aktionen führten zu viel Sympathien in den Dörfern. Aber durch übermäßigen Alkoholgenuß und laute Feste wurden die Jungen schnell gefasst. Es kam immer wieder zu Gefängnisaustrüchen, da die Wärter häufig korrupt waren.

Auch zu den über 140.000 Ukrainern, die nach der Beschießung ihrer Dörfer von der polnisch-kommunistischen Armee im südlichen Ostpreußen angesiedelt

wurden (Aktion Weichsel, der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski drückte während seiner Amtszeit sein Bedauern über die Aktion Weichsel aus), nahm man Verbindung auf, ebenso zur polnischen Heimatarmee (AK), die im Untergrund wirkte. Dadurch war die Herrschaft der Kommunistischen Partei Polens (KPP) leicht erschüttert.

Eine besondere Rolle fiel der kommunistischen „Volksuniversität Passenheim“ zu. Hier versuchte man, junge Ostpreußen zu polnischen Staatsbürgern umzu-erziehen. Dort hat sich auch Joachim Schaak ausbilden lassen. Dank der Recherche des Ortelsburger Kreisvertreters; Marc Plessa, kann aus verschiedenen Quellen wie „Der Kreis Ortelsburg – Ein ostpreußisches Heimatbuch“ von 1957

konkretisiert werden: „Passenheim gehörte zum Amtsgericht Ortelsburg. Im Waldheim war eine polnische Hochschule für evangelische Masuren entstanden“, die von 1945 bis 1950 und von 1957 bis 1960 von Karlo Mallek geleitet wurde.

Schaak hat dreimal die Oder-Neiße-Linie überquert und wurde später in Niederschlesien (Waldenburg) vom Bundesnachrichtendienst (BND) eingesetzt. Am Grenzübergang Sagan nach Schlesien wurde er nach einer Schießerei festgenommen, Schaak hatte dabei einen polnischen Zöllner verletzt.

Ihm und anderen Aufständischen wurde in Allenstein der Prozess gemacht. Die Angeklagten konnten nicht mit Schaak sprechen. Am 10. April 1952 verurteilte man 14 Personen in einem Schau-

prozess. Am 28. Januar 1954 wurde Schaak gehängt.

Um die Vorfälle der Nachkriegszeit in Ostpreußen untersuchen zu können, versuchte ich mehrfach, allerdings vergeblich, Zugang zur Archiveinsicht beim BND und später zum Bundesarchiv. Mir wurde mitgeteilt: „Die Unterlagen des BND und seiner Vorläuferorganisation sind generell als Verschlussachen eingestuft und unterliegen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (VS-Anweisung). Eine Ausnahmege-nehmigung zur vorzeitigen Nutzung von Unterlagen des Bundesnachrichtendienstes kann gemäß § 9 Abs. 2 BNDG i. V. m. § 19 Abs. 2 bis 4 BVVerfSchG nur zur Wahrung außen und sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland erteilt werden...“

Der Historiker Professor Wolfgang Stribrny, mit dem ich mich mehrfach in Nidden getroffen habe, war der Meinung, dass der Komplex wissenschaftlich aufgearbeitet werden sollte, zumal er in einen großen europäischen Zusammenhang gehört. Bernhard Czerwinski, Lötzen (ehemals Chefarzt des Krankenhauses und Angehöriger der Deutschen Minderheit, Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite). Er hatte die Geschehnisse um die Masurische Befreiungsarmee hautnah miterlebt, leider ist er schon verstorben. Die beiden Herren hatten versucht, in Allenstein und Warschau fündig zu werden, aber ohne Erfolg. Jerzy Bahr, der polnische Botschafter in Moskau, ein Freund der Dittchenbühne, war schon dabei, uns bei der Recherche zu helfen, leider verstarb auch er, ebenso ein Staatsanwalt aus Allenstein.

Es wäre sicher an der Zeit, dass Historiker aus beiden Ländern die Nachkriegszeit in den Ostgebieten untersuchen.

● **Raimar Neufeldt** ist der erste Vorsitzende des Forums Baltikum-Dittchenbühne. Er schreibt, spielt und führt Regie.

DITTCHENBÜHNE

Die Bretter, die Welt – Publikum willkommen

Mit deutscher Geschichte, Liebe, Humor und ostpreußischem Lokalkolorit begeistert die Aufführung in Elmshorn

Der Titel des Theaterstücks, das um die sogenannte Stunde Null in Ostpreußen und Westdeutschland spielt, „...und die Großen lässt man laufen“, ist das Ende der ebenso bekannten wie traurigen Weisheit: „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“ Entsprechend diesem Sprichwort hat das Stück zwei Handlungsstränge, jeweils einen über die „Kleinen“ und einen über die „Großen“. Mehr oder weniger abwechselnd sind die Szenen je einem der beiden Handlungsstränge gewidmet.

Bei den „Kleinen“ handelt es sich um Joachim Schaak, gespielt von Sascha Müller, der mit August (Konrad Neufeldt), Fritz (Jannes Konetzny) und Gottfried (Mickaela Ruckhaber) in Nachkriegsostpreußen eine deutsche Widerstandsgruppe bildet, die Anschläge gegen die polnischen Besatzer durchführt. Die „Großen“ sind Generalmajor Wessel (Kai Göhring), Major Braun (Sascha Müller) und vor allem General Gehlen (Frank Poirrier). Der jeweilige Hauptprotagonist ist in den Szenen über die „Kleinen“ Joachim Schaak und in denen über die „Großen“ General Reinhard Gehlen, Beide hat es tatsächlich gegeben. Schaak wurde mit nicht einmal

24 Jahren 1954 von der Besatzungsmacht seiner Heimat hingerichtet. Gehlen hingegen war 1979 ein natürlicher Tod in Freiheit vergönnt. In der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkrieges, in dem das Stück einsetzt, leitete Gehlen die Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) im Generalstab des Heeres. Dem Gründungspräsidenten des Bundesnachrichtendienstes gelang es wie kaum einem anderen Funktionsträger des Dritten Reiches mit seiner Karriere nach dem Ende des Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland erst richtig durchzustarten.

In dem Stück wird Gehlen als ein intelligenter, gar nicht einmal unsympathischer Mann präsentiert, der, nachdem er erkannt hat, dass mit einem beratungsresistenten Adolf Hitler an der Spitze der Zweite Weltkrieg für das Deutsche Reich nicht zu gewinnen ist, bereits vor dem Ende des Krieges mit den Vorbereitungen beginnt, um nach dem Kriegsende sein Wissen und das von ihm betreute Agentennetz an die USA zu verkaufen.

Die Verbindung zwischen Gehlen und Schaak wird in dem Stück durch Schaaks älteren Bruder, Feldwebel Helmut Schaak (Klaus Schlicht), vermittelt, der in einer



Szenenbild: General Gehlen (Frank Poirrier), General Wessel (Kai Göhring), Naujoks (Rolf Schuckschdies) und Feldwebel Schaak (Klaus Schlicht) in der Feste Boyen (v. l.)

vor der Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee spielenden Szene von General Gehlen den Auftrag bekommt, sich von den Russen überrollen zu lassen und hinter den feindlichen Linien Widerstand zu organisieren.

Abgesehen von einem interessanten Stück deutscher Geschichte bekommt der Besucher des Stückes auch Liebe, ostpreußisches Lokalkolorit und Humor geboten. Für die Liebe ist in dem Stück das Mädchen Anna zuständig. Franziska Kie-

sow spielt die liebevolle ostpreußische Freundin von Joachim Schaak. Für Lokalkolorit und Humor sorgt Rolf Schuckschdies als Naujoks. Einfach gestrickt, aber bauernschlau und mit dem typischen Dialekt der Region dient der Masure, wie er im Buche steht, Gehlen erst in Ostpreußen als dessen Bursche in Uniform, dann nach dem Kriegsende in Westdeutschland wie Gehlen selbst in Zivil. Ihm fällt es zu, nach der Nachricht vom Tode Joachim Schaaks das Stück mit dem Resümee zu beenden: „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.“

Für die Eigenproduktion zeichnet Raimar Neufeldt, erster Vorsitzende des Vereins Forum Baltikum-Dittchenbühne, verantwortlich, der selbst die Rolle des Generals Halder spielt und auch Regie führte.

Die letzte Aufführung findet am 22. Mai statt. Bei genügend Publikumsnachfrage wird das Stück die Bretter, die die Welt bedeuten, wieder erobern.

Manuel Ruoff

● **Forum Baltikum-Dittchenbühne**, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, Internet: www.dittchenbuehne.de

● AUFGESCHNAPPT

Nadia Calviño, seit 2018 spanische Wirtschaftsministerin, ist konsequent. Vergangene Woche verweigerte sie zunächst ein gemeinsames Foto mit den Organisatoren des „Madrid Leaders Forum“. Schon im Februar hatte sie angekündigt, nie wieder eine entsprechende Gruppenaufnahme machen zu lassen, bei der sie als einzige Frau zu sehen sei. Dies wäre hier der Fall gewesen. Schließlich wurde eine zweite Frau ins Bild genommen, womit die Ministerin besänftigt war. Der Präsident des spanischen Unternehmerverbandes bezeichnete Calviños Verhalten als „Getue“. Deren Ankündigung ist allerdings nicht auf Fotos beschränkt. Auch an Debatten möchte sie nicht mehr teilnehmen, sofern man außer ihr keine weiteren Frauen einlädt. Es sei nicht länger als normal anzusehen, „dass 50 Prozent der Bevölkerung bei solchen Events nicht anwesend sind“. Es wird sich zeigen, ob ein derartiges Handlungskorsett, das sich die zuständige Ministerin selbst auferlegt hat, der spanischen Wirtschaft zum Segen gereicht.

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht besteht darauf, dass die Mitnahme ihres Sohnes im Bundeswehr-Hubschrauber erlaubt gewesen sei. Aber darum geht es gar nicht, findet Jost Müller-Neuhof im „Tagespiegel“ (16. Mai):

„Ob man diese Gelegenheit schamfrei ausnutzt oder auf Unerlässliches beschränkt, bleibt den Anforderungsberechtigten überlassen. Hier eröffnet sich die Spannbreite der politischen Diskussion, die Lambrecht derzeit zu ertragen hat. Das Argument der Rechtmäßigkeit, das die Ministerin so häufig strapaziert, spielt dafür nicht nur keine Rolle, sondern lenkt vom Thema ab.“

Marco Gallina sieht die FDP im Zustand tiefster Verwirrung. In „Tichys Einblick“ (16. Mai) gibt er zu bedenken:

„Dabei ist das FDP-Desaster auch ein Lindner-Desaster. Selten hat ein Parteivorsitzender so deutlich an seiner Wählerklientel vorbei gesprochen. FDP-Handeln wird offensichtlich allgemein als grün wahrgenommen und nicht als genuin liberal. Wenn jemand wie der FDP-Mann Johannes Vogel den Grünen vor der WDR-Kamera ‚ganz besonders und ganz heftig‘ mit breitem Lächeln gratuliert, während die eigene Partei kollabiert, dann spricht das Bände.“

Ulf Poschardt bilanziert in der „Welt“ (17. Mai) die grundlegenden Fehler von Union und FDP im Umgang mit dem Machtanspruch der Grünen:

„Noch fataler aber ist, dass die FDP wie auch die Union in den vergangenen Jahrzehnten dem Kippen der öffentlich-rechtlich finanzierten Medien nichts entgegengestellt haben. Zudem haben sich die beiden bürgerlichen Parteien gegeneinander ausspielen lassen. Der Flirt der Union mit den Grünen, unter Merkel fast obsessiv geworden, war für die einzig progressive Koalition in Deutschland, nämlich eine schwarz-gelbe, ebenso schädlich wie die aktuell in Teilen innige Freundschaft der Liberalen mit den Sozialdemokraten.“

Gaia Louise Vohnhof fehlt jedes Verständnis für die neuen Alarmmeldungen von Gesundheitsminister Karl Lauterbach hinsichtlich einer angeblich drohenden neuen Corona-Welle im Herbst. Im Blog von Alexander Walasch (14. Mai) schreibt sie:

„Während Stimmen der Vernunft wie Bundestags-Vize Wolfgang Kubicki oder Andreas Gassen, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, ... für die Abschaffung der flächendeckenden Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln und für die Schließung der Impfzentren plädieren ... Währenddessen viele versuchen, endlich mal wieder mit ein wenig Unbeschwertheit den Frühsommer zu genießen, scheint Lauterbach also schon bei der Panik-Planung für den kommenden Herbst zu sein.“

● WORT DER WOCHE

„In der Ampelkoalition kann Lindner mit SPD und Grünen nur noch auf Augenhöhe agieren, wenn er auf eine Apfelsinenkiste steigt.“

Christian Ramthun in der „Wirtschaftswoche“ vom 16. Mai über die Folgen der jüngsten Landtagswahlen

DER WOCHENRÜCKBLICK

25 Quadratmeter

Wie sich Kapitalismus und Sozialismus versöhnen, und an welchen Strohalm sich Lauterbach klammert

VON HANS HECKEL

Dass unsere Gesellschaft gespalten ist, haben wir nun schon tausendmal gehört. Ebenso, dass praktisch jedes Thema, welches neu auf die Deutschen eindrischt, diese „Spaltung noch vertieft“. Demnach müsste diese Spaltung schon so tief sein, dass wir von „Gesellschaft“ gar nicht mehr sprechen dürften.

Aber nun: Endlich erreicht uns mal eine Botschaft der Versöhnung, und das auch noch in einem Zusammenhang, in dem wir das nie und nimmer erwartet hätten: In der Hauptstadtregion haben sich nämlich Kapitalismus und Sozialismus versöhnt. Und zwar nicht irgendein Kapitalismus, sondern der ganz harte, den wir jahrzehntelang Manchester-Kapitalismus genannt haben. Das ist jener Kapitalismus, dem es wirklich nur um Profite und sonst gar nichts geht.

Sozialisten teilen bekanntlich gerne zu. Nicht Leistung, Vermögen oder auch einfach das Glück des Einzelnen sollen darüber entscheiden, was einer hat oder sich leisten kann, sondern staatliche Stellen, besetzt mit Genossen und Bürokraten, die es besser wissen und für „soziale Gerechtigkeit“ sorgen. Den Anhängern des Kapitalismus war das stets ein Graus, die Betonung liegt auf „war“.

Maren Kern ist Chefin des Verbandes Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen, kurz BBU. Sie hat das Kunststück der Versöhnung mit einem genialen Vorschlag vollbracht: Um die Wohnungsnot zu lindern, sollten wir „über die Möglichkeit zur Wohnraumbegrenzung nachdenken“, so Kern. Es gehe nämlich nicht an, dass „wir über Knappheit klagen und gleichzeitig die Wohnfläche pro Kopf vielerorts weiter steigt“.

Konkret hieße das: Wer in einer zu großen Wohnung lebt, soll entweder eine „Unterbelegungsabgabe“ zahlen, jemanden einquartieren bekommen oder in eine kleinere Bleibe umziehen. Was ist zu groß? Das müsste der Gesetzgeber entscheiden. Und was wäre angemessen klein? Darüber hat sich Christine Hannemann, Wohnforscherin an der Uni Stuttgart, schon ihre Gedanken gemacht.

Hannemann meint, dass 25 Quadratmeter pro Person völlig ausreichen. Mehr sei nicht nur unnötig, sondern auch schlecht für die geistige Gesundheit. Mit jedem Quadratmeter mehr steige nämlich die psychische Belastung: „Es wird oft unterschätzt, wie viel Arbeit Wohnen bedeutet“, zitierte der „Spiegel“

die Forscherin vergangenes Jahr in einem Beitrag, der mit dem Foto eines Wohngebäudes bebildert ist, das wohl den Idealtyp unserer zukünftigen, psychisch entlasteten Wohnstätten zeigen soll. Wir sehen einen containerartigen Viergeschoss mit neun winzigen Wohnwaben pro Etage. Es sieht aus wie die für Menschen gemachte Version einer Legehennenbatterie. Mit anderen Worten, der sozialistische Traum in Beton gegossen: alle gleich, alle klein, aber alle furchtbar glücklich, glaubt man der Professorin.

Aber wie in aller Welt kann sich die Chefin eines Unternehmensverbandes für solche Ideen erwärmen, für staatliche Zuteilung und Wohnraumbegrenzung? Sind solche Leute roten Umverteilungsphantasien nicht immer abhold gewesen? Kommt drauf an. Im Blick haben die Raum-Rationierer nämlich insbesondere die allein lebenden Alten, also die Omi, die immer noch die drei Zimmer bewohnt, die sie früher mit ihrem mittlerweile verstorbenen Ehemann geteilt hatte.

Die Omi muss raus

Solche Omis wecken nicht nur die Begehrlichkeiten linker Wohnraum-Umverteiler, sondern auch nicht selten den Groll ihrer Vermieter, weil sie immer noch mit dem günstigen Mietvertrag von 1974 in einer Wohnung hocken, aus der man per Neuvermietung deutlich mehr herausholen könnte. Und da die Omi mit ihrer mutmaßlich schmalen Rente weder die „Unterbelegungsabgabe“ stemmen noch die Einquartierung eines Wildfremden seelisch aushalten dürfte, rückt die Chance einer lukrativen Neuvermietung in greifbare Nähe, wenn die alte Krähe endlich ausziehen müsste, weil das Gesetz sie faktisch dazu zwingt.

Da haben wir die herzerwärmende Versöhnung von hartem Kapitalismus und Sozialismus, wobei beide vorgeben, sich vor allem um die „kleinen Leute“ zu sorgen. Daher reden die kapitalistischen Vermieter so einfühlend über die vielen Wohnungssucher, für welche die Omi gefälligst Platz machen soll. Den Sozialisten und ihren professoralen Stichwortgebern geht es um unsere seelische Gesundheit, weil uns alles über 25 Quadratmeter psychisch kaputt macht. Aber ist Letzteres auch wirklich wissenschaftlich gesichert? Woher wissen die Gelehrten so was eigentlich?

Kann ich nicht sagen. So war ich denn schon in so manchen Heimen von Hoch-

—
Eine lukrative Neuvermietung rückt in greifbare Nähe, wenn die alte Krähe mit dem günstigen Mietvertrag von 1974 endlich ausziehen müsste



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de